

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement - Preis halbjährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zustellungsliste. Unter Kreuzband für Deutsch- und Österreich-Ungarn 2,60 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Rußland, Schweden, Spanien, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlag: H. G. L.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgrößte Anzeigenspalte über deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (zählige 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Erklärungs- und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 23. Mai 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Lassalle, der Erwecker.

Fünzig Jahre sind verstrichen seit jenem 23. Mai 1863, dem Geburtstag der deutschen Sozialdemokratie, dem Gründungsstag des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Den Namen Ferdinand Lassalles ist dieser Tag geweiht, denn seine historische Leistung ist es gewesen, als die entscheidende Stunde schlug, den Ruf ergehen zu lassen, die Tat zu tun, die fortwirkend die deutsche Arbeiterklasse zur Avantgarde der kämpfenden Internationale gemacht hat.

Nicht zur Hälfte vermag man Lassalles aufstürzende Bedeutung für die Arbeiterklasse abzuschätzen, wenn man sich nicht das Wesen dieser Arbeiterklasse vor dem Bedruef des großen Aufrüttlens vor Augen führt.

Wie die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands hinter der Frankreichs oder gar Englands um eine lange Zeitspanne zurückgeblieben war, so verhielt es sich auch mit der deutschen Arbeiterklasse: in der Zeit, da die Lyoner Seidenweber blutige Straßenschlachten schlugen und die englischen Proletarier die Fahne des Chartismus aufpflanzten, dämmerte die große Masse der deutschen Arbeiter in einem durchaus unpolitischen Halb-schlaf dahin. Hier und da berauschte sich wohl ein friedfertiger Schneider- und Schustergerelle an Wilhelm Weitlings primitivem Handwerksburschentumskommunismus, aber das geschah höchstens im stillen Kämmerlein und nirgend war der Wille zur Tat wach. Kein Wunder, denn noch hatte Deutschland kaum eigentliche Proletarier, da das Kleinhandwerk die vorherrschende Produktionsweise, das Kleinbürgertum die bei weitem zahlreichste Klasse der Bevölkerung war. Eine Statistik aus dem Jahre 1846 weist in Preußen 457 365 Meister und selbständige Gewerbetreibende nach, die 384 788 Gesellen und Lehrlinge beschäftigten; in den Fabriken, deren Zahl sich auf über 78 000 belief, arbeiteten rund 550 000 Personen, derart, daß auf eine „Fabrik“ 7 Arbeiter entfielen und eine ganze Anzahl dieser „Fabriken“ nach unseren Begriffen sich ebenfalls als Kleinbetriebe, als Handwerksbetriebe darstellten. Selbst in Lassalles Tagen, im Jahre 1861, zeigt die amtliche Volkszählung für Preußen im Schneider- und Schustergerelle fast zwei Drittel der Beschäftigten als selbständige Meister, nämlich unter 154 111 Schuhmachern 94 849 Meister und unter 122 789 Schneidern 73 088 Meister. Wenn diese Meister in ihrer Mehrzahl auch in durchaus proletarischen Existenzbedingungen kümmerlich ihr Leben fristeten, so fühlten sie sich doch keineswegs als Proletarier.

Aber auch die Handwerksgerelle und eigentlichen Arbeiter wußten nichts davon oder wollten nichts davon wissen, daß sie eine besondere Klasse in der Gesellschaft waren, und lebten es ab, Proletarier zu heißen. Gerade das Jahr 1848 zeigte im Feuerchein der Revolution die Rückständigkeit der deutschen Arbeiterklasse im hellsten Licht. Am Anfang dieses Jahres war zwar als ein Fanal, das die Arbeiter aufrief zum Kampfe, das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels erschienen, doch nur

die wenigsten unter den Millionen, die es anging, nahmen Notiz davon. Wohl aber schlugen sich die Arbeiter auf allen Barricaden wacker für die Klasseninteressen der Bourgeoisie in deren Kampfe gegen die feudalen Gewalten, ohne allerdings Dank zu ernten, denn gleichmütigen Herzens verbrauchte die Bourgeoisie hier die Arbeiter als Kanonensutter auf dem Schlachtfeld der Revolution, wie sie sie sonst wohl auf dem Schlachtfeld der Industrie verbraucht hatte. Als dann, arbeitslos, hungernd und verzweifelt, die Arbeiter daran gingen, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, offenbarte sich die heillosste Zerknirschtheit auf der ganzen Linie. „In Deutschland“, schildert Stephan Born in seinen „Erinnerungen eines Achthundertzigers“ die Dinge, „herrschte noch eine Art patriarchalischen Verhältnisses. Der Arbeitgeber betrachtete sich in der Regel dem Arbeitnehmer gegenüber als Wohlthäter, dem dieser sein Brot verdankte und der ein himmelschreiendes Unrecht begehe, wenn er sich soweit vergesse, mit Forderungen hervorzutreten, gewissermaßen die Annahmebedingungen für das ihm erwiesene Gute zu stellen.“ So hielt sich denn selbst in den revolutionären Stürmen die Arbeiterschaft mit besonderen Forderungen zurück, und wo sie doch welche stellte, waren sie oft schnurrigster Art. In Lübeck demonstrierten die Arbeiter gegen die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und in Oberfeld verlangten die Weber das Recht, Meister zu werden, ein Recht, das ihnen längst die Entwicklung illusorisch gemacht hatte. Am Rhein rissen die Rasteler Rutscher die Schienen der Eisenbahn auf, damit sich der Verkehr wieder Wagen und Pferd zuwende, und von Mainz erzählt Ludwig Vamberger von einem Teil der Bevölkerung, der früher den Beruf hatte, die Segelschiffe, die den Rhein heraufkamen und an der Stadt vorüber weiter aufwärts gingen, zu Fuß an langen Lauen weiter zu ziehen, bis jenseits der städtischen Ufergrenze die Beförderung wieder der Pferdebespannung überliefert wurde, die an der Nordseite abgeköpft worden war. Die Leute nannten sich Fähranzieher. „Ihnen war durch die Dampfschleppschiffahrt, die damals in ihren Anfängen stand, das Handwerk verdorben worden. Und auch das galt für eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, die im Namen der siegreichen Freiheit ausgerottet werden müsse. Die Fähranzieher brachten es durch Angriffe auf die Remorqueure wirklich so weit, daß diese einige Tage lang ihren Dienst ausgeben mußten, und nun konnte man das erhebeude Schauspiel mit ansehen, wie unter dem Jubel der Uferbevölkerung die Männer sich an die eroberten Schiffe anspannten, das Halfter über die Schulter gezogen, sie im Triumph den Rhein entlang wieder aufwärts schlepten. Und dies geschah in einer Provinz, die seit einem halben Jahrhundert keine Spur von Junftzwang mehr gekannt hatte!“ In Berliner Arbeiterversammlungen im Freiheitsfrühling meldeten sich gleichfalls die schnurrigsten Anschauungen zum Wort. Da wollte der eine den Gebrauch von Maschinen in seinem Gewerbe verboten wissen, der zweite forderte, daß ein gelernter Arbeiter keine gröbere Arbeit annehmen dürfe, der dritte heischte das Verbot der Frauenarbeit, ein vierter verlangte, daß die Droßken keine Pakete mehr von und nach

der Eisenbahn fahren sollten! Als aber in einer solchen Arbeiterversammlung ein Teilnehmer die Tagelöhner aufforderte, sich zu einem Proletarierbunde zu vereinigen, mußte der Redner, gezwungen von der lärmenden Entrüstung der Versammelten, den Ausdruck Proletarier zurücknehmen. Man wollte Bürger, aber nicht Proletarier sein!

Das war die Arbeiterklasse des Revolutionsjahres! In dem folgenden halben Menschenalter, das gekennzeichnet ist durch politische Lähmung wie durch wirtschaftlichen Druck, entwickelte sich die deutsche Arbeiterklasse wohl ihrer Zahl, aber nicht ihrem Bewußtsein nach. Noch immer war von einem Klassenbewußtsein nichts zu verspüren. Zu Anfang der sechziger Jahre stieß Bebel in Leipzig hier und da auf einen Arbeiter, der sich in Weitlings Schriften umgeirrt hatte, aber schon das war eine seltene Ausnahme und vom „Kommunistischen Manifest“ und Marx und Engels vollends wußte der Tausendste nichts.

Diese erlöschungshungrigen und doch so stumpfen Massen aufzurütteln, war ein gigantisches Unterfangen, das gigantisches Wollen und gigantische Kraft voraussetzte. Zwar hatte das Jahr 1859 nicht nur die bürgerliche Klasse Deutschlands auf die Beine gebracht, sondern auch in den Arbeitern ein dumpfes und unbestimmtes Sehnen entzündet. Als dann die Fortschrittspartei die Arbeiter vor ihren Karren zu spannen suchte und ihnen in den Bildungsvereinen einen dünnen unpolitischen Drei Löffelweise eingab, als der Nationalverein die Arbeiter mit höhnischen Worten von jedem Einfluß auf die Vereinsführung aussperrte, als die Beschädigung der Londoner Industrieausstellung mit ihrem Drum und Dran aufrüttelnd wirkte, da war gewiß der Boden zur Aufnahme der Saat bereit, aber erst mußte der Sämann kommen.

Er kam, unerschütterlich an seinen Stern glaubend, des Erfolges sicher, ein Sturmrufer mit all der gewaltigen Macht über die Herzen, den die Stunde heischte: Ferdinand Lassalle. Alles fügte sich bei diesem Manne zusammen, selbst das, was seinen Zeitgenossen Marx und Engels als wissenschaftlicher Mangel erschien, um die tiefste Wirkung auf diese unentwickelte deutsche Arbeiterklasse auszuüben. Das das geschriebene Wort nimmer hätte erreichen können, das erzielte das gesprochene Wort, und Lassalle war ein Meister des gesprochenen Wortes. Mit dem großen weltgeschichtlichen Pathos verband er die nationalökonomische Eindringlichkeit, er war das Schwert und war die Flamme. Er pflanzte ein Banner auf und wies ein nahe Ziel, mit wuchtigen Schlägen hämmerte er die neuen Begriffe in die Hirne und warf sich selbst überall in der kurzen Spanne, die ihm das Schicksal noch ließ, sich auszuwirken, sein Werk vorwärts, mit dem Willen und der Gewißheit, bald zu siegen, und selbst sein Tod umgab ihn noch mit einem romantischen Glanz, der seiner Sache sicher nicht hinderlich war.

So steht ein tiefer Sinn darin und zeigt zugleich den Entwicklungsgrad der Arbeiterklasse von damals wie die Bedeutung ihres Kampfrufers, wenn das Proletariat in den ersten Jahren nach Lassalles Tode ihn wie einen Messias verehrte und seinem Andenken geradezu göttliche Ehren erwies.

Charakterköpfe aus Lassalles Zeit.

Erinnerungen von Wilhelm Bloß.

Die Persönlichkeit Ferdinand Lassalles hatte einen so mächtigen Eindruck hinterlassen, daß man noch Jahre nach seinem Tode in sozialistischen Kreisen fast täglich von ihm sprach. Seine Schriften bildeten bis tief in die siebziger Jahre hinein das hauptsächlichste Agitationsmaterial der deutschen Sozialdemokratie, besonders wegen ihrer populären Darstellung.

Selbstverständlich konzentrierte sich innerhalb der Partei auch ein besonderes Interesse auf die zwölf Männer, welche bei Lassalles Agitation mitgewirkt und als Delegierte von elf Städten in Leipzig mit ihm die Statuten der neu zu gründenden Arbeiterorganisation beraten hatten. Am 23. Mai 1863 wurde zu Leipzig von den Dreizehn vor sechshundert Arbeitern der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein begründet und Lassalle zu dessen Präsidenten gewählt. Die nach 1848 in Deutschland erloschene sozialistische Bewegung war damit neu entzündet.

Von den zwölf Delegierten sind meines Wissens nur noch Julius Bahleisch und Dr. Otto Dammer am Leben, beide 74-jährige Greise. Dr. Dammer hat sich bald nach Lassalles Tode gänzlich und für immer von der sozialistischen Bewegung abgewandt. Von den übrigen Delegierten habe ich Lässig von Dresden, Bensch aus Düsseldorf, Hermann aus Frankfurt und Scheppler aus Mainz nicht persönlich kennen gelernt. Karl habe ich nur einmal oberflächlich in Hamburg gesehen. Auch Dr. Dammer habe ich nicht persönlich gekannt, dagegen war ich wohl bekannt resp. befreundet mit Bahleisch, F. W. Frijsche, Jakob Audorf, Bernhard Becker, Hugo Hillmann und Theodor Nord. Es sei hier versucht, diese für die Arbeiterbewegung so bedeutsamen Persönlichkeiten in der Erinnerung festzuhalten.

Drei von ihnen, Bernhard Becker, F. W. Frijsche und Hugo Hillmann, waren an den Kämpfen des Jahres 1848 direkt beteiligt

und die revolutionäre Vergangenheit war in ihrem Auftreten sehr bemerkbar.

Bernhard Becker ist in der sozialistischen Parteiliteratur fast allgemein mit viel Geringschätzung behandelt worden. Niemand in der Partei hat ihn wohl so genau persönlich kennen gelernt wie ich, und ich habe eine andere Meinung von ihm, wenn ich auch recht wohl begreife, wie bei anderen die Geringschätzung seiner Person entstehen konnte. Er war ein Sonderling und ein solcher gibt leicht Anlaß zu Irrtümern. Lassalle hat diesen Mann jedenfalls nicht gering geschätzt, indem er ihn testamentarisch zu seinem Nachfolger empfahl. Aber Becker machte als alter Junggeselle sich gern über die Frauen lustig; er konnte recht boshaft sein und liebte auch Intrigen und Klatsch. Das hat ihn, trotz seiner sonstigen trefflichen Eigenschaften, viel Feindschaft eingebracht.

Becker, 1826 als Sohn eines Gutsbesitzers in Aue bei Weiningen geboren, war schon als Gymnasiast und später als Student der Staatsökonomie und Philosophie von den Professoren wegen seiner revolutionären Anschauungen und Tendenzen gefürchtet. Er fühlte sich für den Staatsdienst nicht geeignet und war während des Sonderkrieges in der Schweiz, wo ihm die Föderativrepublik gar nicht gefiel. 1848 beteiligte er sich an der revolutionären Bewegung und 1849 machte er den bairischen Aufstand als Leutnant im Mannheimer Arbeiterbataillon mit. Er hielt sich dann erst unter falschem Namen in seiner thüringischen Heimat auf, redigierte 1851 ein demokratisches Blatt in Braunschweig und entfloch von dort als Verfasser einer revolutionären Flugblätterbewegung nach England, wo er sich zehn Jahre durch Unterricht kümmerlich durchschlug. Anfangs der sechziger Jahre in seine Heimat zurückgekehrt, mußte er eine Gefängnisstrafe wegen seiner revolutionären Tätigkeit verbüßen und lebte dann in Frankfurt am Main. Um diese Zeit schrieb er sein geistreiches, jetzt ver-

gessenes Buch „Nationalökonomische Skizzen“ gegen den bekannten Koscher, sowie seine „Geschichte der deutschen Bewegung von 1848“. Die Darstellung in letzterem Werke ist etwas verworren in der Einteilung des Stoffes, aber sie beruht auf der materialistischen Geschichtsauffassung. Dies Werk machte Lassalle auf Becker aufmerksam. Als Lassalle in Frankfurt seine berühmte Rede hielt, schloß sich Becker sogleich an ihn an und schrieb die Broschüre: „Lassalle und seine Verleinerer.“ Er wurde Bevollmächtigter des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für Frankfurt, nachdem er, wie oben erwähnt, in Leipzig bei dessen Gründung als Delegierter für Frankfurt mitgewirkt und namentlich die Wahl Lassalles zum Präsidenten empfohlen hatte. Als Lassalle vor dem verhängnisvollen Duell zu Genf sein Testament machte, empfahl er Becker zu seinem Nachfolger mit den Worten: „Er soll an der Organisation festhalten. Sie wird den Arbeiterstand zum Siege führen!“

Becker war ein Gelehrter von einem enormen Wissen, aber eine Professorenmanier, schwerfällig und im praktischen Leben unbeholfen. Gerade zu der Stellung, zu der Lassalle ihn empfahl, war er nicht geeignet. Aber die Empfehlung genügte, daß er gewählt wurde. In dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein brach sogleich nach Lassalles Tode Streit aus und eine Verwirrung trat ein, welcher Becker nicht enifernet gewachsen war. Die Gräfin Dönhofs, Lassalles Freundin, übergab Becker die auf Lassalles Liebeshandel mit der Dönhofs und sein tragisches Ende bezüglichen Papiere, um eine Lassalle verherrlichende Broschüre zu schreiben; Becker aber schrieb die Aktenstücke ab, gab dann die Originale zurück und schrieb die Broschüre in entgegengesetztem Sinne. Dadurch verfeindete er sich mit der Dönhofs und die Verwirrung ward immer größer, als sich Becker nun auch mit Schweiger und Liebknecht verfeindete. Er zog auch gegen die „Marxianer“ aufs heftigste los und ward endlich von der Berliner Gemeinde des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, der auch Liebknecht angehörte, als „unheilbarer Idiot“ ausgeschlossen. Die meisten Gemeinderäte schlossen sich diesem Beschluß

*) So schrieb der bekannte Oberwinder seinerzeit im „Korbstern“.

Die Gewinnung Berlins für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein.

Langsam, nur sehr langsam vollzog sich die Gewinnung Berlins für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Hier, wo schon vor dem Revolutionsjahr 1848 Sektionen des Bundes der Kommunisten bestanden hatten — hier, wo im Revolutionsjahr das von Mitgliedern des Kommunistenbundes gegründete und geleitete „Zentralkomitee für Arbeiter“ den ersten allgemeinen deutschen Arbeiterkongress einberufen und dieser in der „Deutschen Arbeiter-Verbrüderung“ die Grundlage einer selbständigen Partei der deutschen Arbeiter geschaffen hatte — hier, wo Lassalle am 12. April 1862 vor einem überwiegend aus Arbeitern bestehenden Publikum seinen wunderbar klaren und packenden Vortrag über den Beruf der Arbeiterklasse in der modernen Gesellschaft, das „Arbeiterprogramm“, gehalten hatte, gerade hier erwies sich der Boden ungemein fruchtbar für die Lassallesche Organisation. Auf dem Leipziger Kongress, der die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins beschloß, war die Hauptstadt Preußens untertreten.

In der ersten Zeit machte man dafür besondere schlechte Eigenschaften der Berliner Arbeiterschaft verantwortlich. „Gleichgültigkeit“, „Bergnügungssucht“, „Wibbeli“ der Arbeiter Berlins zählt Bernhard Weder, der erste Geschichtsschreiber der Lassalleschen Agitation, als Ursachen ihres Zurückbleibens auf. Das war aber höchst oberflächlich geurteilt. Es fehlte in Berlin damals durchaus nicht an geistig vorwärts strebenden Arbeitern. Wenn diese sich nicht ohne weiteres der neuen Bewegung anschlossen, so lag der Grund dafür tiefer.

Nirgends hatte nach dem Niederlagen der Märzrevolution die Reaktion in Deutschland so gewalttätig gewüthet, wie in dem jahrelang von ihr in Belagerungszustand gehaltenen Berlin. Und zwar gerade auch gegen die Arbeiterbewegung. Alles, was nur entfernt nach Arbeiterorganisation aussah, wurde rücksichtslos unterdrückt, selbst den von der Arbeiterverbrüderung ins Leben gerufenen Gesundheitspflegeverein erzielte dies Schicksal. Und ebenso wurden alle Personen, die der Polizei als Vertrauensmänner der für ihre Befreiung opferbereiten Arbeiterschaft bekannt waren, aus Berlin ausgewiesen. Allein im Mai 1849 sollen über 1000 Personen von der Ausweisung betroffen worden sein. Es war geradezu eine politische Dezimierung des demokratischen Berlins. Die Arbeiter teilten durchaus die Niederlage der Kleinbürgerlichen Demokratie. Sie sahen sich als deren Lebensgenossen und die natürliche Folge blieb nicht aus. Hatten schon im Revolutionsjahr gerade die aus der Kommunistenbewegung hervorgegangenen Führer der Berliner Arbeiter wiederholt erklärt und es durch die Tat bekräftigt, daß sie im Kampf gegen die Reaktion hinter der bürgerlichen Demokratie stehen würden, hatten namentlich die Maschinenbauer Berlins mit dem demokratischen Bürgerthum gemeinsame Sache gemacht, so wurde die Bundesgenossenschaft unter den Schlägen und dem Druck der Reaktion zu einer Parteigenossenschaft zusammengeschmiebelt. Die Maschinenbauer, in deren Reihen wir einen Teil der Auslese der Berliner Arbeiterschaft zu finden haben, wurden die Schutztruppe der demokratischen Partei und, nach deren Häutung, der Fortschrittspartei. Nirgends war das mittlerweile gegründete Berliner Organ der Kleinbürgerlichen Demokratie, die „Berliner Volkszeitung“, so beliebt, wie bei den Maschinenbauern Berlins.

Diese Popularität erklärt sich zudem aus der ganzen damaligen politischen Situation und der sozialen Verfassung der Arbeiterschaft Berlins. Den Gedanken an einen baldigen Wiederaufbruch der Revolution hatte man aufgegeben, vom Staat erwarteten die Arbeiter nichts, er war gerade den vorgeführten Arbeitern, die ihn ja nur als Vollziehbarkeit kannten, gründlich verhaßt. Was sie vielmehr zunächst brauchten, war Befreiung von politischer und bürokratischer Bevormundung. Das stimmte nun durchaus mit dem Programm der Kleinbürgerlichen Demokratie überein. Außerdem fehlte die Arbeiter an die bürgerliche Demokratie deren Eifer für Bildungsanstalten. Die Lehrer des 1850 wieder ins Leben gerufenen Berliner Handwerkervereins waren Anhänger der Fortschrittspartei, und was man der „Berliner Volkszeitung“ politisch

auch vorwerfen konnte, durch ihre naturwissenschaftlichen Aufsätze, die an Volkstümlichkeit nicht übertroufen werden konnten, hatte sie die Herzen gerade des bildungsbegehrigen Teils der Berliner Arbeiterschaft gewonnen. Das Streben nach naturwissenschaftlicher Erkenntnis ist ja dem modernen Arbeiter geradezu angeboren.

Freilich hatte die bürgerliche Demokratie, als sie sich mit Teilen der Liberalen und Konstitutionellen zur Fortschrittspartei verschmolz, diesen zutiefte die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts aus dem neuen Programm fortgelassen. Aber das hatte die Arbeiter nicht sonderlich berührt. In den Reaktionsjahren waren sie der Wahlurne ferngeblieben, und zum Glauben an eine besondere politische Kraft des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, schickte ihnen das Vertrauen in die Reife der eigenen Klasse. Es erschien ihnen daher auch nicht als eine dringende Forderung, und so verfehlten gerade die Ausführungen Lassalles im „Arbeiterprogramm“ über die Bedeutung des Allgemeinen Wahlrechts die tiefere Wirkung. Prinzipiell hatten sich zudem auch die Schulze-Delitzsch und die anderen, in der Arbeiterschaft wirkenden Vertreter der Fortschrittspartei für dieses Wahlrecht erklärt, die „Volkszeitung“ es die Kardinalforderung der Demokratie“ genannt. Aber die Fortschrittler fanden zur Zeit auch beim Klassenwahlrecht ihre Rechnung, und den Arbeitern war die Aenderung des Wahlsystems noch kein Bedürfnis.

Nun hatte Lassalle in den ersten Jahren seines Berliner Aufenthalts ausschließlich in den Kreisen der geistigen Aristokratie des Bürgerthums sich bewegt, dort Freunde und Verehrer erworben, war den Arbeitern dagegen unbekannt geblieben. Jetzt aber, wo er anfang, vor Arbeitern Vorträge zu halten, war sein persönliches Auftreten unglücklichweise ein solches, daß er sie eher abstieß, als für sich einnahm. Er hatte nichts von den Wieder-mannsmannieren an sich, durch die ein Teil der Fortschrittler sich bei den Arbeitern beliebt machte, noch hatte er das Keuchere und Wesen eines Gelehrten, dem man Zurückhaltung nachsieht. Wie wir heute aus seinen Briefen wissen, waren es sehr achtungswürdige Eigenschaften, die ihn abhielten, in Arbeiterversammlungen sich anders zu geben, als vor seinen Bourgeoisbekannten. Aber die Wirkung war, daß der hochbegabte geistreiche Mann nicht das persönliche Vertrauen einflößte, wie sein Gegner Schulze-Delitzsch, dem der bessere „Volksmann“ im Munde lag, und von dem die Arbeiter im Norden wußten, daß er in der Reaktionszeit zu ihnen gestanden hatte.

Schulze-Delitzsch war in Berlin der Held der Arbeiter als der Leipziger Kongress togte. Unter seiner Leitung war am 18. Januar 1863 ein „Berliner Arbeiterverein“ gegründet worden, in dessen Listen sich gegen 2000 Arbeiter einzeichnen ließen. Am 19. April 1863 hatte dieser Arbeiterverein einstimmig eine Resolution angenommen, in der er erklärte, daß „in Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit allein den Arbeitern die Mittel geboten“ seien, eine ihrer würdigen Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft einzunehmen, und daß die Aufforderung Lassalles, dem allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrecht Geltung zu verschaffen, „für jetzt nicht gerathen“ erscheine, weil „das ganze Volk zu dem Prinzipienkampfe, in dem es sich mit der Regierung befindet, sehr unzureichend“ müsse. So dachten die Arbeiter damals wirklich. Der einzige Redner, der in jener Versammlung gegen Schulze-Delitzsch gesprochen hatte, war der der Polizeispitze verdächtig gewordene Arbeiter Eichele, dem man mit dem Rufe: „Haut ihn!“ antwortete. Einen Gegner, der auf die Arbeiter Eindruck machen konnte, fand Schulze nicht. Lassalles Freund und Verehrer Ludwig Löwe beschränkte sich darauf, Lassalle persönlich zu verteidigen, ging aber auf dessen Programm nicht ein. So wenig Anklang fand daher die neue Bewegung in Berlin, daß als am 1. Juli 1863 die erste Berliner Gemeinde des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ins Leben trat, sie aus dem Leipzig nach Berlin übersiedelten Sekretär des Vereins, Julius Bohle, den beiden Angehörigen des Schuhmachergewerks, Theodor Pöchner und Fr. Krenzl, sowie noch gerade zwei Personen bestand! Bis zum Herbst vermehrte sich die Zahl durch persönliche Werbung auf gegen 50, darunter den meisten aus dem Exil nach Deutschland überfiedelte Wilhelm Liebknecht, sowie noch eine Anzahl von Angehörigen literarischer Berufes. Aber die meisten

Beigezeichneten waren nur halbgewonnene, mehr durch Neugierde wie durch Ueberzeugung angezogen.

Im Herbst 1863 nahm Lassalle selbst die Agitation in Berlin auf. Er veröffentlichte eine „Ansprache an die Arbeiter Berlins“, in der er den Vortritt, reaktionär zu sein, sehr geschickt zurückwies. Weniger geschickt war wiederum sein persönliches Auftreten. Er zeigte sich ungeduldig gegen Einwände und Gegenvorschläge und verurteilte dadurch in seinen ersten Versammlungen Szenen, die den Spott der gegnerischen Presse hervorriefen. Die ersten Versammlungen wurden als Vereinsversammlungen einberufen mit der Bestimmung, daß nur Mitglieder oder Personen, die sich einzeichnen wollten, Zutritt hätten. Da es nun eine ziemliche Anzahl Leute gab, welche die Neugierde antrieb, Lassalle zu hören, fehlte es in der Tat nicht an Einzeichnungen, aber unter den Einzeichnungen sah es um so bunter aus.

Am 22. November 1863 hielt Lassalle im damaligen Maschinenbauviertel Berlins seine erste öffentliche Versammlung ab. Das Lokal, wo sie stattfand, hieß „Edorado“ und befand sich Ecke der Bergstraße und der jetzigen Eißner Straße — damals noch außerhalb der Stadtmauer Berlins. Obwohl die Fortschrittspresse vom Besuch der Lassalleschen Versammlungen abgemahnt hatte, war der mächtig große Saal reichlich gefüllt, und längere Zeit verlief die Versammlung ohne erhebliche Störung. Als aber Lassalle immer schärfer gegen die Fortschrittspartei und speziell Schulze-Delitzsch loszog, unterbrach ihn schließlich die Klasse der Anwesenden durch fürmische Hochrufe auf Schulze-Delitzsch. Dann brach die Polizei ein, erklärte die Versammlung für aufgelöst und Lassalle für verhaftet. In der Erregung ließ ein Teil der Anwesenden sich dazu hinreißen, dem brutalen Polizeistat zu applaudieren.

Die Verhaftung galt nicht dem Vortrag, sondern der vorerwähnten Ansprache. In einem Aufstuf, in welchem er das Braubankischen gegen die Fortschrittspartei ins Feld führte, kündigte Lassalle Fortsetzung des Vortrags auf den 6. Dezember 1863 an. Die Fortschrittspresse forderte noch eindringlicher als vorher ihre Anhänger auf, aus den Lassalleschen Versammlungen fortzubleiben, und in der Tat fiel der Besuch nun erheblich schwächer aus. Damit fiel aber auch das Interesse am Verein und mit seiner Mitgliederzahl ging es schrittweise rückwärts. Von gegen 200 um das Ende November 1863, schmolz sie bis zum Frühjahr 1864 auf einige 30 zusammen, um sich bis zu Lassalles Tode nicht mehr zu heben. In einem kleinen Lokal in der Mauerstraße kam man im Sommer 1864 zusammen und pflegte Debatten, die starke Meinungsverschiedenheiten über die Lassallesche Taktik zutage treten ließen. Während andere Mitgliedschaften des Vereins auf die Kunde von Lassalles Ableben eine Trauerfeier zu seinen Ehren veranstalteten, ist es in Berlin nicht dazu gekommen.

Erst nach Lassalles Tode ist es dessen Nachfolger, J. W. von Schweiger, in langsamer Arbeit gelungen, die Berliner Mitgliedschaft in die Höhe zu bringen. Ueber so außerordentliche Gaben Schweiger verfügte, so kann man ihn doch in bezug auf Wissen, Genialität und philosophische Tiefe nicht Lassalle an die Seite stellen. Ihm fehlte auch das leidenschaftliche Feuer, welches in Lassalle glühte. Aber als Taktiker war er ungleichfalls ihm überlegen. Er verstand es, durch Anknüpfung an Tagesereignisse, durch Veranstaltung von Disputationen, durch Angeherung von Rednern, Interesse an seinen Versammlungen zu erregen, trat, bei unausgesetzter scharfer Kritik der Fortschrittspartei, doch wiederholt dieser im Kampf gegen die Regierung zur Seite, zeigte in allen Diskussionen, sei es mit Fortschrittler oder sonstigen Lokalgrößen, darunter der von 1848 her bekannte Demagoge H. W. Held, seinen Gegnern den Meister, und brachte es auf diese Weise schließlich dahin, daß der Verein wirklich große Volksversammlungen abhalten konnte. Es kam sogar dazu, daß fortschrittliche Bezirksvereine sich von Schweiger Vorträge halten ließen.

Daneben kamen der Entwicklung des Vereins in Berlin die Lohnbewegungen der Arbeiter zugute, die sich von 1868 an immer stärker einstellten. Die Koalitionsverbote waren, noch ehe sie durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes aufgehoben wurden, schon im Jahre 1865 hinsichtlich geworden. Immer stärker machte sich der Koalitionsdrang in der Arbeiterschaft geltend, und wenn auch die „Berliner Volkszeitung“ bei den Lohn-

an; andere hielten fest zu Weder, allein seine Rolle war ausgeglichen. Der Verein spaltete sich. Weder war 1865 aus Preußen ausgewiesen, was übrigens Liebknecht auch widerfuhr.

Weder ging nach Wien, wo er an seinem Feinde Schweiger eine eigenartige Rache nahm. Dieser hatte seinen Freund Hoffmeister nach Wien geschickt, um die Wiener Arbeiter in einer großen Versammlung für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu gewinnen. Hoffmeister geriet in Geldmangel und ging zu Weder in seiner Not. Weder riet ihm, den Grafen Platen, den Agenten des inzwischen vertriebenen Königs von Hannover in Wien, sowie den Vater Greuler, einen Führer der Kerisalen Partei, um Unterstützung anzugehen. Hoffmeister tat dies auch, aber ohne Erfolg. Am Tage, bevor die angekündigte große Arbeiterversammlung stattfand, enthielt Weder in einem Wiener Blatte, daß Hoffmeister bei dem Grafen Platen und dem Vater Greuler gewesen. Der arme Hoffmeister mußte also besafet vor die Versammlung treten und fiel natürlich bei dieser fürchterlich ab.

Weder ging nach Paris, von wo er als Deutscher während des Krieges von 1870 ausgewiesen wurde. Er kam in klaglichem Zustand nach Deutschland, wo er sich an die inzwischen entstandene Eisenacher Richtung der Sozialdemokratie angeschlossen. Er stieß anfangs auf großes Mißtrauen, aber man war nicht so kleinlich, ihm seine Vergangenheit dauernd nachzutragen; ohnedies erklärte sich alles aus der nach Lassalles Tode eingerissenen Verwirrung. Man war auch froh, bei dem damaligen Mangel an brauchbaren Journalisten Weders Kenntnisse verwerten zu können, und da er seiner sozialdemokratischen Gesinnung stets treu geblieben war, überließ man seine persönlichen Entgleisungen um so leichter. Er ward 1871 erst an der „Chemnitzer Freien Presse“, dann an dem „Braunschweiger Volksfreund“ als Redakteur angestellt und leistete als solcher treffliche Dienste. Der von Schweiger geleitete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wurde von ihm heftig belämpft, was im Sinne der Eisenacher Richtung war. 1872 mußte er ins Gefängnis wandern und ich wurde nach Braunschweig berufen, um ihn zu vertreten. Mir wurden in der Folge, als wir zusammen wohnten, intime Freunde. Wenn man sich in seine Sonderbarkeiten fand, konnte man sich leicht mit ihm vertragen, und er war dann liebenswürdig, gesellig und ein hochinteressanter Gesellschafter; er wußte namentlich aus seinem glücklichen Leben in England fesselnd zu erzählen. Er arbeitete damals an seinen historischen Werken. Wir trafen früh auf und während ich meinen täglichen Leitartikel schrieb, las er Kaffee und biente mir mit seinem umfassenden Wissen zugleich als Unterhaltungs-Lexikon.

Wie seiner Gesinnung blieb er auch seinen Sonderbarkeiten treu. Ich bemerkte einst, daß er unter den Kleibern einen Streik mit einem eisernen Haken um den Leib trug. Auf meine verwunderliche Frage antwortete er, man könne nie wissen, ob es nicht zu einem Barrikadenkampf komme. Mit diesem Streik könne man sich aus den Hinterfenstern der Häuser hinausschleppen, wenn sie von Feinden von vorn eingenommen würden. So sehr lebte er in den Vorstellungen von 1848.

Weder's Schriften von damals fanden eine vortreffliche Aufnahme, namentlich „Die Jesuiten und die Freimaurer“ sowie „Die Reaktion in Deutschland“ und „Die Arbeiter-Agitation Ferdinand Lassalles“. Diese Werke sind heute nur noch antiquarisch zu haben.

1872 war er noch Delegierter für Braunschweig auf dem Haager Kongress; einige Zeit nachher ging er wegen eines vermeintlich ihm drohenden Rechtsprozesses in die Schweiz. Er schrieb dort noch einige historische Werke, zuletzt ein sehr geschäftiges gegen die Pariser Kommune.

Ich hatte noch einige Briefe von ihm erhalten, dann hörte man lange nichts mehr von ihm.

Neuherlich erschien er als ein Typ des deutschen Professors resp. Sprachlehrers. In England hatte er sich angewöhnt, stets schwarzen Jolinder und schwarzen Schrock zu tragen. Sein rundes, meist freundliches glattes Gesicht mit dem kleinen runden Schnurräucherchen ließ nicht den Revolutionär ahnen, der schon als Schüler seiner Lehrern Schrecken eingeflößt hatte. Beim Ansehen war er sehr ausdauernd.

Er hatte immer gesagt, daß er sich erschießen werde, wenn das Alter käme. 1882 hat er sich tatsächlich in Lüben, wo sein Schwager wohnte, erschossen. Sein Tod ward so geheim gehalten, daß man in der Partei erst zehn Jahre nachher davon erfuhr.

Friedrich Wilhelm Frißche, geb. 1825 in Leipzig, wurde Zigarrenarbeiter und warf sich als solcher mit allem Eifer in die Bewegung von 1848. Im Mai 1849 kämpfte er auf den Dresdener Barricaden und wurde von den Preußen gefangen genommen. Wie er hinterher der Justiz entging, ist mir nicht bekannt. Er gehörte zu dem Komitee, welches 1863 an Lassalle eine Deputation sandte, und war auch bei dieser. Erst beim Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, den er als Delegierter von Leipzig mit begründete, half, schwanke er längere Zeit zwischen „Eisenachern“ und „Lassalleanern“ hin und her. Auf dem Gothaer Vereinigungskongress setzte er die Aufnahme des bekannten Lassalleschen Satzes von der „reaktionären Klasse“ ins Programm durch. Er gründete 1865 den Deutschen Tabakarbeiterverein und berief 1868 mit Schweiger den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftskongress. Er wurde 1868 für Bennep-Nettmann in den Norddeutschen Reichstag gewählt; ebenso 1877 und 1878 für Berlin IV in den Deutschen Reichstag. Wie lernten uns 1877 im Reichstage näher kennen und schlossen uns bald enger aneinander an. Als wir dort den großen Arbeiterschutnant ausarbeiteten, leistete Frißche durch seine Kenntnisse in dieser Materie der Fraktion treffliche Dienste.

Wir gingen viel zusammen aus, und es war für ihn ein Vergnügen, mir das alte Berlin, namentlich die Schauplätze der Märzrevolution, zu zeigen. Ich erinnere mich einer sehr schönen Jubiläumfeier in seiner Wohnung, wo er den liebenswürdigsten Wirt machte. Liebknecht mußte ihn damals „den noblen Proletarier“. Er sah mit seiner hohen Gestalt, seinem charakteristischen Antlitz und seinem langen weichen Bart wie ein „nordmärkischer Brande“ aus.

Er besaß ein nicht unbedeutendes poetisches Talent, und in seinen „Mutrosen“ befinden sich schöne revolutionäre Gedichte.

Das Sozialistengesetz trieb ihn über den Ocean; als er durch Bremen kam, wo ich damals mich aufhielt, nahmen wir, zwei Ausgewiesene, bewegt voneinander Abschied. Er starb vor einigen Jahren in hohem Alter in Philadelphia.

Der dritte Achtundvierziger unter den mir persönlich bekannten Delegierten war Hugo Hillmann aus Elberfeld, den ich 1873 auf dem Kongress zu Eisenach kennen lernte. Eine hohe Gestalt mit lahltem Haupt und scharfen Gesichtszügen. Bernhard Weder sagte von ihm, er habe genau so ausgesehen wie jener Henriot, der 1794 während der Diktatur Robespierres die Pariser Nationalgarde befehligte und mit Robespierres hingerichtet wurde. Hillmann hatte 1849 am Aufstand in Elberfeld teilgenommen und war dann nach Nordamerika ausgewandert. Ob er drüben wirklich solche romantischen Abenteuer bestanden hat, wie sie der berühmte „Kreuzzeitungs“-Gedicht — pseudonym Sir John Reiffels — in seinem Schauerroman „Kena Sahib“ beschreiben, sei dahingestellt. Als er in den sechziger Jahren zurückkam, schloß er sich Lassalle an und war, wie Frißche, eine Zeitlang Vizepräsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Er trat später zu den Eisenachern über. Hillmann, der einen härteren Kampf um daselbst zu führen hatte, ist schon lange gestorben.

Theodor Nord, geboren 1830 zu Breslau, war unter den Delegierten in Leipzig der einzige, der gegen die Präsidenschaft Lassalles stimmte, weil er dessen Ehrgeiz fürchtete. Dagegen hielt er die Organisation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins für die beste. Er trat zu den Eisenachern über und kam bald in deren Parteiliste. 1870 wurde er auf kurze Zeit verhaftet. Tischler von Beruf, erwarb er sich große Verdienste um die Gewerkschaft der Holzarbeiter. Wir lernten uns 1873 auf einem Arbeiterkongress in Braunschweig kennen. In dieser kleinen, halbvertrüppelten Gestalt mit einem stets mürisch aussehenden Antlitz — eine Wirkung harten Kampfes und Dasein — lebte eine Feuerseele, die sich flammend ausdrückte, wenn er von der großen Zukunft sprach, welche die von ihm ausgedachte Gewerkschafts-Union den Arbeitern bringen sollte. Seinem Einflusse war es zuzuschreiben, daß ich 1873 an den „Volksklub“, das Zentralorgan der Eisenachern, berufen wurde, denn er liebte meine, wie er sagte, popmässige Schreibweise. Wir sahen und zuletzt in Erlurt, wo wir in dem Saal, der einst das „Partierre der Könige“ gesehen, zusammen eine große Arbeiterversammlung abhielten. Kurze Zeit darauf, am 1. Januar 1875, starb er. Partei und Gewerkschaften haben an diesem Manne gleich viel verloren.

Jakob Rudolf, der Dichter der Arbeitermarschälle, war 1835 als Sohn eines Hartwägenbauers zu Hamburg geboren. Der Vater, mit dem ich auch oft zusammengekommen bin, hatte als sechsjähriger Knabe die grausame Austreibung der Hamburger durch Davoust mitemachen müssen; in der Folge war er Anhänger des Sozialismus und Mitglied des alten Kommunistenbundes, wofür er drei Monate eingekerkert wurde. Er war auch

sich darüber eigentlich nicht den Kopf zu zerbrechen brauche und daß schließlich die Entscheidung schon in den nächsten Tagen fallen werde!

Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!

Gegen die wilden Angriffe und Drohungen der Junkerpresse hatte sich die liberale Presse in Sachsen der Stichwahrparole damit verwehrt, daß ja auch die Konservativen schon oft genug Sozialdemokraten ins Parlament verschoben hätten. So hätten die Konservativen der Sozialdemokratie allein bei der letzten Reichstagswahl 13 Mandate in die Hände gespielt. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt das für dreifache Verleumdung, doch gibt sie immerhin zu, daß „in einzelnen Fällen von den Konservativen in der Tat eine Haltung beobachtet“ worden sei, „die indirekt der Sozialdemokratie zugute gekommen“ sei. Aber das sei etwas ganz anderes gewesen, als ein freisinniges Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Erst als der Freisinn das konservative Angebot eines Zusammengehens mit den Junkern zur Bekämpfung der Sozialdemokratie schroff abgelehnt habe, hätten die Junker durch eine Politik der Vergeltung und Rache dem Freisinn die Lust zu einem ähnlichen Pakt mit dem Umsturz für die Zukunft auszutreiben versucht.

Man muß schon zu den geistig schwächlichen Lesern des Dertel-Organs gehören, um diese Logik gelten zu lassen. Konservativen dürfen also sozialdemokratische Wahlen begünstigen — obwohl sie die Noten für den Jubelgriff alles Verwundenen und Verwerflichen erklären —, nur um dem Freisinn einen Schabernack zu spielen und ihn künftig ihren unterworfenen Bedingungen gefügig zu machen. Daß aber freisinnige aus politischen Gründen von prinzipieller Wichtigkeit — mit Rücksicht auf die Steuer- oder Wahlrechtspolitik — die Wahl von Sozialdemokraten begünstigen (wobei sie außerdem auch noch das bessere Mandatsgeschäft machen), das soll ein fürchterliches, unerbittliches Verbrechen sein!

Die Junker gebärden sich affektiert, als ob das fortschrittliche Bürgertum politisch nur von Gnaden der Konservativen sein Dasein feiste. Wobei wir der Versuchung widerstehen wollen, zu untersuchen, ob der Freisinn nicht selbst dieser junkerlichen Anmaßung durch sein allzu demütiges und willfähriges Verhalten Vorwand geleistet hat.

Behördlicher Terror.

Die „National-Zeitung“ berichtet: „Schnelle Arbeit der preussischen Justiz. Justitia hält sich meist an den Spruch: „Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher.“ Daß sie aber auch anders kann, zumal wenn die höchsten Güter des Staates in Gefahr seien, beweist folgender, uns von wohlunterrichteter Seite erzählter Vorgang:

Bei den Landtagswahlen am Freitag, 16. Mai, gab ein Hilfsgerichtsdienster in einem Berlin sehr nahe gelegenen Vorort (nicht weit von Doppelgarten) seine Stimme zugunsten der Sozialdemokratie ab. Der mutige Mann — es gehört wirklich Mut dazu, in dieser Stellung so zu wählen! — konnte sich nicht lange seines amtlichen Daseins freuen. Die Kunde von der Freveltat kam überraschend schnell zu den Ohren des Landgerichtspräsidenten, von dem bereits Sonntag früh ein Diensttelegramm eintraf, das die Suspension des Hilfsbeamten anordnete. Dank diesem schnellsten Eingreifen der Justiz blieb der preussische Staat vor äußerem Schaden bewahrt.“

Wir haben dieser nationalliberalen Kritik eines skandalösen Wahlerotismus nichts hinzuzufügen. Daß solcher Terror gerade von Organen der „Rechtspflege“ geübt wird, macht die Sache doppelt pikant!

Wehrvorlage und Beamtenbefolgung.

Im Landtag des Großherzogtums Hessen kam am Mittwoch eine Interpellation der fortschrittlichen Volkspartei zur Debatte, in der die Regierung u. a. befragt wird, ob und inwieweit die Wehrvorlage an der Verzögerung der hessischen Befolgungsvorlage Schuld trage. Die Regierung erklärte, daß zwar die schwebende Befolgungsvorlage beraten, aber nicht verabschiedet werden dürfe, bevor die Wehrvorlage und ihre Deckung vom Reichstag erledigt sei. Wenn aber die Deckungsvorlage des Reichstags die Belastung der Bundesstaaten in Form der „veredelten“ Militärbeiträge bringt, so wird vermutlich die Verabschiedung der hessischen Befolgungsordnung auf lange Zeit hinausgeschoben werden. — Die Heeresvorlage hindert also die sehr notwendige Reform der Befolgungsvorlage in Hessen, wodurch sich der Beamten naturgemäß eine Erregung bemächtigt hat.

Der unpolitische Jungdeutschlandbund.

Am dem Jungdeutschlandbund in der Kriegshafenstadt Wilhelmshaven auf die Beine zu helfen, da die bürgerlichen Kreise trotz aller Bemühungen für den Jungdeutschlandklub nicht in ausreichendem Maße zu haben sind, werden dort jetzt die Reserveoffiziere mobil gemacht. In den beiden Wilhelmshavener Blättern ist folgendes Inserat zu finden:

Offiziere des Verurlaubtenstandes!

Der Vorstand von Jungdeutschland an der Jade hat das Offizierskorps des Verurlaubtenstandes eingeladen zu seiner Hauptversammlung im „Deutschen Haus“ Freitag, den 23. Mai, abends 8,30 Uhr. Auch werden Beitrittserklärungen dort gern entgegengenommen. Granier, Major z. D.

Der unterzeichnete Major ist der Bezirksoffizier des Verurlaubtenstandes und dadurch werden die Herren Reserveoffiziere sich sicher verantwortlich fühlen, bis auf den letzten Mann bei der Hauptversammlung des „Jungdeutschland an der Jade“ teilzunehmen.

Herr v. Arnim-Jüsedom,

der bisherige konservative Vertreter des Landtagswahlkreises Grenzau-Angermünde, dessen Wiederwahl gesichert war, ist an Arterienverkalkung gestorben. Herr v. Arnim-Jüsedom war gleich Herr v. Erffa mehr in den Kommissionen als im Plenum tätig. Seine rednerischen Leistungen waren keine Hervorragenden. Wenn er sich gelegentlich einmal in der Sozialistenbekämpfung versuchte, hatte er meist das Bed, gerade mit den abgefeindeten und unzuverlässigsten Blättern des Reichslegendenverbandes zu operieren. Besondere Verdienste um die konservative Sache erwarb sich jedoch der Verstorbenen durch seine besonders rege Tätigkeit im Stellen von Schlüsselanträgen, sobald die unbedeutsame Rede eines Sozialdemokraten in drohende Nähe rückte. Unter Herrn v. Kröckers Leitung hatte Herr v. Arnim-Jüsedom es sogar fertig bekommen, Schlüsselanträge auf Vorrat zu stellen.

Ein schlafertiger Oberstleutnant z. D.

Am 20. März, einem Sonntag, gerieten in Erfurt auf der Straße zwei Männer wegen eines Hundes in Streit, der bald in Tätlichkeiten ausartete. Der eine, der den sogenannten „besseren“ Stand angehörte, entriß seinem Gegner, einem Arbeiter, dessen Stock und schlug damit auf ihn in so brutaler Weise ein, bis der Stock in Stücke ging und der Mann aus mehreren Kopfwunden blutete. Weitere anscheinend beabsichtigte Mißhandlungen wurden wohl nur durch die drohende Haltung des empörten Publikums verhindert. Der „bessere“ Herr entfernte sich dann schleunigst, unterwegs den Hut des von ihm mißhandelten Mannes, den er an sich genommen hatte, in die Anlagen werfend. Als der Stockschläger von einigen Herren festgestellt wurde, äußerte er noch obendrein: „Das war noch lange nicht

genug.“ Der Mißhandelte aber mußte sich auf der Polizeiwache die blutenden Wunden verbunden lassen.

Als der schlafertige „bessere“ Herr wurde dann der Oberstleutnant a. D. und Subdirektor Freiherr von Schimmelmann ermittelt. Es wurde gegen ihn Anzeige erstattet, infolgedessen er sich am Mittwoch vor dem Kriegsgericht der 88. Division in Erfurt wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten hatte. Die Verhandlung wurde fast gänzlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Das öffentlich verkündete, sehr milde ergehende Urteil lautete auf — 50 Mark Geldstrafe!

Das Ende des Balkankrieges.

Vorschläge der Verbündeten.

London, 21. Mai. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat der serbische Delegierte Rowakowitsch Sir Edward Grey die Vorschläge, welche die Verbündeten für den Entwurf der Friedensbedingungen in Vorschlag bringen, heute abend mündlich mitgeteilt. Obwohl gleichzeitig ein Schriftstück übergeben wurde, ist dies doch technisch keine offizielle Note, da den Regierungen der Balkanstaaten die Bestimmungen des Entwurfs für den Friedensvertrag bisher noch nicht offiziell übermittelt worden sind. Unter den in Vorschlag gebrachten Änderungen befindet sich eine Bestimmung, welche erklärt, daß die Delegierten der Balkanstaaten bei der Finanzkommission in Paris dieselbe Stellung haben sollen, wie diejenigen der Großmächte. Die Verbündeten schlagen ferner vor, daß alle Verträge, die vor dem Kriege in Kraft waren, gleich nach Unterzeichnung der Friedenspräliminarien wieder in Kraft treten und in Kraft bleiben sollen, bis sie durch Abkommen ersetzt werden, die einen Teil des endgültigen Friedensvertrages bilden. Ein weiterer Paragraph betreffend einen Ausweg nach der See für Serbien und eine Eisenbahn durch Albanien werde unnötig sein, falls von allen Mächten in dieser Hinsicht befriedigende Zusicherungen gegeben würden. Die Verbündeten meinen, daß die verlangten Änderungen nicht der Art sind, daß sie auf einen Einwand stoßen könnten. Sie würden alsdann bereit sein, die Friedenspräliminarien zu unterzeichnen.

Gute Aussichten für den Friedensschluß.

London, 22. Mai. Wie das Reutersche Bureau erfährt, werden ausgezeichnete Fortschritte für den Abschluß des Friedens gemacht. Zwischen den Delegierten der Balkanstaaten und denen der Türkei fanden neue Konferenzen statt, um die grundlegenden Bedingungen eines Friedensvertrages zu finden. Man glaubt nicht, daß die türkischen Delegierten ernsthaft den Ansichten der Verbündeten widersprechen. Es ist wahrscheinlich, daß Europa gegen die vorgeschlagenen Änderungen keinen Widerspruch erheben wird. Sämtliche Missionen der Verbündeten hielten heute eine Konferenz ab, um über die Lage mit Rücksicht auf die Ereignisse der letzten Tage zu beraten. Es wird auch hervorgehoben, daß die Großmächte den Vorschlägen betreffend die besonders Serbien berührenden Fragen zustimmen und daß Serbien von dieser Erklärung vollkommen befriedigt sei. Das Datum der offiziellen Versammlung der Delegierten ist noch nicht festgesetzt, doch wird wahrscheinlich eine Entscheidung hierüber in einigen Tagen getroffen werden.

Die Opfer des bulgarisch-serbischen Konflikts.

Sofia, 22. Mai. Die Agence Bulgare bezeichnet die im Ausland verbreiteten Meldungen, nach welchen die Bulgaren bei den Zwischenfällen von Pravizjaka außerordentlich hohe Verluste erlitten hätten und sogar eine ganze bulgarische Abteilung gefangen genommen worden sei, während die Griechen nur sehr geringe Verluste gehabt und eine Anzahl Dörfer in jener Gegend besetzt hätten, als vollkommen unrichtig. Die Verluste der Bulgaren bei allen Zwischenfällen bezifferten sich auf etwa hundert Tote und Verwundete. Die Ziffer der griechischen Verluste sei nicht genau bekannt, doch wisse man, daß zwei Offiziere gefallen und zweihundert Verwundete nach Elefthera eingeschifft worden seien.

Frankreich.

Verbot der Erinnerungsfeier für die Kommunkämpfer.

Paris, 22. Mai. Nach Prüfung der vom Arbeitsverband, der Vereinigung der Syndikate des Seine-Departements, der Zeitung Bataille Syndicaliste und der sozialistischen Vereinigung des Seine-Departements eingelegten Verurteilungen hat der Kabinettsrat beschlossen, die für den 25. d. Mts. an der Muro des Sédorés des Friedhofes Père Lachaise geplante Kundgebung zu untersagen. Dieser Beschluß wurde gefaßt in Verächtlichkeit des Charakters, den die Veranstalter dieser Kundgebung zu geben beabsichtigen.

Belgien.

Staatliche Verluste durch den Generalfreik.

Aus Brüssel schreibt man uns: Einige offizielle Ziffern belehren — wenigstens auf einem bestimmten Gebiete — welche Verluste der Staat durch den Generalfreik erlitten hat. Und zwar handelt es sich um die Einnahmen der staatlichen Eisenbahnen. Diese betrugen im Streikmonat April 24 Millionen Frank gegen 26 600 000 Frank desselben Monats im vergangenen Jahre. Da man gewöhnlich eine Vermehrung von mindestens 10 Proz. von Jahr zu Jahr rechnet, hätte der Staat heuer auf 29 Millionen Frank Einnahmen rechnen müssen. Er hätte also sonach einen Verlust von 5 Millionen in bezug auf die Einnahmen aus den Eisenbahnen zu verzeichnen — das sind 500 000 Frank pro Streiktag.

Was Antwerpen anlangt, liegen folgende offizielle Ziffern vor: Im April 1912 kamen nach Antwerpen 621 Schiffe mit 1 289 000 Tonnen Wasserverdrängung. Im April dieses Jahres kamen nur 543 Schiffe mit 1 064 000 Tonnen Wasserverdrängung an. Der zehntägige Streik verursachte demnach nach diesen offiziellen Ziffern einen um 78 Schiffe geringeren Eingang.

Italien.

Das neue Gesetz über die Aushebung.

Rom, 19. Mai. (Fig. Ver.) Da Italien sein stehendes Heer um rund 100 000 Mann erhöhen und also auf 350 000 Mann bringen will, muß es diese Verstärkung des Kontingents durch Verlängerung der Dienstzeit und durch Erweiterung des Begriffs der Militärfähigkeit möglich machen. Der vom Kriegsminister Spingardi der Kammer vorgelegte Gesetzentwurf hat gleichzeitig diese beiden Mittel im Auge. Bisher wurden die auf ein Jahr zurückgestellten Rekruten nur ein Jahr unter den Waffen behalten; der neue Entwurf will diese Zeit auf zwei Jahre erhöhen. Weiter wurde bisher der nach einmaliger Zurückstellung nicht diensttauglich Befundene dauernd militärfrei; der Entwurf Spingardi läßt die Militärfreiheit erst nach zweimaliger Zurück-

stellung eintreten. Die der zweiten Kategorie zugeordneten Rekruten, vorwiegend einzige Söhne, die bis zum Jahre 1912 überhaupt dienstfrei waren, sollen nach dem neuen Entwurf anstatt sechs Monate zwölf Monate unter den Waffen bleiben. Schließlich wird das Militärdienst von 155 auf 154 Zentimeter herabgesetzt, und der den Entwurf begleitende Bericht deutet an, daß man bei der Festsetzung der körperlichen Eignung zum Militärdienst in den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes Bedingungen festlegen werde, die geeignet sind, die Zahl der Ausgehenden entsprechend den wachsenden Bedürfnissen zu erhöhen. Das kann nichts anderes bedeuten, als daß man sich mit dem Gedanken trägt, das festgesetzte Verhältnis von Körperhöhe und Brustkorbreite zu verändern, um auch die kümmerlichen und jämmerlichen Gestalten ins bunte Tuch stecken zu können. Hinter dem kurzen, aus drei Artikeln bestehenden Gesetzentwurf grinst das Geispen der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit.

Dänemark.

Das Wahleresultat.

Kopenhagen, 21. Mai. (Fig. Ver.) Das Wahleresultat liegt nunmehr endgültig vor; an der mitgeteilten Verteilung der Mandate wird nur insofern etwas geändert, als die Liberalen 44 Mandate erhalten haben, wofür der eine „Wilde“ ausscheidet. Die neu gewählte Zweite Kammer setzt sich also zusammen aus 44 Liberalen, 32 Sozialdemokraten, 31 Bürgerlich-Radikalen und 7 Konservativen. Die sozialdemokratisch-radikale Mehrheit beträgt 6 Stimmen, sie ist also günstiger als die bisherige parlamentarische Mehrheit der Liberalen, die nur mit Hilfe anderer Parteien gebildet werden konnte.

Von besonderem Interesse ist die auf die einzelnen Parteien entfallene Stimmenzahl. Unsere Partei hat in 68 der 114 Wahlkreise Kandidaten aufgestellt. Sie erhielt 107 015 Stimmen gegen 98 718 bei der Wahl vor drei Jahren und 55 989 vor zehn Jahren. Die Radikalen haben seit 1906, wo sie sich zum ersten Male an der Wahl beteiligten, ihre Stimmenzahl von 41 460 auf 67 279 steigern können (unser Partei zählte damals 76 612 Stimmen). Die Liberalen sind seit 1906 von 118 988 auf 102 852 Stimmen zurückgegangen, während die Konservativen ihre Stimmenzahl von 64 204 auf 85 070 erhöhen konnten. Zieht man nun den Vergleich zwischen den beiden letzten Wahlen, so ergeben sich folgende Stimmenzahlen:

	1910	1913
Sozialdemokraten	98 718	107 015
Radikalen	64 884	67 279
Liberalen	118 902	102 852
Konservative	64 904	85 070

Die Konservativen haben zwar die größte Erhöhung ihrer Stimmenzahl gehabt, aber das liegt daran, daß sie eine große Zahl von Kandidaten bei der jetzigen Wahl aufgestellt hatten, womit sie hofften, im Trüben fischen zu können. Zum Teil sollte es wohl auch den Zweck haben, ihrer Forderung auf ein proportionales Wahlsystem für die Zweite Kammer größeren Nachdruck zu geben, eine Forderung, die nur dann in Dänemark eine Berechtigung hat, wenn auch die Erste Kammer auf gleicher Grundlage zustandekommt.

Einen Stimmenrückgang haben nur die Liberalen, die aber zum Teil diesmal für die Konservativen gestimmt haben. Rund 4000 „liberale“ Stimmen sind daher den Konservativen zugezählt worden, die auf wahlreformfeindliche Kandidaten abgegeben wurden. Die viele liberale Stimmen darüber hinaus zu den Wahlrechtsgegnern übergegangen sind, läßt sich nicht ermitteln. Wahrscheinlich ist, daß mancher frühere „liberale“ Wähler diesmal konservativ stimmte, weil konservativ Kandidaten auch dort aufgestellt waren, wo das früher nicht der Fall war.

Die Hauptsache bei der Beurteilung der diesmaligen Stimmenverhältnisse ist natürlich die Stellung der Wähler zur Wahlreform. Die Zahl der eingetragenen Wähler betrug 492 000; gewählt haben 366 300 = 74,4 Proz. der Wahlberechtigten. Für das neue Wahlgesetz wurden rund 275 000 Stimmen abgegeben, gegen rund 87 000 wahlreformfeindliche Stimmen. Etwa 4000 Stimmen waren zerstückelt oder ungültig. Die Verntensische Wahlreform hat bei der Wahl also mit über Dreiviertel-Mehrheit gestimmt, womit die Wähler ihr Urteil über die Wahlrechtsgegner deutlich gesprochen haben.

Schweden.

Annahme der Altersversicherung.

Stockholm, 22. Mai. Der schwedische Reichstag hat spät in der Nacht nach lebhafter Debatte den Regierungsentwurf über die allgemeine Altersversicherung mit einigen vom Ausschuss vorgeschlagenen und von der Regierung gebilligten Änderungen angenommen. Der Gesetzentwurf fand bei allen Parteien günstige Aufnahme; er kam mit 111 Stimmen gegen 28 in der Ersten Kammer und mit 172 Stimmen gegen 25 in der Zweiten Kammer zur Annahme.

Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.

Letzte Nachrichten.

Die Friedensverhandlungen.

London, 22. Mai. (B. T. Z.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die Mächte auf die Mitteilung der Verbündeten hinsichtlich der vorgeschlagenen Änderungen des Friedensvertrages geantwortet, sie seien der Meinung, daß die Besprechung dieser Änderungen eine Verzögerung im Gefolge haben werde. Sie sprachen daher die Hoffnung aus, daß die Türkei und die Verbündeten so bald als möglich zu einem Uebereinkommen hinsichtlich des Friedensschlusses gelangen würden.

Die Verhandlungen um Skutari und Albanien.

London, 22. Mai. (B. T. Z.) Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist angesichts der vielen verwickelten Fragen in Verbindung mit der Verwaltung Skutaris den Mächten der Vorschlag gemacht worden, daß diese Verwaltung dem fremden Konsularkorps anvertraut werde, welche sie unter den Befehlshabern der internationalen Flottenmacht zu führen hätte. — Hinsichtlich der staatsrechtlichen Stellung Albaniens nehmen die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Hauptstädten ihren Fortgang. Es ist nicht zu bezorgen, daß es ernste Schwierigkeiten machen wird, die Ansichten der Mächte darüber in Einklang zu bringen, ob Albanien ein völlig unabhängiger Staat werden oder dem Namen nach unter irgendeiner Art türkischer Kontrolle stehen soll.

Verunglückte Touristen.

München, 22. Mai. (B. T. Z.) Die beiden seit Sonntag auf der Benediktinerwand vermissten Münchener Touristen Martin und Boris sind heute vormittag in der Nähe der Lupinger Hütte tot aufgefunden worden.

Zur Gedenkfeier der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins

1863. 23. Mai. 1913.

„Fronen und dulden in stumpfem Verzagen,
 Sklaven der Arbeit, ist euer Geschick;
 Beugt euch zum Staube und hebt nicht zur Sonne
 Suchend und sehndend und hoffend den Blick.
 Knechtschaft und Knechte, und Herrschaft und Herren —
 So will's die ewige Ordnung der Welt!
 Schmiegt euch der Kette, dem starren Gesetze,
 Das in der Tiefe für immer euch hält!“ —

„Ewig nur fronen und ewig nur dulden?“
 Dumpf aus der Tiefe der Klagenruf scholl;
 Wider die Knechtung, die wuchsende Kette
 Knirschte der grimmige, bittere Groll.
 Aber die Arme erlahmten und sanken,
 Eh' sie zum Kampf sich und Ringen gerührt.
 Planlos das Mühen und ziellos das Streben,
 Särende Kraft, doch vom Geist nicht geführt.

Dank euch, ihr Männer mit schwieligen Händen,
 Langsam im Rate, entschlossen zur Tat!
 Ihr habt begonnen, wir führen es weiter;
 Ihr habt gesät, wir pflegen die Saat.
 Ob auch die Stürme und Wetter noch drohen,
 Uns auch, wie euch einst, erschrecken sie nicht.
 „Vorwärts! Die Blicke aufs Ziel nur gerichtet!“
 Vorwärts und aufwärts zum sonnigen Licht.

Da — wie von goldenen Zeiten die Kunde,
 Halb schon vergessen, auf einmal sich klärt,
 Klang durch die Lande die rufende Stimme:
 „Euer die Welt, wenn ihr ernst begehrt!
 Euer der Segen, den Arbeit geschaffen,
 Euer die Ernte, wie euer die Saat!
 Aber im Kampfe nur könnt ihr gewinnen;
 Rüstet und reckt euch zur männlichen Tat.“

Drängt euch zusammen und schließet die Reihen;
 Werbet und sammelt, denn eurer sind viel!
 Alle für einen und einer für alle!
 Vorwärts den Blick auf das leuchtende Ziel!
 Laßt euch nicht irren durch lockendes Gurren
 Laßt euch nicht schrecken durch Drohen und Hohn.
 Lang ist der Weg wohl und hart ist das Mühen.
 Aber die herrliche Welt ist der Lohn.“ —

Hörten die Sklaven die rufende Stimme?
 Hoben die Blicke sie kühnlich zum Licht?
 Noch bannete Stumpfheit und Dumpfheit die Massen,
 Noch zog sie nieder der Kette Gewicht.
 Aber den Weckruf verschlang nicht die Dede;
 Hörten ihn wenige — sie sind erwacht,
 Buchten und prüften und zählten die Ihren,
 Schufen und übten die werdende Macht.

Nicht wie der springende, zuckende Funke,
 Zündet den lodernnden, flammenden Brand,
 Nicht wie die Sturmflut mit rasender Schnelle
 Fluten auf Fluten jagt über das Land —
 Nein, wie das nährenden Korn sich der Erde
 Langsam entringt und zur Reife gedeiht,
 So wuchs aus Kälte und Dunkel zur Sonne,
 Was sie gesät für künftige Zeit.

Fronen und dulden? Wir brechen die Ketten!
 Väter, ihr sandet den stärkenden Born!
 Väter, ihr schuft uns die schneidenden Waffen!
 Väter, ihr lieft uns den Grimm und den Zorn!
 Was einst die Väter zum Denken erweckte,
 Uns ruft's zum harten, zum täglichen Krieg:
 Hoch sproßt die Saat schon, die Stunde ist nahe!
 Rüstet zur Ernte! Er kämpft euch den Sieg!

Gustav Stengels.

Politik im Heere.

Wie wir bereits gestern telegraphisch mitteilten, hat das Reichsgericht den Freispruch gegen den Amtsrichter Knittel aufgehoben.

Über die Verhandlung wird uns geschrieben: Der auffallendste Prozeß gegen den Amtsrichter Hermann Knittel aus Rhinl. wegen angeblicher Beleidigung einiger Offiziere, der das Landgericht Ratibor vier Tage lang beschäftigt hat und am 29. August v. J. mit der Freisprechung des Angeklagten endete, kam am Mittwoch in der Revisionsinstanz vor dem Reichsgericht zur Verhandlung.

Aus der Vorgeschichte dieses Prozesses sei hier kurz folgendes in Erinnerung gebracht: Als im Juni 1908 die Urwahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus stattfanden, hatten sich in dem Wahlbezirk Rhinl. die Zentrums- und die Polenpartei zusammengefaßt und einen gemeinsamen Kandidaten aufgestellt. An gab seine Stimme dem gemeinsamen Wahlmann der Polen und des Zentrums. Dieses Verhalten Knittels, der damals noch Leutnant der Reserve im Feldartillerieregiment Nr. 6 zu Rhinl. war, hatte bei dessen militärischen Vorgesetzten Mißfallen erregt; denn, so hieß es, Kn. als Beamter, als Landrichter und preussischer Reserveoffizier hätte nicht einem Polen seine Stimme geben und für einen Polen agitieren dürfen. Hierzu kam, daß Knittel im Oktober 1908 neben zwei Polen in den katholischen Kirchenvorstand als Schriftführer gewählt wurde und die Wahl annahm. Hauptmann Kammerer in Rhinl. erlittete am 3. November 1908 Anzeige gegen Kn. bei dem Bezirkskommandeur, Freiherrn von Vietinghoff in Rhinl. Nachdem dieser nochmals bei Hauptmann K. Rückfrage gehalten hatte, ob denn die Meldung richtig sei, gab er die Anzeige am 10. November 1908 an den Regimentskommandeur v. Wundt in Breslau weiter. Der Anzeige fügte Freiherr v. V. ein vertrauliches Schreiben bei, in dem es hieß, das Verhalten Kn.'s bei den letzten Landtagswahlen habe allgemeines Aufsehen erregt nicht nur im Kreisgebiet, sondern in der ganzen Stadt Rhinl.; dazu komme noch seine Wahl in den katholischen Kirchenvorstand, aus dem alle königstreuen Elemente entfernt seien. Die Anzeige hatte zur Folge, daß Kn. am 18. Dezember 1908 von der Reserve zur Landwehr zweiten Aufgebots versetzt wurde.

Kn. hierüber erlaut, erkundigte sich zunächst bei einem Bekannten über den Grund seiner Versetzung; dieser deutete ihm an, daß wohl seine, Kn.'s, politische Betätigung daran schuld sei. Darauf fragte Kn. am 10. Januar 1909 beim Generalkommando in Breslau über den Grund seiner Versetzung an, worauf ihm nur die Antwort wurde, daß diese aus dienstlichen Gründen erfolge sei. Dieses veranlaßte Kn., am 12. Februar 1909 Antrag auf Einleitung eines ehrengerichtlichen Verfahrens gegen sich selbst zu stellen. Dem wurde nicht stattgegeben. Mitgeteilt wurde ihm, daß ein Grund zum ehrengerichtlichen Einschreiten nicht vorläge, da weder seine politische Betätigung bei den Landtagswahlen, noch auch seine Wahl in den Kirchenvorstand etwas für einen Reserveoffizier Ehreträgendes bedeute.

Nach verschiedenen vergeblichen Versuchen, den Grund seiner Versetzung in die Landwehr zu erfahren, richtete Knittel am 18. Juli 1910 eine Beschwerdeschrift gegen den Hauptmann Kammerer, den Bezirkskommandeur Freiherrn von Vietinghoff und den Divisionskommandeur, General der Infanterie von der Gröben in Reihe und den General der Infanterie z. D. von Windheim.

Durch diese Eingabe soll Knittel die Offiziere beleidigt haben. Die Beleidigungen wurden hinsichtlich des Hauptmanns Kammerer darin gefunden, daß das Schreiben von ihm behauptete, er sei ein bössartiger Geisteskranker, auch geisteschwacher, heimtückischer und gefährlicher Charakter, und ihn der Lüge und Verleumdung geziehen habe. In dem Vorwurf der Parteilichkeit und der Unwahrscheinlichkeit gegen andere in dem Verfahren gegen Knittel tätige Offiziere erblickte die Staatsanwaltschaft gleichfalls eine Beleidigung.

Das Landgericht sprach den Angeklagten frei. Es nahm an, eine Beleidigung liege nicht vor, denn in den meisten von den Angeklagten aufgeführten Behauptungen sei der Wahrheitsbeweis erbracht, so insbesondere in den Behauptungen gegen den Hauptmann Kammerer, der als entfernter Schwager des Angeklagten die Anzeige nicht hinter Kn.'s Rücken hätte machen sollen, ohne mit Kn. vorher selbst zu sprechen. Soweit andererseits der Wahrheitsbeweis nicht als gelungen angesehen werden konnte, hat das Gericht dem Angeklagten den Schutz des § 193 St.G.B. zugesprochen. Es führt aus: Wenn der Angeklagte in der Form, in der er das Schreiben abgefaßt hat, etwas zu weit gegangen ist und weniger scharfe Ausdrücke hätte anwenden können, so sei das seiner Er-

regung und seinem Streben, wieder in die Reserve zurückverkehrt zu werden, zugute zu rechnen. Er habe also in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt.

Die Staatsanwaltschaft und die angeblich beleidigten Offiziere legten Revision gegen den Freispruch ein. Der Reichsanwalt beantragte die Aufhebung des Urteils und die Zurückverweisung der Sache an ein anderes Gericht, nämlich an das Landgericht in Gleiwitz.

Die Urteilsgründe gehen im wesentlichen dahin: nicht in allen Punkten sei der Wahrheitsbeweis gelungen und aus der Form hätte auf eine Absicht der Beleidigung wohl geschlossen werden müssen. Im einzelnen heißt es in den Gründen:

In eine Prüfung nach der Richtung, ob durch die Form oder Umstände trotz Führung des Wahrheitsbeweises das Vorhandensein der Beleidigung gegeben sei, ist der Vorbericht eingetreten, und es ist der Schutz des § 193 dem Angeklagten für sämtliche beleidigende Äußerungen, also auch für die als wahr erwiesenen zugewilligt worden. Damit entfällt die Strafbarkeit aus § 185 gegebenenfalls ohne weiteres. Dagegen ist den Ausführungen des Reichsanwalts und den Nebenklägern nach der Richtung beigetreten worden, daß die Beurteilung des Wahrheitsbeweises, den der Angeklagte unternommen hat, an Unvollständigkeit, an Lücken und Widersprüchen leidet, zum Teil auch sich auf rechtsirrlumliche Anschauungen zurückführen läßt. In der Hauptsache sind die erhobenen Ausstellungen begründet. Die Begründung geht nach auf einzelne Punkte näher ein, in denen das Reichsgericht Rügen bei der Prüfung des Wahrheitsbeweises gefunden hat, so bei dem Vorwurf der Lüge bei dem Hauptmann K. und der wissenschaftlichen Unwahrheit gegen Freiherrn v. V. Das Landgericht sage, wenn auch in der Regel unter Verleumdung eine wissenschaftlich unwahre Behauptung erblickt werde, so habe der Angeklagte diesem Ausdruck doch nicht diesen strengen Sinn aufgelegt, obwohl er als Richter wissen mußte, aber offenbar nicht gewußt hat, daß der Tatbestand der Verleumdung nicht in § 186, sondern in § 187 enthalten ist. Diese Begründung kann, so sagt das Reichsgericht, nicht genügen, um die Freisprechung des Angeklagten nach dieser Richtung hin zu rechtfertigen. Der Annahme eines derartigen Nichtwissens steht zunächst in offensichtlichem Widerspruch die Feststellung, daß der Angeklagte in drei Anzeigen gegen die Offiziere beim Ehrenrat und dem Militärgericht die Verleumdung der genannten Offiziere wegen Verzehens gegen § 186 und 187 sowie 164 des Strafgesetzbuches selbst beantragt hat. Das eine Strafverfahren schwebte sogar noch bei Abfassung der Eingabe an den Kriegsminister. Daß die Strafkammer angenommen haben sollte, der Angeklagte sei sich bei der Erstattung dieser Anzeige der unterschiedlichen Bedeutung der §§ 186 und 187 nicht bewußt gewesen, kann um so weniger unterstellt werden, als es sich dabei um etwas jedem angehenden Juristen durchaus Geläufiges handelt, und der Angeklagte, von dem nicht festgestellt wird, daß sein Wissen auf strafrechtlichem Gebiete derartigen geringsten Anforderungen nicht entspricht, den die Strafkammer vielmehr als hochintelligenten und geistig bedeutenden Mann bezeichnen, zumal als Richter nicht nur grob fahrlässig, sondern geradezu gewissenlos gehandelt haben würde, wenn er auf Grund von Vorschriften, über deren Bedeutung er sich im unklaren besand, Verleumdung verlangte. Daß die Strafkammer die Auffassung gehabt haben konnte, der Angeklagte sei sich über die Bedeutung des Wortes Lüge, d. h. der bewußten Wahrheitswidrigkeit, nicht klar gewesen, ist kaum anzunehmen, um so weniger, als an anderer Stelle ausdrücklich das Gegenteil festgestellt ist. Schließlich ist es auch rechtsirrlumlich, wenn die Strafkammer annimmt, daß der Angeklagte den Ausdruck Verleumdung nicht in dem gewöhnlichen Sinne, als Behauptung wider besseres Wissen, zu vertreten habe, weil er diesen Sinn nicht damit verbunden habe. Hier handelt es sich nicht um Auslegung, sondern um Unterlegung einer ungewöhnlichen Wortbedeutung an die Stelle der gewöhnlichen. In folchem Falle kann es nicht genügen, festzustellen, wie der Angeklagte seine Äußerung verstanden wissen wollte, sondern es kommt darauf an, ob sie von denjenigen, gegen die sie sich richtete, in diesem Sinne verstanden werden konnte und mußte. Dadurch, daß der Täter seine Äußerung eine von der allgemein üblichen abweichende Bedeutung beilegt, wird sein Bewußtsein nicht ohne weiteres ausgeschlossen, daß die Person, gegen welche die Äußerung gerichtet ist, sie in dem üblichen Sinne versteht. Handelt der Täter trotz dieses Bewußtseins, daß er dem Worte eine andere Auslegung gibt, so ist zu prüfen, ob er nicht mit dem Eventualbösen gehandelt hat. Eine betrieblige Prüfung ist vom Gericht nicht vorgenommen worden. Von der Auslegung des Sinnes des gebrauchten Ausdrucks Verleumdung hängt nun aber in ganz wesentlicher Weise nicht nur die Würdigung des Wahrheitsbeweises ab, sondern auch die Anwendbarkeit des § 193. Alle die Ausführungen, welche die Straf-

kammer über die Nichtanwendbarkeit des § 193 macht, müssen schon um deswillen beanstandet werden, weil eben die Grundlage für diese Erörterungen, wie gezeigt, fehlt. Im übrigen muß auch noch Bedenken erwecken die Art und Weise, wie die Strafkammer den § 193 im übrigen anwendet. Es ist nicht verständlich, wie der Angeklagte, der sich zum ersten Male mit einer Eingabe an den Kriegsminister wandte, hat glauben können, daß er nach den Umständen des Falles berechtigt sei, anzunehmen, daß dem Kriegsminister gegenüber eine so scharfe Charakteristik der betreffenden Personen nötig sei. Ebenso ist auch die Frage nach dem Vorliegen der beleidigenden Form nicht genügend geprüft worden; so sind namentlich die Unterstellungen nicht gewürdigt worden. Auch die Art der ganzen Darlegung, die Kundgebung der Gedanken, der Ton, die darin hervortretende gehässige und höhnische Einleitung seiner Gedanken, alles dies fällt unter den Begriff der Form, und nach dieser Richtung hin hat eine Prüfung nicht stattgefunden, obwohl der Sachverhalt eine derartige Prüfung nahelegte. Aus diesen Gründen mußte das Urteil aufgehoben werden, und es ist dem Antrag des Reichsanwalts entsprechend, die Sache an ein anderes Landgericht verwiesen worden.

Verbandstag der Maler.

In der am Donnerstag fortgesetzten Diskussion über den Schiedspruch wurden gegen diesen mancherlei Bedenken erhoben. Eine volle Befriedigung kam bei keinem einzigen Redner zum Ausdruck. Man habe allgemein erwartet, daß nach dem Wahren für die Arbeitgeber völlig ergebnislos verlaufenen Kampfe sich für die Arbeiter herausgelassen wäre als die Bestätigung der früheren Schiedsprüche. Besonders die Delegierten aus den Orten wo Sondertarife in größerer Zahl abgeschlossen sind, übten abschlägig Kritik an dem vorliegenden Schiedspruch. Sie meinten, es sei doch sehr fraglich, ob nach dem Wortlaut des Schiedspruches die im Laufe des Kampfes errungenen Erfolge in vollem Umfange aufrechterhalten werden könnten. Der Passus des Schiedspruches, welcher besagt, daß in den Orten, wo Vereinbarungen über den Schiedspruch hinaus in größerem Umfange bestehen, werde den örtlichen Organisationen anheimgegeben, sich über die allgemeine Durchführung dieser Vereinbarungen zu einigen, sei doch zu unbestimmt gefaßt, er biete keine volle Sicherheit der allgemeinen Durchführung der über den Schiedspruch hinausgehenden Vereinbarungen. Der Passus, welcher bestimmt, daß die bestehenden Sondertarife bis zu ihrem Ablaufstermin in Kraft bleiben sollen, sehe so aus, als sollten die Arbeitgeber bestraft werden, die während des Kampfes die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben. Es sei doch nicht gut möglich, daß an einem Orte zweierlei Lohnsätze beständen, solche nach dem Schiedspruch und solche nach den Sondertarifen. Daß die Arbeitgeber, welche durch Bewilligung der Sondertarife den Arbeitern im Kampf zur Seite gestanden haben, nach Abschluß des Friedens höhere Löhne zahlen sollten, als die Arbeitgeber, welche den Kampf gegen die Arbeiter durchführten, könne doch nicht verlangt werden. Wo also die allgemeine Anerkennung der Sondertarife nicht zustande komme, werde nichts anderes übrig bleiben, als die Sondertarife aufzuheben. Das heiße aber, die Erfolge des Kampfes aufgeben, was große Unzufriedenheit unter den Kollegen hervorrufen würde. Wenn unter diesen Umständen die Vertreter der großen Städte mit Sondertarifen dem Schiedspruch zustimmen würden, so täten sie das nur aus Rücksicht auf die kleineren Orte, die mit dem Schiedspruch einverstanden seien. Als ein Erfolg könne der neue Schiedspruch nicht angesehen werden.

Silberschmidt, der als Vertrauensmann der Arbeiter am dem Zustandekommen des neuen Schiedspruches maßgebend hat, führte unter anderem aus: Es sei doch eine schiefe Auffassung, wenn einzelne Delegierten hier sagten, der Kampf habe den Arbeitern nichts gebracht, die Organisation habe nichts erreicht, sie sei höchstens mit einem blauen Auge davongekommen. Diese Auffassung treffe nicht zu. Wenn man die Situation unbefangenen betrachte und der Wahrheit die Ehre gebe, müsse man sagen, der Ausgang des Kampfes sei eine komplette Niederlage des Unternehmertums, wie man sie in den deutschen Gewerkschaftskämpfen noch nicht gesehen habe. Die Unternehmer hätten zwar verschiedene Gründe für die Aussperrung angegeben, aber Tatsache sei doch, daß die früheren Schiedsprüche die eigentliche Veranlassung zur Aussperrung gewesen seien. Und am Ende dieses Kampfes haben wir nun, daß das Unternehmertum vom Schiedsgericht verurteilt werde, die gleichen Bedingungen anzunehmen, gegen die es in den Kampf ging. Soweit es sich hier übersehen läßt, sei das Unternehmertum nicht imstande, den Kampf mit der geringsten Aussicht auf Erfolg weiterzuführen. Wenn vielleicht einzelne Bezirke der

Unternehmer jetzt va banque spielen möchten, so ändere das nichts an der kompletten Niederlage des Unternehmertums. Wenn man sage, die Arbeiter hätten nichts errungen, so heißt das doch, den Arbeitern das Ergebnis verweigert, über das wir uns alle bis zu einem gewissen Grade freuen könnten. Tatsache sei, daß der Maler-Verband, wenn man die ganze Situation betrachte, in diesem Kampf einen großen Sieg errungen habe. Unangenehm könne allerdings berühren, daß es nicht gelungen sei, über die früheren Schiedssprüche hinauszukommen und daß die Ungerechtigkeiten derselben nicht beseitigt werden konnten, ferner daß die Unternehmer für ihr feilbrütiges Spiel nicht einen Teil der Kriegskosten tragen müssen. Daß das die Orte, wo eine größere Zahl von Sondertarifen abgeschlossen seien, unbefriedigt lasse, sei zu beklagen. Aber unbegreiflich würde es sein, den Sieg des Maler-Verbandes verkleinern zu wollen. Der Verband habe alle Ursache, sich seines Erfolges zu freuen, denn es sei durch ihn der Beweis erbracht, daß die deutschen Gewerkschaften nicht, wie manchmal behauptet werde, nur kleine Erfolge erringen können, sondern daß sie imstande seien, große Kämpfe durchzuführen, und daß sie einem Anprell des Unternehmertums gewachsen seien.

Der Passus des Schiedsspruches, daß die Sondertarife bestehen bleiben sollen, sei zum Vorteil der Arbeiter geschaffen. Das Schiedsgericht habe gemeint, es werde den Arbeitern unter gewissen Voraussetzungen gelingen, die Unternehmer zu veranlassen, allgemeine über die Schiedssprüche hinauszugehen und den Löhnen der Sondertarife näher zu kommen. Die Sicherung der Sondertarife werde das Niveau der allgemeinen Tariflöhne heben. Der Passus sei also durchaus nicht als gegen die Arbeiter gerichtete zu betrachten. — Angegriffen sei hier der Absatz, wonach in Orten mit einer größeren Anzahl von Sondertarifen sich die Parteien über die allgemeine Durchsicht derselben einigen können. Die Arbeitervertreter im Schiedsgericht hätten zunächst versucht, eine Bestimmung durchzusetzen, wonach die Sondertarife allgemein anerkannt werden müssen in den Orten, wo ein gewisser Prozentsatz der Arbeiter mit Sondertarifen beschäftigt ist. Das sei jedoch nicht gelungen. So sei denn schließlich die vorliegende Fassung zustande gekommen, welche die Arbeitervertreter völlig unbefriedigt gelassen habe, weil sie sehr dehnbar sei. Es liege aber doch auch in diesem Passus eine Anerkennung des Sieges der Arbeiter. Es dürfe doch möglich sein, in einer Reihe von Orten die Unternehmer zu bewegen, über die Schiedssprüche hinauszugehen und den Sondertarifen näher zu kommen. — An dem Erfolge des Kampfes für die Arbeiter könne nicht gezweifelt werden. (Beifall.)

Hierauf kamen noch einige Redner zum Wort, welche Ausführungen an dem Schiedsspruch machten, unter anderem wurde eine Bestimmung vermisst, daß die Ausgesperrten von ihren früheren Arbeitgebern wieder eingestellt werden müssen. Von anderer Seite wurde eine derartige Bestimmung als belanglos bezeichnet, denn es komme nicht darauf an, daß jeder Arbeiter an seinen früheren Platz käme.

Der Referent Streine empfahl im Schlußwort die Annahme des Schiedsspruches aus den Gründen, die in der nachstehenden, vom Vorstande eingebrachten Resolution angegeben sind.

In namentlicher Abstimmung wurde mit 88 Stimmen, die 42 788 Mitglieder vertreten, gegen 13 Stimmen, hinter denen 7 110 Delegierte stehen, der zweite Absatz der Resolution und damit der Schiedsspruch angenommen.

Der erste Absatz wurde durch Affirmation gegen zwei Stimmen, die beiden letzten Absätze einstimmig angenommen.

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Läufer und Weißbinder Deutschlands ist der Ueberzeugung, daß die vom Arbeitgeberverband des Maler- und Lackiergewerbes offen ausgesprochene Absicht, durch die von ihm herausgeschickte Machtprobe die Hilfsorganisation niederzurufen und die Arbeiter des Maler- und Lackiergewerbes noch weiter wirtschaftlich herabzudrücken, vollständig mißlungen ist. Das beweist nicht nur der Verlauf und der gegenwärtige Stand der bereits 11 Wochen andauernden Aussperrung, sondern auch der am 16. Mai gefällte neue Schiedsspruch, durch den der vom Arbeitgeberverband abgeleitete Schiedsspruch vom 24. Februar vollständig beseitigt ist; außerdem daß in Orten, in denen es der Hilfsorganisation während der Aussperrung gelang, die Lohnverhältnisse gegen den Widerstand des organisierten Unternehmertums vorwärts zu treiben, diese allgemein durchgeführt werden sollen.

Sind demnach die von den Hilfsorganisationen von Anfang der Bewegung an aufgestellten Grundzüge allgemein anerkannt und die vom Arbeitgeberverband verfolgten organisations- und arbeiterfeindlichen Pläne gebührend zurückgewiesen worden, so stimmt die Generalversammlung dem neuen Schiedsspruch zu, trotzdem sie auch heute noch der schon vor Ausbruch des Kampfes zum Ausdruck gebrachten Ueberzeugung ist, daß der grundlegende erste Schiedsspruch den bestehenden Verhältnissen in Anbetracht der schmerzhaften sozialen Lage der Arbeiter des Maler- und Lackiergewerbes nicht genügend Rechnung trägt.

Die Generalversammlung bringt ferner zum Ausdruck, daß der gegenwärtige Kampf mit aller Deutlichkeit gezeigt hat, daß nur eine zentrale, gut funktionierende zentrale Organisation imstande ist, die Interessen der Arbeiter gegenüber den Annahmungen eines schmarotzhaften Unternehmertums wirksam zu verteidigen. Sollte der Arbeitgeberverband wiederum den Schiedsspruch ablehnen, so wird der Kampf nach wie vor in aller Schärfe weitergeführt.

Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß auch in Zukunft die weitere Stärkung und Ausdehnung unseres Verbandes die vornehmste Pflicht der Arbeiterschaft im Maler- und Lackiergewerbe sein muß.

Dem Verband ist ein Antrag in den Abendstunden noch die Mitteilung zu, daß auch die Unternehmer den Schiedsspruch mit geringer Mehrheit angenommen haben. Damit ist der Kampf aufgehoben und der Abendtag konnte seine Aufgabe als gelöst ansehen und seine Verhandlungen schließen.

13. Verbandstag des Verbandes der Schiffszimmerer.

Die Verhandlungen werden am Mittwoch beim Bericht der Rechnungsprüfungskommission fortgesetzt.

Den Bericht vom Gewerkschafts-Kongress erstattet Wichers. Er bekräftigt die dauernde Einführung des Umlageverfahrens bei allgemeinen Unterstützungsfällen gelegentlich größerer Kämpfe und fordert zu reger Anteilnahme an der „Volkshilfskasse“ auf. Der Verbandstag erklärt sich mit dem Umlageverfahren einverstanden und bestimmt, daß die Gelder von den Zahlstellen in ihnen geeigneter Weise aufzubringen sind. Ebenso erklärt sich der Verbandstag mit einverstanden, daß bei einer eventuellen Erhöhung der Beiträge an die Generalkommission diese Summen durch die Zahlstellen gedeckt werden.

An der Tagesordnung über die zum Statut vorliegenden Anträge beschloß die Redaktionskommission gleich dem Hauptvorstand eine Erhöhung des Wochenbeitrages von 60 auf 70 Pf. Die Redaktionskommission tritt ebenfalls für diese Erhöhung ein. Ein wesentlicher Teil der Delegierten fordert aber eine Erhöhung der verschiedenen Unterstützungssätze. Die ausgedehnte Debatte schloß sich sodann vor allem mit der Frage, ob eine Erhöhung der Krankenunterstützung und der Arbeitslosenunterstützung anstreben, oder diese Erhöhung auf die Arbeitslosenunterstützung beschränkt bleiben soll. Einige Redner fordern sogar mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse in Krankenversicherungsstellen eine Herabsetzung der Krankenunterstützung. Andere verlangen eine Verlängerung der Bezugsdauer bei der Arbeitslosenunterstützung zugunsten einer Erhöhung der Tagesätze.

Angenommen wurden schließlich folgende Änderungen des Statuts. Der Beitrag wird von 60 auf 70 Pfennig pro Woche erhöht. 80 Pfennig sind an die Hauptkasse abzuführen. Die Streifenunterstützung wird in Zukunft vom ersten Tag, bisher erst vom vierten Tag, gewährt. Die Arbeitslosenunterstützung wird von 1,10 M. pro Tag auf 1,30 M. erhöht. Dagegen wird die Be-

zugsdauer, die bisher bei 520 Beitragswochen 310 Tage betrug, bei der Arbeitslosenunterstützung auf 250 Tage verfürzt. Neu eingeführt wird eine Umlageunterstützung, die früher nur bei Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen gewährt wurde. Sie beträgt nach 52wöchiger Mitgliedschaft und bei einer Entfernung des neuen Wohnortes von nicht unter 20 Kilometer 25 M. Die Unterstützung kann nur alle zwei Jahre einmal erhoben werden. Die Krankenunterstützung bleibt wie bisher bestehen. Die Einführung einer Reiseunterstützung wurde abgelehnt. Für die Lehrlinge, die mit einem Wochenbeitrag von 15 Pf. dem Verband angehören können, wurde die Bestimmung getroffen, daß sie in den Zahlstellenversammlungen weder Stimm- noch Wahlrecht haben. Nach debattierter Annahme einiger weiterer Statutenänderungen untergeordneter Natur vertagt sich die Generalversammlung auf Donnerstag.

Stadtverordneten-Versammlung.

18. Sitzung vom Donnerstag, den 22. Mai 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Die Versammlung genehmigt eine große Reihe von Urlaubsanzeigen und beschließt sodann, die Vorlage wegen des Umbaus des Unterstadtviertels vorwegzunehmen.

Das Bauviertel hinter der Universität zwischen Dorotheen-, Universitäts-, Georgenstraße und Kupfergraben wird der Magistrat von Grund aus umgestaltet und einerseits mit der Universität, andererseits mit den Museumsbauten in organische Verbindung bringen. Die Einzelheiten sind bereits mitgeteilt. Das Projekt soll die bisher fehlende und aus allgemeinen wie ästhetischen Gesichtspunkten erwünschte Zuführungstraße zu den neuen Museumsbauten darzustellen geeignet sein. Im einzelnen sind geplant eine Brücke von 16 Meter Breite zwischen Fischer- und Konigsbrücke geradewegs auf den Haupteingang des fünftägigen Museums, in gradliniger Verlängerung der Brückenachse Durchführung des Bauviertels durch eine neue Straße bis zur Dorotheenstraße, Kasierung von Teilen der Bauhofstraße, Umgestaltung des Vogelplatzes in halbrunder Form.

Die Kosten trägt der Magistrat auf im ganzen 5,1 Millionen Mark, wogegen er auf 2,6 Millionen Rückeinnahmen rechnet, so daß als Kosten der Straße und des Platzes 2 1/2 Millionen Mark verbleiben; der Brückenbau erfordert 300 000 M., an die Kronfideikommiss für Teile der Grundstücke Bauhofstraße 3 bis 5 und 6 und Dorotheenstraße 3 830 000 M., an den Militärfiskus für Dorotheenstraße 5 und Vogelplatz 2 zu zahlen 1 075 000 Mark. Für den Erwerb (eventuell durch Enteignung) der Grundstücke Dorotheenstraße 4, Bauhofstraße 1, 2 und 7, Kupfergraben 5 und 6, Teil von Bauhofstraße 12 sind 3 115 000 M. in Anspruch gebracht.

Oberbürgermeister Vermuth: Ich bitte Sie, nicht annehmen zu wollen, daß mit der vorgeschlagenen Veränderung des Stadtbildes eine Ära eingeleitet werden soll, welche den Gesichtspunkt der Verschönerung einseitig in den Vordergrund stellt. Mit der Schönheit Hand in Hand geht die Gesundheit. Für Licht und Luft, für die Ausdehnung überalterter Zustände zu sorgen, ist eine unserer vornehmsten Pflichten. Eine Stadt, wie die unsrige, hat so mannigfaltige, gewaltige Aufgaben zu lösen, daß sie wohl tut, wenn sie aus allen ihren Neuerungen und Erneuerungen möglichst vielseitigen Nutzen zu ziehen bestrbt ist. Nach diesen Grundgedanken zu handeln hat sich der Magistrat in den langjährigen Vorarbeiten zum Entwurf redlich bemüht. Er betrachtet das vorliegende Projekt nicht nur als ein Verschönerungs-, sondern auch als Verkehrsprojekt; er nimmt an, daß mit der Ausführung auch die Untertunnelung der Straße „Unter den Linden“ erfolgen wird. Das wird besonders auch zum Vorteil der städtischen Straßenbahnen beitragen und die Verbindung zwischen Norden und Süden erleichtern. Die grundsätzliche Zustimmung der Behörden wird die Untertunnelung zweifellos finden. Dinge kommt der staatliche Ausbau der Universität und der Museumsinsel. Wenn die Stadt hier mit einwirkt und zur Schaffung eines künstlerischen Gesamtbildes beiträgt, hebt sie den Wert des ganzen Werkes. Der Staat seinerseits hat von dem geplanten schönen einseitigen Flügelbau der Universität an der Universitätsstraße zugunsten unseres Projektes Abstand genommen. Das ganze Unternehmen gibt in der Neugestaltung des Vogelplatzes. Bei dem starken Bedarf der Stadt an eigenen Diensträumen haben wir erzwungen, ob nicht der neue Rundbau direkt für städtische Zwecke rezipiert werden sollte. Diese Absicht glaubt der Magistrat indes mit Rücksicht auf das geplante Reichsschulmuseum zurücktreten lassen zu sollen. Natürlich kann Berlin sich ein solches Vorhaben nicht allein aufbürden; nur wenn Reich und Staat mitwirken, kann Berlin sich beteiligen. Die Straßendurchlegung wird auf 2 1/2 Millionen veranschlagt, der Brückenbau soll 300 000 M. kosten, der Rundbau ist eine Sache für sich, die Bausumme von 2 1/2 Millionen bedarf der Verzinsung; gleichwohl bleibt das Opfer für den gemeinnützigen Zweck ein sehr mäßiges. Die Frage, ob der Opiermut Berlins durch die kommunalpolitischen Vorgänge der letzten Jahre wesentlich gestärkt werden konnte (Bewegung), wird hier zurückzutreten haben; hier handelt es sich darum, die Stellung der Reichshauptstadt mit Würde wahrzunehmen. Das Projekt ist groß, schön und zukunftsreich; ich bitte Sie herzlich, es auch ihrerseits groß nehmen und gutheißen zu wollen. (Lebhafte Beifall.)

Es ist von zwei Seiten Ausschußberatung beantragt.

Stadtb. Heilmann (Soz.): Wir sind der Ansicht, daß die geplante Umgestaltung, sofern gewisse Vorbedingungen gegeben sind, wohl eine Förderung durch die Stadtgemeinde zu erfahren geeignet ist. Wir geben zu, daß zu den großen neuen Museumsbauten eine gute und bequeme Zugangstraße zurecht stellt und ihre Schaffung wünschenswert ist. Wir sind auch damit einverstanden, daß im Anschluß an die Abschlüsse der einseitig ausgestellten neuen Universitätsbauten ein neues Gebäude zur Unterkunft wissenschaftlicher Institute errichtet werde, worunter unsere alte Forderung eines Reichsschulmuseums im Vordergrund steht. Wir würden es auch begrüßen, wenn unser städtisches Schulmuseum aus der Stallstraße verlegt, wo es doch nur ein kümmerliches Dasein führt, in das neue Gebäude übergeführt und dort den Fachkreisen wie den Besuchern ein geschlossenes Bild von den Schulzuständen Deutschlands gegeben würde. Die weitestgehenden Verhandlungen, die das Projekt erfordert, hat der Magistrat nun zwar bemüht, um auch alle städtischen Projekte weiter zu fördern, aber noch dieser Richtung ersieht uns die Vorlage noch sehr unferlig. (Zustimmung.) Mit den meisten Behörden wird nach verhandelt, ein Abschlüsse ist noch fast nirgends erfolgt. Wir wissen aber aus langer und trauriger Erfahrung, daß gerade in Berlin bei solchen Verhandlungen mit hohen, höheren und höchsten Staatsbehörden gar nicht vorsichtig genug verfahren werden kann; die Hoffnungen des Magistrats geben durchaus keine Unterlage, um darauf den großen und teuren Bau errichten zu können. Wir müssen drei Vorbedingungen stellen. Erstens soll die Universität ihren Entschuldigungsprozess gegen die Stadtgemeinde zurückziehen und uns den Teil des Terrains, welchen wir für den Tunnel brauchen, zu einem annehmbaren Preise verkaufen. Der Magistrat scheint das ja auch als Voraussetzung für unseren Beschluß zu betrachten, in dem Wortlaut des letzteren steht aber nichts davon; das muß nachgeholt werden. (Zustimmung.) Wichtiger noch ist zweitens die Frage des Opierhaustumens; sie muß hier ebenfalls endgültig und abschließend geregelt werden. (Zustimmung.) Wenn auch die technischen Bedenken gegen das Projekt beseitigt sein sollten, wie die Vorlage sagt, können uns doch plötzlich neue Schwierigkeiten von irgendeiner Seite gemacht werden. Wir müssen nach dieser Richtung hin speziell nach unseren Erfahrungen bei den Parkanlagen (Schleifengärten) auf alles gefaßt sein. Die Rentabilität unseres Straßendurchlegens hängt von dieser Genehmigung ab; wir müssen darauf bestehen, daß auch diese Vorbedingung in den Beschluß aufgenommen wird. (Sehr richtig!) Endlich bedürfen auch die Preise, die der Magistrat bereits ausgerechnet zu haben

(scheint, noch näherer Begründung und Erläuterung. Wie der Magistrat die zu enteignenden Grundstücke für nur 3 Millionen erwerben will, ist mir unerfindlich. Um so unbegreiflicher ist mir, daß er ausgerechnet schon mit dem Militärfiskus feste Preise vereinbart hat. (Sehr richtig!) Hier wird sorgfältigste Prüfung geboten sein. Die Projekte selbst können wir nicht nach eigenem Ermessen durchführen, sondern wir bedürfen dazu königlicher Genehmigung nach dem Reichsfinanzgesetz von 1875. Dieses schon recht antiquierte Gesetz besteht nun einmal, und so haben wir uns damit abzufinden. In der Begründung findet sich ein letzter Satz, der die Vorlage mit dem Regierungsjubiläum des Kaisers in Beziehung bringt. Sie kennen uns seit Jahrzehnten; Sie wissen, daß wir aus unseren grundsätzlichen Ueberzeugungen und nach den Kundgebungen des Trägers der Krone es unbedingt ablehnen, an irgendwelchen dynastischen Kundgebungen und zu beteiligen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Da in diesem dieser Hinweis in einer Form erfolgt, die auf geschlicher Grundlage beruht und wir im übrigen anerkennen, daß das Projekt einer unbefangenen, sachlichen Prüfung würdig ist, so wollen wir uns auch einer solchen nicht entziehen (Beifall), sind auch bereit, an dem weiteren Ausbau dieser noch so unfertigen Vorlage mitzuwirken, und beantragen deshalb Ueberweisung an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern. Unsere endgültige Stellungnahme wird abhängen von der Welt, in welcher die Vorlage aus dem Ausschuß zurückkommt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtb. Stapp (N. L.) unterzieht die Vorlage und die Einzelprojekte einer im wesentlichen anerkennenden Besprechung. Wenn der Magistrat das Unternehmen mit dem kaiserlichen Regierungsjubiläum in Beziehung bringt, so werde er in weiteren Kreisen der Versammlung dafür Zustimmung finden. Zweifelhaft ist dem Redner nur, ob wirklich durch die Umgestaltung des Kasanienwäldchen in einer „reizvollen“ Weise erhalten bleiben wird. Sehr unsicher seien noch die Kostenfragen. Die Alte Linke wolle die Verabschiedung der Vorlage nicht verhindern, fordere aber Ausschlußberatung.

Stadtb. Rommelen (Fr. Fr.) sieht die Vorlage als eine sehr glückliche Lösung einer Reihe von Fragen von hoher kommunaler Bedeutung an. Es handle sich einseitig nur um eine grundsätzliche Zustimmung, und die mehr erwähnten Vorbedingungen, die freilich erfüllt werden müßten, bräuchten in den jetzt zu fallenden Beschluß nicht hineingeschrieben zu werden. In glücklicher Weise sei das Projekt mit dem Ausbau der Universität verknüpft worden. Die Frage der Verlegung der Universität dürfe man nicht leicht nehmen (Anruhe und Widerspruch); der verstorbene Altkönig, ein sehr mächtiger Mann, habe sie mit allen Kräften betrieben. Es sei außerordentlich vorteilhaft, daß die Universität an ihrer jetzigen Stelle auf dem Boden des Universitätsgartens erweitert werden könne. Es handle sich hauptsächlich auch um eine Jubiläumsgabe des Reichshauptstadt, und besonders erfreulich sei, daß der Stadtb. Heilmann für die Zustimmung seiner Freunde eine so glückliche und straubfreie Form gefunden habe. Der Ausschußberatung stimmt Redner zu.

Stadtb. Rosenow (N. L.): Auch wir wollen der Vorlage gegenüber Opiermut und Großzügigkeit beweisen; wir stimmen ihr grundsätzlich zu und sehen einen Mangel auch nur darin, daß die Erfüllung der Vorbedingungen nicht präziser zum Ausdruck gelangt ist.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern. Der Ausschuß wird sofort vom Vorstande ernannt, ihm gehören auch Dr. Arons, Basner, Heilmann, Pfannkuch (Soz.) an.

Hierauf erfolgt die feierliche Einführung des neuen Stadtmagistrats Geh. Rat Dr. Weber, der durch die Stadtverordneten Dr. Herzberg, Dr. Landau und Dr. Behl in den Saal geleitet wird. Der Oberbürgermeister richtet an das neue Magistratsmitglied eine längere Begrüßungsansprache und nimmt ihm den Amtseid und den Eid auf die Verfassung ab.

Freundliche Worte der Begrüßung richtet sodann an ihn auch der Vorsteher-Stellvertreter Cassel.

Es wird nunmehr zur Wahl eines unbesoldeten Stadtrats geschritten. Mit 92 von 94 gültigen Stimmen geht Geh. Kommerzienrat Conrad von Borzig aus der Wahl hervor; je eine Stimme fällt auf Dr. Arons und Rosenow. Sieben Sitze sind unbesetzt.

In dem der Parochialkirche gehörigen Neubau Klosterstraße 65/67 soll im dritten Stock ein Flächenraum von 360 Quadratmeter auf fünf Jahre für 6000 M. jährliche Miete zum Zwecke der Vergrößerung des technischen Bureaus des Stadtrates für den Tiefbau gemietet werden.

Die Versammlung stimmt zu, nachdem auf Anregung des Stadtb. Dine (Soz.) Vorlage zu treffen, daß nicht im vierten Stock ruhenderen Räum verursachende Betriebe untergebracht werden, Stadtbaurat Krause eine beruhigende Erklärung abgegeben hat.

In einer Nachtragsvorlage vom 18. Mai beantragt der Magistrat die Bewilligung von 5000 M. zur Veranstaltung einer Gedächtnisfeier für Richard Wagner, die gestern bereits festgefunden hat.

In der Begründung ist gesagt, daß mit Rücksicht auf den Ausfall der Sitzung in der Pfingstwoche die Vorlage erst jetzt gemacht werden konnte.

Vorsteher-Stellvertreter Cassel bemerkt, daß er, wenn ihm die Vorlage Comandant der Pfingsten zugegangen wäre, er eine Sitzung der Versammlung in der Pfingstwoche einberufen haben würde.

Stadtb. Dove (N. L.): Damit die Vorlage möglichst bald in Kraft treten könne (Heiterkeit), fasse ich mich kurz und empfehle ihre Annahme, habe aber ausdrücklich im Namen meiner Freunde ihr spätes Erscheinen zu bedauern. Der Magistrat hat doch nicht aus dem Albrechtstaler erfahren, daß heute Richard Wagners hundertjähriger Geburtstag ist. (Heiterkeit.)

Stadtb. Jubelt (Soz.): Auch wir haben gegen die Veranstaltung der Feier nichts einzuwenden, müssen aber ebenfalls bemängeln, daß die Vorlage erst heute an uns kommt. Angesichts dieser Hundertjahrfeier wäre rechtzeitige Vorlegung sehr wohl angebracht gewesen; nun ist die Feier zum Teil schon vorbei, und ihr letzter Teil geht in einer guten halben Stunde vor sich. Die öffentlichen Konzerte sind Militärkapellen übertragen worden. Der Magistrat hat nicht daran gedacht, daß sich in Berlin Tausende von Steuerzahlern befinden, die schwer um ihre Ernting gerade in Kampfe mit den Militärkapellen zu kämpfen haben. Der Magistrat hätte doch an die Zivilberufsmusiker denken können; statt dessen aber sind die öffentlichen Konzerte Kapellen übertragen, von deren Mitgliedern kein einziges auch nur einen Pfennig Steuern an Berlin zahlt. Mindestens ein bis zwei Plätze hätte man den Zivilmusikern überweisen sollen. Die allgemeinen Steuern müssen auch wieder den Steuerzahlern zugute kommen.

Bürgermeister Dr. Weide: Ueber diese Frage haben längere Verhandlungen mit dem Generalkommando stattgefunden, die auch zur Verzögerung beigetragen haben. Wir haben auch die Frage der Beteiligung der Zivilberufsmusiker erwogen; auch das Generalkommando hat darauf hingewiesen, ob nicht Berufungen eintreten würden. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten. Wir sind schließlich zu der Auffassung gelangt, daß solche Berufungen unschicklich sein würden. Die Zivilberufsmusiker konzertieren meistens in Innenräumen und hauptsächlich mit Streichinstrumenten, während wir hier Kapellen brauchen, die im Freien mit großer Kraft zu musizieren hätten. Es müßten auch sehr stark besetzte Kapellen sein. Das ist beim Militär leicht zu machen. An allen fünf Plätzen spielen je zwei Kapellen. Eingespielte Kapellen kann man für solche Zwecke nicht aus der Erde stampfen. Wir hätten weder 10 noch 5 geeignete Zivilmusikerkapellen zur Verfügung gehabt, sondern höchstens eine.

Stadtb. Jubelt: Die Einwände sind durchaus nicht stichhaltig. Die Zivilberufsmusiker geben auch in sehr großen Gartenlokalen ihre Konzerte, und nicht bloß mit Streich-, sondern auch mit Blasinstrumenten. Es hat hier eine Rücksichtslosigkeit gegenüber dem

Steuerzahler Maß getroffen. Noch erschwerender ist es für den Magistrat, wenn selbst des Generalkommando auf die Möglichkeit von Kontroversen aufmerksam gemacht hat. Hätte man die Sache ordnungsmäßig vorbereitet, statt sie übers Anie zu brechen und über Nacht in Szene zu setzen, so hätte man auch Zivilberufsmassiver erhalten. Die Schuld trägt hier allein der Magistrat. Die Versammlung stimmt der Vorlage zu. Die übrigen Gegenstände werden von der Tagesordnung abgesetzt und die öffentliche Sitzung um 148 Uhr geschlossen.

Aus der Partei.

Die Parteipresse zum Fall Vorchardt.

Ein Teil der Parteipresse bracht den Bericht und die darauf folgende Notiz des „Vorwärts“ über den Fall Vorchardt ohne jede Bemerkung ab. Das „Hamburger Echo“ schreibt dazu:

„Man kann dem „Vorwärts“ nur beifügen, denn sozialistische Einigkeit, nimmte schleunigst selbst die Kandidatur niederzuliegen, scheint Vorchardt nicht zu bestimmen.“

Die „Frankfurter Volksstimme“ bemerkt zu dem Abstimmungsresultat der Berliner Verbandsgeneralversammlung:

„Beide Abstimmungen lassen heillos durchscheinen. Wie denken denn die Berliner Genossen sich die Stellung eines Abgeordneten, der von seiner Partei beurlaubt gekennzeichnet wurde? Es gibt nur eine Lösung des Widerspruchs, die zu finden Vorchardt obliegt.“

In gleichem Sinne äußern sich die „Rheinische Zeitung“ (Köln), die „Düsseldorfer Volkszeitung“, der „Volksbote“ in Leipzig, die „Sächsischen Volkszeitung“, das „Norddeutsche Volksblatt“ (Münster), die „Neufeldsche Tribune“ (Gera), die „Chemnitzer Volksstimme“, das „Volksblatt für Anhalt“ (Dessau), die „Vielfelder Volkszeitung“, die „Freie Presse“ für Elberfeld-Warmen.

Nur die „Norddeutsche Volksstimme“ (Bremervorhaben) glaubt — bis jetzt als einziges Parteiblatt — den Fall anders beurteilen zu müssen. Sie schreibt:

„Es ist nicht das erste Mal, daß gerade gegen Genossen Vorchardt Treiben mit dem Ziele der Abwahlung zum Landtagsmandat im Gange sind. Bekanntlich wurde schon einmal vor einiger Zeit von bestimmter Seite versucht, Genossen Vorchardt des Mandats für unwürdig zu erklären, weil er statt bei einer Ersatzwahl sein Wohlrecht auszuüben, am Wahltag in Ausübung seines Mandats im Dreiklassenhaus verweilt. Damals kam er mit einer Klage davon, obgleich er nachwies, daß er wegen einer notwendigen Erweiterung auf einen gegnerischen Angriff am fraglichen Tage im Landtag verblieb, statt zur Wahl zu gehen. Was damals nicht erreicht wurde, soll wohl jetzt durch schwereres Geschick erzielt werden. Der ganze Hintergrund dieses Streites muß fast den Anschein erwecken, als ob es sich weniger um die für uns nicht nachprüfbareren Verfehlungen Vorchardts, als um die Befestigung des Mandats handele. Besser Geschäfte aber schließlich damit besorgt werden, das kühne das Triumphgefühl der gegnerischen Presse, die sich sensationsgierig auf diesen Fall stürzt.“

Das „Volksblatt“ in Kassel schreibt dagegen:

„Es gibt aber noch einen anderen Ausweg, den die „Frankfurter Volksstimme“ mit den Worten andeutet, es liege Vorchardt die Lösung des Widerspruchs zwischen den beiden Beschlüssen der Berliner Generalversammlung ob. Derselben Meinung sind wir auch. Der einfachste Fall müßte den Genossen Vorchardt bestimmen, sofort von seiner erneuten Kandidatur zum Landtag zurückzutreten, damit das der Partei sichere Mandat noch am 3. Juni einem Parteigenossen zufallen kann, dessen Verbleiben unserer rücksichtslosen Gegnern im Dreiklassenhaus nicht ihnen sehr willkommen, bequeme Angriffsflächen bietet. Gerade im Abgeordnetenhause mit nur einem guten halben Duzend sozialdemokratischer Abgeordneter, von denen jeder einzelne naturgemäß sehr häufig mit den Gegnern die Kräfte kreuzen muß, ist es doppelt notwendig, den Gegnern jede Gelegenheit zur Verschleierung des Gesichtsfeldes zu nehmen.“

Lebensliste der Partei.

Nach monatelangem schweren Leiden ist Genosse Angerhofer in Kaufbeuren im Alter von 61 Jahren verschieden. Schon auf dem ersten deutschen Sozialistenkongress 1890 auf Schloss Wyden in der Schweiz war Genosse Angerhofer Vertreter der damals noch kleinen Parteigruppe Kaufbeuren. Mit Geschick führte er für die Folge die Parteigenossen die damals gefährlichen Wege zum sozialdemokratischen Wahlrecht und bewährte sich jederzeit als unermüdlicher Kämpfer. Im Dezember 1911 zog Genosse Angerhofer als erster Sozialdemokrat in das Gemeindefolge ein. Die Partei wird sein Andenken in Ehren halten.

Aus den Organisationen.

In der Generalversammlung des 16. sächsischen Reichstagswahlkreises konnte im Geschäftsbericht, der sich bekanntlich diesmal nur auf neun Monate erstreckt, eine weitere Stärkung der politischen Organisation festgestellt werden. Über 2000 neue Mitglieder fanden wiederum Aufnahme. Gegenwärtig zählt der 16. Reichstagswahlkreis 16400 organisierte Sozialdemokraten, darunter 2200 weibliche. Im Berichtsjahre haben 82 öffentliche und 271 Vereinsversammlungen mit wissenschaftlichen Vorträgen und Vorträgen agitatorischer Art, sowie über 100 Gruppenversammlungen stattgefunden, die größere Aktionen vorbereiteten. Die Frauenbewegung hat im Kreise eine erfreuliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen; die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg um 63 Proz. von 1341 auf 2200. Das Parteiorgan, die „Chemnitzer Volksstimme“, hat sich weiter glänzend entwickelt und das finanzielle Ergebnis ist ein noch günstigeres als im Vorjahre. Im Kassenerichtspiegelte sich die finanzielle Erstarbung der Kreisorganisation deutlich wieder. In den neun Monaten war eine Einnahme durch Kartenumsatz im Betrage von 54708 M. zu verzeichnen; das sind 3000 M. mehr als im Vorjahre, das 12 Monate umfaßte. Noch deutlicher wird das Bild durch den Hinweis, daß der Kartenumsatz vor zehn Jahren im ganzen Jahre nur 4500 M. betrug.

Ein badisches Jdyl.

Wir lesen in der badischen Parteipresse: Der Verein Karlsruher Presse hielt am Montagabend eine außerordentliche Generalversammlung ab. In dieser wurde an Stelle des bisherigen 1. Vorsitzenden, Herrn Chefredakteur Amend („Karlsruher Zeitung“), der nach mehrjährigem verdienstvollem Wirken sein Amt niedergelegt hatte, durch Akklamation einstimmig Herr Chefredakteur Herzog („Bad. Presse“) gewählt. Herr Chefredakteur Amend, dem für seine Verdienste um das Vereinsleben herzlichster Dank gesagt wurde, gehört auch weiter dem Vorstand an. Für den nach ihm zurückzutretenden 2. Vorsitzenden, Herrn Chefredakteur Rath („Bad. Landesh.“), wurde Herr Chefredakteur Kolb („Volksfreund“) gewählt. Die Tagesordnung der Generalversammlung umfaßte sodann noch mehrere Fragen interner Natur, deren Verhandlung einen sehr sympathischen Verlauf nahm und von der Einmütigkeit, die unter den Karlsruher Journalisten herrscht, ein erfreuliches Zeugnis ablegte. In Baden lebt man noch im politischen aurea prima aetas (zur ersten goldenen Zeit). Klassenkampf oder politische Gegenstände sind hier noch unbekante Dinge. „Einmütigkeit“ herrscht unter den Journalisten aller Parteirichtungen. Auf dieses politische Jdyl trifft das Dichterwort zu: „Kein Laut der aufgeregten Zeit drang je in diese Einjamkeit.“

Parteiliteratur.

Russische Gefängnisse. Von Veraigner. In diesen Tagen, in denen der Zar in den Mauern Berlins weilt und von der offiziellen Welt gefeiert wird, ist es angebracht, auf diese Prosa zu hinweisen. Die Gefängnisregeln, die das zaristische Justizsystem auf dem Geviß hat, werden hierin von einer Freiheitskämpferin gebrandmarkt, die alle Schreden russischer Barbarei am eigenen

Leibe erfahren hat. Die Schrift ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Ihr Preis beträgt 75 Pf.

Personalien. Aus der Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ ist Genosse R. Kempfens ausgeschieden. Er tritt in das zu Düsseldorf befindliche rheinisch-westfälische Bureau ein. In die Redaktion wurde an seine Stelle der Genosse Sollmann berufen.

Soziales.

Verwendung von Arbeiterinnen bei Mörtelzubereitung.

Nach § 137 Abs. 7 der Gewerbeordnung dürfen Arbeiterinnen zum Transport von Baumaterialien auf Bauten nicht verwendet werden. Der Architekt und Baumeister Pathe in Chemnitz hatte bei der Mörtelzubereitung auf einem Neubau Arbeiterinnen insoweit beschäftigt, als diese aus einer Entfernung von 4 bis 6 Metern Wasser herbeibringen. Er sollte sich dadurch eines Vergehens gegen § 137 der Gewerbeordnung schuldig gemacht haben. Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, weil nach der Ansicht dieser Instanz Wasser nicht als Baumaterial anzusehen sei, die Arbeiterinnen also auch keine Baumaterialien transportiert haben könnten. Anders dagegen das Landgericht, das in der Berufungsinstanz auf eine Verurteilung des Baumeisters kam. Wegen seiner Verurteilung legte der letztere Revision beim Oberlandesgericht Dresden ein. Er möchte geltend, daß in der Tätigkeit der Arbeiterinnen ein Transport von Baumaterialien nicht zu erblicken sei. Auf die Mörtelzubereitung könne die Bestimmung der Gewerbeordnung keine Anwendung finden; es handele sich nicht um den Transport von Materialien für den Bau, sondern um Materialien für die Mörtelzubereitung, um den Transport von Wasser aus einer geringen Entfernung von nur wenigen Metern.

Das Oberlandesgericht stellte sich auf den Standpunkt der Revision und erkannte auf kostenpflichtige Berichtigung der Revision. Zur Begründung seiner Entscheidung führte der oberste sächsische Gerichtshof folgendes aus: Nach § 137 der Gewerbeordnung dürfen Arbeiterinnen zum Transport von Materialien auf Bauten nicht verwendet werden. Hier handelt es sich um Entscheidung der Frage, ob die Mörtelzubereitung zum Bau gehört. Diese Frage ist zu bejahen. Das Oberlandesgericht ist nun der Ansicht, daß Arbeiterinnen auch bei der Mörtelzubereitung dann nicht verwendet werden dürfen, wenn damit ein Transport von Materialien verbunden ist. Diese Tätigkeit der Arbeiterinnen fällt dann unter die Bestimmungen des § 137 der Gewerbeordnung. Daß dabei, das heißt bei dem Transport, Wasser in Frage kommt, ist bedeutungslos. Denn auch Wasser ist ein Material, das bei Bauten Verwendung findet.

Aus aller Welt.

Der Zar sinnt:

Was unterscheidet Rußland von Preußen?
Ich habe vergeblich nachgedacht.
Ich finde die gleiche Spindelgarde,
Die mich daheim so treu bewacht.

Ich sehe die gleiche Freiheit blühen,
Es herrscht sich so schön hier wie abfolul.
Das Parlament mit seinen drei Klassen
Ist wie meine Duma verlässlich und gut.

Hier neigt der Geschäftsgeist zur russischen Reise,
Krupp ist ein Trumpf, wie ihn Rußland kaum sah.
Wohin ich auch blicke: die liebliche Heimat,
Ich finde sie wieder in jedem Harra.

Vermiß ich Kasanen: der preußische Schuhmann
Mit Browning und Säbel gleich völlig das aus.
Ich fände in Rußland zwar leichter Zerstreung —
Doch fühl ich mich hier wie bei Mustern zu haus.
H. Babay.

Dampferkatastrophe im Hafen von Smyrna.

Eine furchtbare Katastrophe hat sich im Hafen von Smyrna zgetragen und wahrscheinlich zahlreiche Menschenleben zu Opfern gefordert.

Einem Telegramm zufolge ist der Paketdampfer „Senegal“ der Messagerie Maritime auf eine türkische Mine gestoßen und in die Luft geflogen. Das Schiff stand unter dem Befehl des Kapitäns Costa und war am Donnerstag von Marseille nach Konstantinopel und Alexandrien in See gegangen. Die Mannschaft bestand aus 60 Personen, außerdem befanden sich bei der Ausreise 60 Passagiere an Bord, doch es ist anzunehmen, daß sich ihre Anzahl während der Fahrt noch bedeutend vermehrt hat. Der „Senegal“ ist ein alter, im Jahre 1872 erbauter Dampfer mit einer Wasserdrängung von 3000 Tonnen. Eine ganze Anzahl Schlepper soll aus dem Hafen von Smyrna ausgelaufen sein, um die noch überlebenden Passagiere und Mannschaften zu retten. Das Unglück soll sich am Mittwoch um 5 Uhr nachmittags in der Nähe von Smyrna zgetragen haben. Ein ähnlicher Unglücksfall hat sich bereits im Januar dieses Jahres im Hafen ereignet. Damals stieß das Segelschiff „Theodoros“ mit einer umherirrenden Mine zusammen und wurde gleichfalls in die Luft gesprengt. Damals wurde die ganze Besatzung in Höhe von 30 Mann mit Ausnahme des zweiten Offiziers gerettet.

Aus dem heiligen Rußland.

Der „Frankf. Jg.“ wird aus Petersburg geschrieben: Im Archiv von Blagowieschtschensk, das ein reiches Material zur Geschichte des russischen Amurgebietes enthält, findet sich, wie die „Rjetsch“ mitteilt, auch ein Aktenstück über einen „Prozeß gegen die Hunde, die den Gouverneur anbellten“. Als nämlich auf der Insel Eliska ein Gouverneur eingesetzt wurde, erlebte er auf seiner ersten Rundfahrt durch die Anstiedlungen der wilden Eingeborenen, die als Jäger große Hundemeuten hielten, etwas Furchterliches. In einem der Dörfer „erlaubten sich die erwählten Hunde“, wie eines der Dokumente berichtet, „in äußerst frecher Weise den Gouverneur anzubellen und bewiesen dadurch ihre volle Mißachtung der Gewalten, die von Gott eingesetzt sind, und beleidigten diese Gewalten“. Der Hundeprozeß schleppte sich lange in den Kanzleien herum, bis endlich das Verfahren eingestellt wurde. In der Begründung dieses Beschlusses heißt es tiefstimmig: „Hunde sind Wesen ohne Sprache und daher auch der Vernunft beraubt, sie stehen auf einer niederen Entwicklungsstufe und können daher für ihr Vergehen nicht zur Rechenschaft gezogen werden.“ Leider gibt das russische Blatt das Datum dieses Prozesses nicht an.

Wolkenkratzer.

Präsident Wilson hat dieser Tage in New York das bisher höchste Gebäude: Woolworth Building, eingeweiht. Es zählt 55 Stockwerke über Erde und ist 233 Meter hoch, 1 1/2 mal so hoch wie der Kölner Dom. Es zählt 3000 Fenster und 100000 elektrische Lampen. Eine von der Stadtverwaltung bestellte Kommission zur Prüfung dieser Gebäude hat in Manhattan, dem Geschäftszentrum, 4 Gebäude mit über 80, 60 über 20 und 1140 über 10 Stockwerken festgestellt. Die Generalinspektor Ludwig er-

kärt, sind diese angeblich feuerfesten Gebäude, dank ihren Treppen- und Aufzugschächten, wahre Feuerherde, die ein Bündelholz in eine Flammenküle verwandeln kann. Trotzdem finden sie ihre Kundenschaft. Das 55. Stockwerk des neuen Gebäudes war zuerst vermietet.

Kleine Notizen.

Zu Tode geschleift. Zwei Anstiedler aus dem pommerischen Dorfe Klyow waren zur Post gefahren, um die fälligen Renten zu bezahlen. Als sie bei der Heimfahrt den Wagen bestiegen, fielen sie auf die Pferde ein. Infolge des scharfen Stodes fielen beide vom Wagen. Der Anstiedler Krupp geriet mit einem Arm und einem Bein in das Rad und wurden ihm dadurch beide Glieder ausgebrocht und der Körper zu Tode geschleift.

Ein Hauptmann als Mörder. Die Polizei in Madrid verhaftete den in der Kriegsschule angestellten Hauptmann der Reserve, Manuel Sanchez und dessen Tochter, die einen Rußmann namens Garcia Jalon in ihre in der Kriegsschule gelegene Wohnung gelockt, geißelt, seinen Leichnam zerstückelt und in eine Sandgrube geworfen hatten. Es heißt, daß die beiden einen Erpressungsversuch an Jalon vornehmen wollten, und weil er Widerstand geleistet habe, ihn umgebracht hätten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, von vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Sachverhalt und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnentenbezeichnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ähnliche Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. N. 7. 1. und 2. Soweit Ihre Darstellung erkennen läßt, unterliegen Sie der Krankenversicherungspflicht. Der Lohn ist bis zur Dauer von 14 Tagen fortzuzahlen, jedoch kann der Arbeitgeber das Krankengeld kürzen. — O. Sch. 35. Verjährung ist nicht eingetreten. Sie haben Anspruch auf die Hälfte des tatsächlich vorhanden gewesenem Nachlasses. Sie können beim Amtsgericht, in dessen Bezirk die Mutter zuletzt gemohnt hat, den Antrag auf Auseinandersetzung stellen. — N. N. 11256. Ja. — N. N. 24. Nein. — Greifstraße. Die Melben bis Oktober für die Meldegebühr. Rechtzeitige Kündigung ist außerdem erforderlich. — Urmahl 442. Die Wahl ist unseres Erachtens zweifellos gültig. — N. N. 24. Auf Grund des Reichsvertrages, nein. — O. S. 222. Ja. — O. S. 84. 1. Nein; falls der Ehepartner gehörige Sachen geplatzt haben, müßte diese intervenieren. 2. Sie müssen zunächst den Eigentümer zur Übertragung des Kellers und zur Ausführung der fraglichen Arbeiten unter Stellung einer Kaution ausfordern, am zweckmäßigsten durch eingeschriebenen Brief. — N. N. 577. 1. Nein. 2. und 3. Ja. N. S. 28. Jermol, Urbanstr. 6. — O. Sch. 50. Sie können Sie nur an Ihre Organisationsverweise: Zentralverband der Handlungsgehilfen, Rönigstr. 20. — O. S. 74. Generalkommission der Gewerkschaften, Angelstr. 15. — N. S. 25. 1. Nach Ablauf der sechsmonatigen Krankheitsdauer kann der Prinzipal das Engagement sofort auflösen. 2. Nachmann (Wohlfühlpolizei) fragen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2. 5-7. Sonntags 10-12.
Von der Reise zurück
Dr. Max Goldschmidt, Arzt
Warschauer Str. 15.
Von der Reise zurück 9/14
Dr. Leopold Lilienthal.

Spüle
mit
Henkel's
Bleich-Soda.

1 x genügt! Sie kommen wieder!

Alle,

welche 1x von
Otto Piehl
BERLIN N
120 Brunnenstraße 120

MÖBEL

gekauft haben, denn
alle sind zufrieden
mit den Qualitäten!
mit den Preisen!
mit der Kulanz!

Grossartige
Ausstellungen

Parterra ca. 600 Quadratmeter
und im Fabrikgebäude!

Wohnungseinrichtungen ... von Mark 230 an
Moderne Küchen ... schon von Mark 45 an
Garnituren Bettten Mark 21-72 Schlafsofas
M. 100-350 Tische M. 6,50-65 Mark 75-120

Teilzahlungen erhöhen die Preise nicht!

Otto Piehl

Brunnenstraße
120



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-130 König-Str. am Bahnhof Alexander-Platz Rosenthaler Strasse Oranien-Strasse

G. m. b. H.

Versand-Abteilung: Leipzigerstr. 132/137

Billige Lebensmittel

Freitag und Sonnabend, soweit vorhanden. Die mit * bezeichneten Artikel werden nicht zugesandt.

Wurstwaren

- *Rotwurst Pfund 55, 85 Pf.
- Landleberwurst Pfund 1.00
- Feine Leberwurst Pfund 1.20
- Jagdwurst Pfund 1.10
- Bauernmettwurst Pfund 1.25
- Teewurst Pfund 1.30
- Salamiwurst Pfund 1.30
- Mausschinken 2-3 Pfund schwer Pfund 1.35
- Rollschinken 6-8 Pfund schwer Pfund 1.50
- Landschinken 8-12 Pfund schwer Pfund 1.35, 1.55
- Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfund Pfund 1.20
- Speck magen Pfund 90 Pf., fett Pfund 80 Pf.
- Delikatess-Würstchen Dose 6 oder 8 Paar 95 Pf., 12 Paar 1.85
- Heines Halberst. Würstchen 4 oder 6 Paar . Dose 85 Pf., 8 Paar Dose 1.70

*Obst u. Gemüse

- Erdbeeren Pfund 55, Bananen 33 Pf.
- Stachelbeeren 2 Pfund 45 Pf.
- Austral. Birnen Pfund 35 Pf.
- Zitronen Duz. 30, 40, 60 Pf.
- Rhabarber s. Bd. 10 Pf., extra stark 3 Bund 10 Pf.
- Schoten Pfund 15, Salat s. Kopf 10 Pf.
- Radishesen s. Bund 10, Spinat s. Pfund 10 Pf.
- Frisch. Spargel Pf. 15, 28, 50, 65 Pf.

*Frisches Fleisch

- Fr. Schinken im Ganzen } Pfd. 85 Pf.
- Hammel dicke Rippe } Pfd. 85 Pf.
- Kalbsbrust ohne Spitze } Pfd. 85 Pf.
- Schulterblatt im Ganzen } Pfd. 75 Pf.
- Schweinebauch } Pfd. 75 Pf.
- Fehltrippe } Pfd. 75 Pf.
- Rinderbrust Pfd. 70 Pf.
- Gulasch Pfd. 70 Pf.
- Hammeldünnung Pfd. 70 Pf.
- Rinderkamm Pfd. 65 Pf.
- Liesen Pfd. 65 Pf.
- Querrippe Pfd. 65 Pf.
- Rückenfett Pfd. 60 Pf.
- Gehacktes Pfd. 60 Pf.
- Eisbein (Dickbein) Pfd. 60 Pf.
- Schmorfleisch Pfund 85 Pf. bis 1.00
- Roastbeef Pfund 90 Pf.
- Hammelkeule im Ganzen Pfund 1.00
- Rehwild Keulen von 5.50 an, Rücken von 7.00 an, Blätter von 1.50
- Wildschwein Keule Pfd. 1.00 Rücken . Pfund 0.90 Blatt . Pfund 0.70

*Fische

- Kabeljau ohne Kopf in ganzen Fischen 12 Pf.
- Rotzungen Pfd. 10, Hornaale St. 22 Pf.
- Aalquappen Pfund 20 Pf.
- Frische Ostsee-Heringe Pfund 12 Pf.
- Lachs in ganzen Fischen Pfund 60 Pf.
- Lebende Aale Pfund 80 Pf., 1.05, 1.25
- Lebende Hechte bis 4 Pfund schwer Pfund 1.00
- Lebende Krebse Mandel 55 Pf. bis 4.00
- Solo-Krebse Stück 50, 60 Pf.

*Räucherwaren

- Makrelbücklinge 3 Stück 20 Pf.
- Schleibücklinge 3 Stck. 20, 2 Stck. 10 Pf.
- Ahlbecker Flundern Pfund 40 Pf.
- Aale Pfund 1.15 u. 1.40, Bund 40 Pf.
- Goldfische Stück 9 Pf.
- Lachsstör Pfund 68 Pf.
- Matjes-Heringe Stück 8 und 15 Pf.
- Sardellen Pfund 75 u. 90 Pf.
- Gewürz Gurken 4 Liter-Dose 1.35

Speisen-Fabrikate

- *(gefärbt)
- pudding- und Gries-Pudding-Pulver mit verschiedenem Geschmack 5 Pakete 25 Pf.
- Rote Grütze-Pulver mit verschiedenem Geschmack 5 Pakete 30 Pf.
- Creme-Pulver mit verschiedenem Geschmack 2 Pakete 25 Pf.
- Eis-Pulver mit verschiedenem Geschmack 2 Pakete 28 Pf.
- Kunst-Gelee-Pulver mit verschiedenem Geschmack 2 Pakete 35 Pf.
- Eier-Pudding mit verschiedenem Geschmack 1 Paket 23 Pf.
- Stjerna-Pudding mit verschiedenem Geschmack 1 Paket 23 Pf.
- Krachmandel-Pudding 1 Paket 23 Pf.
- Sultana-Pudding 23 Pf.
- Mandel- u. Rosinen-Pudding Paket 23 Pf.
- Exquisite-Pudding 1 Paket 23 Pf.
- Saucen-Pulver mit Vanille-Geschmack 5 kleine Pakete 25, 1/2 Kilo Paket 18 Pf.
- Vanillin-Zucker 5 kleine 25, 1/2 Kilo Paket 35 Pf.

*Butter und Käse

- Koch- und Backbutter Pfund 1.05
- Tischbutter Pfund 1.10
- Tafelbutter Pfd. 1.17, 1.20, 1/2 Pfd. 61 Pf.
- Schmalz Pfund 68 Pf.
- Pflaumenmus Pfund 30 Pf.
- Marmelade leicht gefärbt Pfund 33 Pf.
- Limburger Käse Pfund 50 Pf.
- Romatour-Käse Stück 28 Pf.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (Zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 12 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärts! 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Hadescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet.

Wandkleiderschrank Hermannplatz 6. Spottbilliger Verkauf. Wäscheverkauf. Gardinenverkauf. Teppichverkauf. Goldwarenverkauf. Kleiderauswahl Herrenmode. Sonntagsverkauf ebenfalls.

Teppiche (Farbenfehler) enorm billig. Gardinen, Steppdecken direkt Fabrik. Maurerhof, Große Reanfurter Straße 9, partier. „Vorwärts“. Leber zehn Prozent!

Vorübergelegene Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Teppiche! (fehlerrichtig) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Hadescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leber des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Wetten, Stand 9. - Brunnstraße 70, im Keller. 1908*

Wandbretter! Brunn 6 Mark an, Filler, Gasrohr, Flügelhumpen, Saug- und Druckpumpen 15 Mark an. Dampf, Beigstraße 39, Reustän. 73*

Leihhaus Moritzplatz 58a! kaufen Sie spottbillig von Radfahrern wenig getragene sowie im Verkauf gewesene Radfahrzeuge, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide gearbeitet 8-18 Mark. Gelegenheitskäufe in neuer Radgarde, enorm billig. Kleider, Kostüme, Mäntel, auf Seide gearbeitet, früher bis 150, jetzt 20-35 Mark. Extralingelot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Böden, Wollen und Goldwaren enorm billig nur Brunnplatz 58a L. 1948*

Leihhaus für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des blühenden Gartens, Gemüse- und Obstgärten von Max Desbrières. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 8.50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Wandertarten und Bücher, Reisebücher, Reisebücher hält stets am Lager. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69.

ANZEIGEN

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgendso billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2, 2248*

Fahrräder. Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Bräunerstraße 10a, I. Etage. 798*

6 Tage rennen Sie vergebens in Berlin umher, um ein gutes, haltbares, gebrauchtes oder preiswertes, gebirgiges, neues Fahrrad zu erwerben. Gehen Sie zu Kay und kaufen ein bei dem bekannten Kund-um-Berlin-Fahrräder. Wiesenaustraße in neuen und gebrauchten Fahrrädern. Großlager in Bismarckstr. 10, Hauptgeschäftsstelle: Weinmeisterstraße 2, 2248*

Platinabfälle. Gramm 5.70, Kilogramm 50, Silber, Goldschmelze, Stanniol, Goldschmelze, Schmelzerei Müller, Schmelzerei, Auguststraße 19 III. 43*

Jahngelbte. Goldschmelze, Silber, Platinabfälle, sämtliche höchsthaltbare, Schmelzerei Christian, Köpenickerstraße 20 a (gegenüber Rantenscheffelstraße). 59/1*

Platinabfälle. alte Goldschmelze, Brauchgold, Silber, Gelbfarbe, alte Uhren, Redgold, Goldwägen, Duedel, Stanniol sowie sämtliche Gold-, Silber-, platinabfalligen Rückstände lauft Hoch, Edelmetallschmelze, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telefon Moritzplatz 3475. 589*

Fahrräderverkauf. auch defekte, allerhöchste Preiszahlung, Weberstraße 42. 90/13*

ANZEIGEN

Nehmen die in Erregtheit ausgeprochenen Belästigungen gegen den Senfaffen D. Krüger, Birkenwerder, hiermit zurück. Albert Jabel, Birkenwerder. 795

Bereinszimmer. 50 Personen fassend, zu vergeben. Bendt, Charlottenburg, Pestalozzistraße 88a, Stpl. 13 499. 767*

ANZEIGEN

Wohlfühler Zimmer für Herrn oder Dame Wiesenstraße 10, II. Unt. 825b*

Zwei Herren, gut möbliertes Zimmer oder Schlafstelle, Billig, Thierstraße 51, Hochpartier. 778

Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle, Wallstraße 5, rechter Seitenflügel II, Witwe Scheffler. 754

Möblierte Schlafstelle vermietet Span, Kammerstraße 25. 78

Mietsgesuche. Handwerker sucht kleines möbliertes Zimmer, Südkosten. Offerten mit Preisangabe, C. „Vorwärts“, ausgabe Dauterplatz 14/15. 78

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Werkzeugmacher, selbständig und perfekt arbeitend, für mechanische Werkstatt sofort gesucht. Decon-Werke, Weihenstepfer, Leberstr. 20-25. 7128

Wichtige Storkmacher für Webstuhlarbeit werden gesucht. Lorenz, Kaldenstraße 1. 6428

Freiungsfrauen verlangt Kronenstraße 2, I. 6096*

Mädchen sofort gesucht für mechanische Werkstatt und leichte mechanische Arbeiten. Benutzt, die schon in ähnlicher Stellung waren. Decon-Werke, Weihenstepfer, Leberstr. 20-25. 7128

Pleurafentwürfen verlangen Gebrüder Nelson, Leipzigerstraße 71/72. 9015*

Buchbinder-Gehilfen werden gesucht 917*

Petersen & Petersen, Kopenhagen.

Gewerkchaftliches.

Terroristen.

Zu den gefährlichsten Feinden des Koalitionsrechts gehören manche Papierfabrikanten. Für sie ist das Staatsbürgerrecht der Arbeiter Luft, eine Seifenblase. Sie bezahlen zwar nur die Arbeitskraft — und nur sehr minimal — aber sie fühlen sich auch als Herren der Besinnung der Arbeiter, sie diktieren ihnen einfach ihr Verhalten als Privatpersonen und Staatsbürger. Der „Proletarier“ bezeugt die Koalitionsfeindschaft der Papierfabrikanten durch eine Reihe von Erlassen der hochmögenden Herren, die besser als irgendwelche Auseinandersetzung den Terror der Unternehmer herausstellen. Einige der Dokumente kapitalistischer Kultur mögen hier einer breiteren Öffentlichkeit Kenntnis geben von der — „Freiheit“ des Arbeitsvertrages im Reiche der Papierindustrie.

Die Firma Kaitelhuber u. Co. in Gemmrigheim, beglückte ihre Sklaven durch folgenden Kras:

„Arbeiter, die einem Verein angehören, welcher bestrebt ist, das Ansehen der Firma in der Öffentlichkeit zu untergraben, oder solche Arbeiter, die ihre Nebenarbeiten gegen die Firma aufheben, haben in unserem Betrieb keine Beschäftigung, und werden solche, die bekannt sind, in Kürze entlassen, wenn diese ihre Tätigkeit nicht einstellen.“

Dies Zeugnis der „Friedensliebe“ wird überboten durch folgenden Befehl, den drei Fabriken in Hiegenrück gemeinschaftlich an ihre Lohnsklaven ergehen lassen:

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß verschiedene Arbeiter Arbeiterverbänden beigetreten sind. Wir verlangen von sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen bis Freitag mittag 12 Uhr die schriftliche bindende Erklärung, ob sie aus diesen Verbänden austreten oder dabei bleiben wollen.

Im letzteren Falle erhalten die Arbeiterinnen und die Arbeiter nebst ihren Frauen am ersten Lohnstage die Kündigung.

Hiegenrück, den 18. September 1911. G. Eduard Keller (Holzstoff- und Pappfabrik), Barthel u. Hieglarski (Metallwarenfabrik), Petersen u. Melchior (Holzstofffabrik).

Nach der Art höflicher Hausknechte zeigt die Firma Hoffmann u. Engelmann in Neustadt a. d. Nordt Arbeitern die Tür, die so vernünftig sein wollen, von einem gewährleisteten Staatsbürgerrecht Gebrauch zu machen. Sie veröffentlichte folgende Einladung:

„Arbeiter, die einem auf den gewalttätigen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinarbeitenden Verein angehören, sind gebeten, aus der Fabrik auszutreten, da sie bei dem Bekanntwerden ihrer Angehörigkeit zu einem derartigen Verein sofort aus der Fabrik entlassen werden.“

Ganz wie Jagow verordnet die Papierfabrik Kell G. Günther-Greif ihre „Untergebenen“. Sie ließ diese Proklamation anschlagen:

„Der Arbeiterverband sucht Eingang in meine Fabrik zu finden. Ich warne jeden meiner Arbeiter, dem Verbands beizutreten, und werde jeden, der sich dem Verbands anschließt, entlassen.“

Anständig, unbeschreiblich anständig ist die Kammendorfer Papierfabrik. Sie will Gehorsam, hündische Folgsamkeit — bezahlen. Gerade so, als spräche sie zu Lakaien, gab sie dieses kund:

„Die in Frage kommenden Personen führen wir nachstehend an und fordern jeden, der sich um die Erlangung der Prämie bemüht, hiermit auf, im Kontor auf Wahrheit und Ehre durch seine Unterschrift zu erklären, daß er der Organisation nicht angehört und nicht beitreten wird.“

Als Wohltäter der Menschheit, als sorgender Vater ummündiger Kinder, der sie aus den Banden böser Leidenschaften und schlechter Gesellschaft befreien will, mag man zum Schluß noch den Besitzer der Papierfabrik Brückner-Kalbe be-

wundern. Zum 75jährigen Bestehen der Fabrik beglückte er seine „Schutzbefohlenen“ durch eine Straf- und Erbauungs-predigt, die er im Betriebe anschlagen ließ. Sie lautet:

„Meine Leistungen vom 1. Mai (Stiftung gelegentlich des 75jährigen Bestehens der Firma. D. V.) sind von einem Teil der Arbeiterschaft der Papierfabrik mit großem Landauf gelohnt worden. Darüber hinaus wird neuerdings mit Nachdruck darauf hingearbeitet, Unfrieden im Betriebe zu stiften und namentlich die zu verheizen und zu verfolgen, die sich für zu gut halten, den sozialdemokratischen revolutionären (?) Arbeiterorganisationen sich anzuschließen oder bei ihnen zu bleiben. Meine Geduld solchem Treiben gegenüber ist jetzt endlich zu Ende. Ich werde niemand mehr in den Reihen der Arbeiterschaft dulden, der den Frieden und das gute Einvernehmen stört, das so lange zwischen mir und der Arbeiterschaft bestanden hat. In Verbindung hiermit eröffne ich ferner, daß von den Vorteilen meiner Wohlfahrtsstiftung alle diejenigen sich als ausgeschlossen zu betrachten haben, die nach dem 1. Oktober 1912 noch sozialdemokratischen Organisationen angehören. Mögen diese sich in Fällen der Not von ihrer Partei unterstützen lassen. Schließlich gebe ich noch bekannt, daß demnach unter den Angehörigen von Kälte und Papierfabrik ein Vaterländischer Arbeiterverein gegründet werden wird, um die königstreue Arbeiterschaft von der vaterlandlosen und vaterlandsfeindlichen Partei zu scheiden.“

Wer nun noch nicht überzeugt ist, daß die Unternehmer gegen den Terror der Gewerkschaften geschützt werden müssen, der ist sicher ein — Sozialdemokrat!

Berlin und Umgegend.

Stimmungsmache gegen den paritätischen Arbeitsnachweis.

Die Unternehmer im Holzgewerbe mögen bekanntlich den paritätischen Arbeitsnachweis nicht leiden. Angeblick soll er auch die Arbeiter nicht befriedigen. In ihrem kürzlich erschienenen Jahresbericht (1912, II. Teil) berichtet die Handelskammer Berlin u. a.:

„Der Geschäftsumfang des gemeinsamen Arbeitsnachweises zeigte im Berichtsjahre einen Rückgang. Die Zahl der Arbeitslosen ist zwar noch etwas gestiegen, die offenen Stellen und Vermittlungen haben aber nachgelassen. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, daß der Nachweis die an ihn gestellten Anforderungen nicht zu erfüllen vermag. Das Obligatorium, das für die ersten 24 Stunden besteht und dem Arbeitgeber erst nach dieser Frist die Besetzung einer offenen Stelle auf andere Weise gestattet, hat sich nicht bewährt. Die Unternehmer beschwerten sich über unzureichende Arbeitskräfte, und aus Arbeiterkreisen erkundete, wenn auch mit Vorsicht, die gleiche Klage. Es werden fast ausschließlich nur sehr tüchtige Arbeiter verlangt, die auf die in Betracht kommenden Artikel gut eingearbeitet sind und größere Mengen in kurzer Frist herzustellen vermögen. Dies gilt insbesondere für die Werkstätten mit Teilarbeit. Auch von den hierbei erforderlichen Hilfsarbeitern wird bereits eine größere Fertigkeit verlangt. Die Stundenlöhne dieser Arbeiterkategorie, die bisher vertraglich nicht geregelt sind, verursachten der Schlichtungskommission manchmal schwere Arbeit. Sie war im Berichtsjahre überhaupt stark in Anspruch genommen, erledigte aber die ihr zugewiesene Aufgabe zur allgemeinen Zufriedenheit. Die Tagungen der Kommission unter einem unparteiischen Vorsitzenden sind schon seit langem überflüssig. Die Parteien haben sich über eine abwechselnde Leitung der Geschäfte verständigt.“

Man merkt die Absicht. Die Unternehmer sind durch den Nachweis in der Industrie etwas behindert; sie können die „unruhigen“ Elemente nicht einfach ausschalten, das ist ihr Schmerz. Ihr Sehnen gilt einem Arbeitsnachweis, der ihnen die Rahmregelung der bösen Verbändler erleichtert, indem man sie möglichst einfach nicht einstellt. Der Vorstoß der Handelskammer erfolgt wohl nicht ohne bestimmte Hintergedanken.

Achtung, Tabakarbeiter! Die Zigarrenfabrik von Radt, Berlin N., Veteranenstraße 27, ist wegen Tarifbruchs nach wie vor gesperrt. Die grünen Plakate werden ihr entzogen.

Arbeiter, Raucher! Tragt bei allen euren Zigarreneinkäufen nach den grünen Plakaten. Dieselben sind nur dann echt, wenn sie mit Alwin Schultze unter geschrieben sind. Lebt Solidarität! Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Achtung, Freizeugehilfen! Weil die Verbandsmitglieder am zweiten Feiertag nicht arbeiten, deswegen hat Herr Schmidt, Fernstr. 52, das Tarifverhältnis gelöst. Der Betrieb ist für Verbandsmitglieder daher gesperrt. Verband der Freizeugehilfen.

Die Firma Max Bloch, Brunnenstr. 73, sendet uns folgende Verächtigung:

In Ihrer Nr. 120 vom 18. d. Mts. haben Sie unter „Gewerkchaftliches“ eine Notiz über meine Firma gemacht, welche unrichtige Angaben enthält.

Es ist nicht wahr, daß die entlassenen 10 Plätterinnen durchschnittlich pro Tag nicht mehr als 1,50 M. verdienen konnten. Es ist vielmehr wahr, daß dieselben, je nach ihren Leistungen von 3,40 M. bis 4,85 M. pro Tag durchschnittlich verdient haben. Diese Angabe ist durch die Statistik jederzeit zu beweisen. Es ist nicht wahr, daß die Plätterinnen entlassen worden sind, weil sie nicht mehr notwendig gebraucht wurden. Es ist vielmehr wahr, daß diese 10 Plätterinnen sich plötzlich weigerten, eine bestimmte Arbeit zu dem bisherigen Alltags weiter auszuführen.

Es ist ferner wahr, daß die freigeordneten Plätze sofort neu besetzt worden sind, woraus zu ersehen ist, daß zu einer willkürlichen Entlassung der 10 Plätterinnen keine Ursache vorlag.

Deutsches Reich.

Väterfreit in Görlitz.

Vom Verband der Bäcker war der Junng ein Tarif unterbreitet worden, der die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, 22 M. Wochenlohn und Freigabe eines Ruhetages im Monat forderte. Die Junng lehnte diese beiden Forderungen ab, sie schloß mit dem kaum 20 Mitglieder zählenden Vergnügungsverein der Bäcker „Germania“ einen Tarif ab, der aber die wichtigste Forderung, die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, nicht enthielt, sondern nur die Lohnerhöhung vorschlug. Damit waren aber selbst die Mitglieder des „Germania“-Vereins nicht einverstanden, sie schlossen sich den Forderungen des Verbandes an. Da die Junng jede Verhandlung schroff ablehnte und auch das Gewerbegericht es ablehnte, vermittelnd eingegriffen, wurde Dienstagnachmittag in einer gut besuchten Bäckerversammlung einstimmig beschlossen, sofort die Arbeit einzustellen. In Frage kommen 150 Meister mit 185 Gesellen. Der Tarif anerkannt haben bis zur Streikproklamation 28 Meister mit 24 Gehilfen. — Zugung ist streng fernzuhalten.

Die Bewegung in der Halberstädter Wäschfabrik von Christian Förster ist beendet. Nach einem Kampf von über fünf Monaten ist es nunmehr zu Verhandlungen zwischen der Fleischerorganisation und der Firma Christian Förster gekommen. Die Firma hat folgende schriftliche Erklärung abgegeben:

„Das am 9. Oktober 1912 mit dem Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Berlin) getroffene Abkommen soll auch weiterhin bestehen bleiben. (Vereinbarung über Lohn- und Arbeitsbedingungen im Betriebe).“

Ich werde für die Folge auch organisierte Fleischer und Hilfsarbeiter einstellen und meinen Leuten volle Koalitionsfreiheit gewähren.

Bei Mangel an Arbeitskräften bin ich bereit, auch den Arbeitsnachweis des Zentralverbandes zu benutzen.

Was die Behandlung meiner Leute anbelangt, so werde ich auch weiterhin dafür sorgen, daß Uebergriffe seitens meiner Meister und der übrigen Vorgesetzten nicht erlaubt werden. Dieselben sind angewiesen, nur menschlich vorzugehen, und etwaige mit zu Obren kommende Mißhandlungen werden jederzeit meinerseits strengstens gerügt werden.“

Mit diesem Erfolg kann die Fleischerorganisation zufrieden sein. Es wird nun an der Firma selbst liegen, sich einen dauernden Frieden mit den Arbeitern zu sichern, wenn sie der Erklärung, die jetzt zum zweiten Friedensschluß führte (am 9. Oktober wurde der Streik durch eine Vereinbarung beigelegt) auch vollinhaltlich nachkommt. Die Firma wird einsehen gelernt haben, daß die fortwährenden Differenzen nicht in ihrem Interesse liegen, dagegen der Frieden mit der Organisation nur von Vorteil auch für sie sein kann.

Die organisierten Wachtstuckdrucker der Firma Gebr. Holzappel in Frieda an der Werra (Kreis Schmiede) haben ihre Kündigung eingereicht, weil ihrem Wunsch, die Lohnverhältnisse zu verbessern, in keiner Weise nachgegeben wurde. Es bestehen dort noch Wochenlöhne von 18 und 19 M. Wir können es daher begreiflich finden, wenn es der Unternehmern nicht gern sieht, daß sich seine Arbeiter organisieren, um durch den Zusammenschluß

Kleines feuilleton.

Begrenzter Freisinn. Unter dieser Epithete teilt Wilhelm Ostwald in dem „Monistischen Jahrbuch“ (Heft 8) folgendes lehrreiche Erlebnis mit: „In einer unserer verbreitetsten Zeitungen (aus Delitzsch) nennt Ostwald das Blatt nicht; wie haben seinen Grund zur jarten Rücksichtnahme und können unseren Lesern mitteilen, daß es das Rasse-Blatt gewesen ist) ließ der Führer des Monistenbundes einen Aufsatz zum 1. Mai drucken. Nun hat die freisinnige Redaktion, die so viel auf literarischen Anstand gibt, eine Stelle aus dem Artikel ausgelassen, die Ostwald mit Recht für besonders wichtig hält und die tatsächlich den seltenen Bekennermut des Gelehrten und nicht minder die gar nicht seltene Feigheit des heutigen Liberalismus charakterisiert. Aus beiden Gründen halten wir für angezeigt, diese Stelle unseren Lesern mitzuteilen.“

Nachdem Ostwald die neue Behauptung als eine Vorberei charakterisiert hat, die uns viel mehr der Walspurisnacht als dem 1. Mai nahe bringt und unseren westlichen Nachbarn schwere myriade Opfer auferlegt, fährt er an der weggeschickten Stelle also fort: „Dah durch unsere Ueberwindung dieser hochbegabten Nation, der wir für die europäische Kultur so innerlich dankbar sind, dankten, das verzweifelte Opfer eines dritten Dienstjahres in der Armee auferlegt werden soll, wodurch, da es dort das Institut der Einjährig-Freiwilligen nicht gibt, die ganze heranwachsende intellektuelle Jugend, die künftigen Träger der Kultur, um drei der allerwertvollsten Jahre ihres Lebens gebracht werden sollen, ist ein solcher Kulturverderb, eine solche wüste Zerstörung der edelsten Güter, deren Produktion im gemeinsamen Interesse aller fortgeschrittenen Völker liegt, daß ich schon aus diesem Grunde als Deutscher mich tief beschämt fühle, an einem derartigen Vorgange mitzuschuldig sein zu sollen.“

Freisinn: wo ein Ostwald sich schämt, brandt ein Rasse-Mann sich nicht zu schämen. Und seelenruhig läßt er die Worte des Mannes in den Papierkorb gleiten, dessen Kulturbewußtsein in den patriotischen Nummern so grellen Nigton bringt.

Lorbereit auf Vorsicht. Durch eine Reihe von großen Provinzzeitungen läuft eine Korrespondenz, in der für das „gewaltige“ Jahrhundertfestspiel Hauptmanns, das bekanntlich in Breslau aufgeführt werden soll, der Tamtam gerührt wird.

Um den „gewaltigen“ Charakter des Spiels zu erläutern, werden auch einige besonders bezeichnende Stellen mitgeteilt. Hauptmann läßt den großen Korfen als zwölfjährigen Knaben inmitten eines „raufenden Revolutionspöbels“ auftreten, was dem „Erben der Revolution“ gegenüber gewiß eine „gewaltige“ Leistung ist. Ein andermal zeigt er ihn auf dem Gipfel seiner Macht, umgeben von der Schär seiner goldstrahlenden Marschälle — kann man sich etwas „Gewaltigeres“ denken? Ein Chimborasso der Poesie aber wird erklommen, wenn Napoleon schließlich — es ist erstaunlich geistreich! — als Jupiter auf einem Thron sitzt, mit einem — man kommt das „Gewaltige“ — mit einem Blig in der Hand.

Wenn dieser Blig nicht als ein Blig des dichterischen Genies die unerschütterliche Kritik nieder schlägt, gibt es keine Gerechtigkeit mehr auf Erden.

Selbstverständlich wird das „gewaltige“ Schauspiel im Rahmen der „gewaltigen“ Jahrhundertfeier aufgeführt werden. Für den fünfzigjährigen Blig hat ein Herr vom „Deutschen Theater“ eine „finnreiche Konstruktion“ erdacht. Bei der Beleuchtungseffekten wird mit Mitteln gearbeitet werden, wie sie bisher kein Bühnenhaus kannte. Wie rund zwanzig starke Marinescheinwerfer werden von der ersten Galerie aus die Bühne erhellen. Zweitausend Darsteller werden mitwirken. Reinhardt führt bei den Solistiproben „persönlich“ (so kann man es auch unpersönlich?) die Regie. Mit einem Wort: es wird „gewaltig“.

Das Hundgebiet bei Eberswalde. In der Gegend von Eberswalde sind außer dem Aufsehen erregenden Goldfund schon wiederholt außerst interessante Funde gemacht worden. So wurden mehrfach Bronzen von bedeutendem Wert aus Tageslicht gefördert. U. a. wurde bei Heegermühle, das nicht weit von der neuen Hundstelle liegt, ein Vorrat an Bronzen entdeckt, worunter sich fast zwanzig Krampspannen, Bronzeringe und Gürtel befanden. Auch der Teil eines Bronzewagens, eines Symbols des alten germanischen Sonnenfestes, wurde entdeckt. Die Funde wurden fast ausschließlich dem Museum in Freienwalde a. O. überwiesen. Im Berliner Museum für Völkerkunde befindet sich gleichfalls ein Altertumsfund aus Eberswalde. Es ist dies eine Bronzegürtelplatte, deren Herstellung von hohem künstlerischen Geschmack zeugt. Unter den einzelnen Stücken des Fundes, der neuerdings gemacht worden ist, befindet sich ein sogenannter Schmelzkrug, was darauf schließen läßt, daß der Schatz von dem Hersteller oder Händler vergraben wurde.

Humor und Satire.

Spalier.

Den Herrn vom Byzantinertorden War dieser schöne Mai nicht sorg. Die Pringen kamen gleich in Gorden, Pro Tag war fällig ein Monarch.

Doch den Prolet auch, der nur wenig Die Kefle für Hurra geist, Und dem auch für den Fremden König Das nötige Verständnis fehlt.

Kriegt solch Ereignis jäh beim Widel, Das heißt, er merkt es bald daran, Daß er zu Fuß und per Befehl Durchaus nicht vorwärts kommen kann.

Sehr einfach ließe sich verbinden Das lästige Trara und Wumm, „Händ“ sich aus deutschen Landeskindern Dafür einmal ein „Publikum“.

Demn dieses findet kaum Befreitung: Ein Gerächt misamt Lakaienstaat

Verliert an jeglicher Bedeutung, Wenn ihn kein Mensch mehr anhurat. Vom eignen Brunk, wie ich glaube, Ist kein Monarchie mehr entkurt. Wenn lediglich die Fidelehaube Die Straße des Empfanges schmückt! Michel

Notizen.

Das Schaufenster der Vorwärts-Buchhandlung hat der Halbjahrhundertfeier der Gründung der deutschen Sozialdemokratie eine Ausstellung gewidmet. Die Bildnisse Lassalles — das Stammesporträt und das Jugendporträt — sind festlich umkränzt von den zahlreichen schon hergerichteten neuen Einzelangaben wichtiger Schriften und Reden uneres Vorkämpfers. Historische Werte, die als lebendige Werte, getragen von den proletarischen Massen, weiterwirken!

Theaterchronik. Am Mittwoch, den 22. d. Mts., abends 5 1/2 Uhr, findet die Eröffnung des Joseph-Kainz-Theaters an kleinen Bannsee mit „Rosa“ statt.

Der Strid. Zwischen der Zeitung der Jubiläumskunstausstellung und dem Vizepräsidenten des Reichstags Dove ist eine Polemik ausgebrochen. Herr Dove war zur festlichen Eröffnung eingeladen, hat sich aber an dem bei solchen höflichen Affären üblichen Strid gestoßen, der den Hof von der Noture zu trennen hat, und proklamiert nun Männerstolz vor Striden. Diese Stridwinkelle von anno tobad ist nach beiden Seiten hin sehr ulkig. Sie hat aber über die Romik hinaus ihre kulturhistorische Bedeutung: sie zeigt, was das Bürgertum sich — durch eigene Schuld! — immer noch bieten lassen muß. Daß es dem Reichstagsvizepräsidenten dabei nicht besser geht, als anderen Sterblichen, zeugt schließlich von einem gewissen höflichen Gefühl für Gleichheit. Kompromisse sind hier durchaus von Uebel: man lasse prinzipiell die Herrschaster unter sich; auch sonst, wenn sie „mehr Volk“ brauchen.

Auf dem Tonkünstlerfest des Allgemeinen Deutschen Musikvereins, das vom 3. bis 7. Juni in Jena stattfindet, werden u. a. folgende Werke zur Aufführung gelangen: Der römische Triumphzug von Max Regner, der 90. Psalm von Jul. Weismann, ein achtstimmiges Siegeslied von A. S. Wolfurt und ein neues Klavierkonzert von B. Stabenhagen.

Kühl und Klinger. Max Klinger protestiert dagegen, daß sein Gemälde Pieta, das der Dresdner Gallerie gehört, ohne seine Zustimmung in die Berliner Jubiläumsausstellung gekommen ist. Da die Dresdner Gruppe von Gotthard Kühl ausgewählt wurde, ist es nicht unangebracht, daran zu erinnern, daß seit vorigem Jahre Gegensätze zwischen Kühl und Klinger bestehen dürften. Damals wurde ein Bild Klingers aus der Dresdner großen Kunstausstellung auf Wunsch eines aus sittliche Empfinden des sächsischen Hofes besorgten Ministerialrates Anall und Hall entfernt. Kühl war der Leiter der Ausstellung und beugte sich in Demut vor diesem Eingriff einer lächerlichen Hofzensur.

Diesen unheilbaren Zuständen ein Ende zu machen. Es wird er-
sucht, Zugang von Friede streng fernzuhalten.

Achtung, Arbeiter! In Hamburg streiken die Glaser aller Bran-
chen. Zugang ist streng fernzuhalten. Niemand lasse sich durch die
Angebote der Unternehmer in der bürgerlichen Presse verleiten, nach
Hamburg Arbeit anzunehmen.
Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Glaser.

Hustand.

Folgen des Krefelder Seidenfärbereistreiks.

Da den Krefelder Seidenweberbesitzern infolge des seit drei
Monaten durchgeführten Färbereistreiks nicht in angemessener Weise
ihre Färbearbeit hergestellt wurde und die von den Unternehmern
vorgeschlagene Ausperrung trotz des christlichen Vereins wirkungs-
los blieb, versuchten sie nun im Süden Deutschlands und in der
Schweiz die dortigen Färber in ihrem Interesse zu beschäftigen.
Die Schweizer Unternehmer kamen ihnen bereitwillig entgegen und
große Posten Garne wurden zum Zwecke des Färbens aus Krefeld
entgegengenommen. Anders dachten die Arbeiter. In einer großen
Anzahl sehr stark besuchter Versammlungen erklärten sie diese
Arbeit als Streikarbeit und beschloßen, die Anfertigung zu verwei-
gern. Gleichzeitig wurden Forderungen eingereicht; die Antwort
wurde bis zum 16. Mai erwartet. Die Unternehmer blieben die
Antwort schuldig. Am 17. Mai beschloß eine überfüllte Versamm-
lung, einen letzten Termin zur Beantwortung auf den 20. Mai zu
setzen. Im Falle der Weigerung sollte der Streik proklamiert
werden. Das ist jetzt geschehen. Am Mittwoch, den
21. Mai, sind in Basel und Friedingen 1200
Seidenfärber ausständig geworden. Weitere 1000
werden wahrscheinlich am Abend des genannten Tages in Zürich
den Streik beschließen. Die Stimmung unter den Streikenden ist
vortrefflich, der Geschäftsgang sehr gut. Die Arbeiter sind ent-
schlossen, bis nach Beendigung des Streiks jede Streikarbeit für
Krefeld abzulehnen. — Auch die Seidenfärber in Como (Italien)
werden die Arbeit niederlegen, sobald Streikarbeit für Krefeld
von ihnen verlangt wird.

Die Ausperrung in der holländischen Zigarrenindustrie konnte
am 20. Mai nach genau dreimonatlicher Dauer mit einem glänzenden
Sieg der Gewerkschaft beendet werden. Die Lohnforderungen, wie
die Arbeiter sie bei den Konferenzen am 8. Mai stellten, und die die
Unternehmer damals abwies, sind jetzt vollständig bewilligt. Die
Streiks in Rotterdam, Dordrecht und Gorinchem, die den Anlaß zur
Generalausperrung gaben, sind jetzt ebenfalls beendet, nachdem
sie 17 Wochen gedauert hatten. Die Ausperrung, die sämtliche
organisierten Arbeiter anheftete, hat an Unterhaltungsgebern fast 800 000 Gulden
(eine halbe Million Mark) gekostet, für holländische Verhältnisse eine
sehr beträchtliche Summe, die die Opferwilligkeit der ganzen
Arbeiterchaft beanspruchte. Diese scharfe Probe hat glänzend die in
den letzten Jahren stark gestiegene Kampfbereitschaft der hollän-
dischen Gewerkschaftsbewegung bewiesen.

Ein Lockspiegel des Großkapitals.

Ernie Mc Kanigal, durch dessen Zeugnis die Macanatas
und eine große Zahl anderer Gewerkschafter als Veranlasser von
Dynamitattentaten überführt worden sind, wobei er seine eigene
Mitwirkung an diesen Taten zugestehen mußte, soll, wenn es nicht
schon geschehen ist, dieser Tage bedingungslos freigelassen
werden. Mit dieser Mitteilung wird eine Erklärung verbreitet: ihm
sei keine Zusage baldiger Freilassung gemacht worden; er habe vor
Gericht nur, seinem Gewissen gehorchend, seine Geständnisse
abgelegt. Dabei war er der eigentliche Leiter der Dynamitattentate,
die fast alle gegen Eisenbrücken und ähnliches gerichtet waren, mer-
kwürdigerweise aber fast nur auf Eisen-Unternehmern, die mit dem
Verbande der Eisenkonstruktionsunternehmer in Differenz
waren (1), trafen. „Appeal to Reason“ spricht auf Grund genauer
Verfolgung seiner ganzen Tätigkeit die Lieberzeugung aus, daß dieser
Verräter an der Arbeiterklasse stets im Dienste des Unter-
nehmerings und des Geheimpolizisten Burns
gestanden habe. Er schließt: Die Lehre ist, daß die Anwendung
von Dynamit, die Lust zur Zerstörung und Gewalt im Klassen-
kampf unantastbar Gewinn für die Kapitalisten und Verlust für die
Streikenden bedeutet.

Gerichts-Zeitung.

Sänger und Direktor.

Die Privatklage des Operetten-Tenors Spielmann gegen den
Theaterdirektor Palfi beschäftigte gestern die 147. Abteilung des
Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Assessors Dettinger.
Der Streit ist entstanden im Anschluß an die Aufführung der
Schauspiel Operette „Das Fürstentum“. Der Komponist Lehár
hatte dem Direktor Palfi diese Operette für die Kurfürsten-Oper
überlassen unter der Voraussetzung, daß Spielmann die Hauptrolle
sänge. Darauf wurde zunächst Herr Spielmann auf einen Monat
engagiert, wie Spielmann behauptet, als Gast, wie Palfi behauptet,
als Ensemble-Mitglied. Als nun das „Fürstentum“ anstatt in der
„Kurfürsten-Oper“ im Theater „Groß-Berlin“ das Licht der Lam-
pen erblenden sollte, weigerte sich Spielmann, dort aufzutreten, da er
nicht verpflichtet sei, anderswo als in der Kurfürsten-Oper aufzu-
treten. Er lehnte es ab, auf der Probe zu erscheinen. Direktor
Palfi mußte kurz vor der Premiere schleunigst einen anderen
Sänger für die Hauptrolle engagieren. Darauf veröffentlichte Herr
Palfi in einigen Zeitungen eine Erklärung, in welcher etwa fol-
gendes gesagt wurde: Herr Spielmann habe nicht aus künstlerischen
Gründen sich geweigert, aufzutreten, sondern er habe ein Extra-
honorar verlangt, und als ihm dies in Höhe von 1000 M. geboten
worden sei, habe er dies für indiskutabel zurückgewiesen. Er,
Palfi, verzichte daher auf Herrn Spielmann, den er für kontrakt-
brüchig erkläre, da er sich geweigert habe, zur Probe zu erscheinen,
und da er — Palfi — nicht gewillt sei, sich Primadonnenlaunen
zu fügen, habe er Herrn Rosen für die Hauptrolle engagiert.
Nach längerer Beweisnahme erging das Urteil des Ge-
richts dahin: Eine formelle Verletzung liege in dem Vorwurf,
daß es sich um „Primadonnenlaunen“ handelte. Nach Ansicht des
Gerichtes sei der Kläger nach seiner Richtung hin kontraktbrüchig

geworden und der Angeklagte hatte gar nicht die Möglichkeit, an
einen Kontraktbruch zu glauben. Nach Ansicht des Gerichts spreche
sehr viel für ein Handeln wider besseres Wissen, welches Ge-
fängnisstrafe zur Folge haben mußte; das Gericht habe jedoch
die Möglichkeit angenommen, daß der Angeklagte, dem damals
das Recht an der Sache lag, im Drange der Gefühle von einer
falschen Ansicht eingenommen gewesen sein mag; es sei deshalb
nur die Nachrede im Sinne des § 186 des Strafgesetzbuches an-
genommen worden. Der Vorwurf des Kontraktbruchs sei für
jedermann, namentlich aber für einen Schauspieler, ein sehr
schwerer und bedrohe die Existenz des davon Betroffenen aufs
ungeheuerlichste; man brauche nur an die Fälle Weingartner, Rain,
Walben zu denken. Der Gerichtshof habe gar kein Bedenken aus-
gesprochen, daß der Angeklagte einen Kontraktbruch begangen habe
und ihm nur zugute gerechnet werden könne, daß er den Artikel
wohl im Zustande der Erregung geschrieben. Das Gericht ver-
urteilte den Angeklagten zu 1000 M. Geldstrafe eventuell 100 Tage
Gefängnis und sprach dem Privatkläger die Publikations-
befugnis zu.

Witterungsbericht vom 22. Mai 1913.

Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temper. in C.	Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Temper. in C.
Stolpen	765.50	SW	15	15	Dahlemburg	763.50	SW	15	11
Hamburg	762.50	SW	13	13	Berlin	767.50	SW	13	11
Berlin	765.50	SW	14	14	Frankfurt	768.50	SW	14	11
Frankfurt	768.50	SW	14	14	München	764.50	SW	11	11
München	764.50	SW	11	11	Wien	764.50	SW	11	11
Wien	764.50	SW	11	11					

Wetterprognose für Freitag, den 23. Mai 1913.
Ein wenig kühler, zunächst vorherrschend wollig mit leichtem Regen und
mäßigen südwestlichen Winden; nachher wieder aufklarend.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 21. 5.	am 20. 5.	Wasserstand	am 21. 5.	am 20. 5.
Remel, Mühl	177	-5	Saale, Großh.	144	-9
Bregel, Zisterberg	39	+2	Havel, Spanbau	30	0
Beichel, Thun	146	-8	Rathenow	6	+4
Oder, Ratibor	337	+219	Spree, Spremberg	98	0
Stößen	124	-6	Westow	80	+1
Branitz	134	-1	Wesden	186	-7
Wärthe, Schrumm	134	-12	Winden	268	+6
Sandberg	108	-8	Wilmshausen	456	0
Rehe, Borsdamm	-10	-3	Rand	241	+7
Elbe, Leimlich	1	+9	Röln	263	-4
Dresden	-183	-19	Radar, Hellbrom	85	-5
Berch	110	+3	Rain, Danau	164	+1
Magdeburg	98	+4	Rosel, Zier	120	-2

+ bedeutet Wuchs, - Fall. - ? Unterpegel. - ? Hochstand
am 20. 3 Uhr nachmittags: 380 cm.

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 23. Mai 1913.
Anfang 7 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Volks-
vorstell.: Wdh von Verliebungen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Hummelmädchen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. In den Dolomiten.
Königl. Opernhaus. Lohengrin.
(1. Akt.)
Neues Opern (Kroß). Lohengrin.
Leitung. Alt-Wien.
Deutsches. Gemischtes.
Mammerstücke. Der Arzt am Scheide-
wege.
Berliner. Filmzauber.
Königsgräber Straße. Die fünf
Kantner.
Schiller O. Geographie und Liebe.
Schiller. Charlottenburg. Hedda
Gaber.
Theater des Westens. Der
Vogelhändler.
Montis Operetten. Der lachende
Ehemann.
Deutsches Schauspielhaus. Ein
idealer Gatte.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Die lustigen
Weiber von Windsor.
Komödienhaus. Hochherrschliche
Wohnungen.
Metropol. Die Kino-Königin.
Trianon. Madame X.
Thalia. Puppen.
Luffen. Die drei Schwestern Ran-
dolf.
Rose. Krone und Fessel.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Theater am Nollendorfplatz.
Extrazug nach Nizza.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Das Jarmermädchen.
Residenz. Die Frau Präsidentin.
Krope. Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. König Krause.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Fiddlers: Flirt in
St. Moritz.
Stierwarte. Zwalbenstr. 57-62.

Berliner Theater.
Täglich 8 Uhr:
Filmzauber.
Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Kant Norden 1141.
Sommerprelle! Abends 8 Uhr:
Der lachende Ehemann.
Theater des Westens.
8 Uhr („Volksstämmliche Preise“):
Der Vogelhändler.
Sonntag 8 Uhr: Der liebe Augustin.
Kroll-Oper
8 Uhr:
Lohengrin.
(Schauspiel Frida Langendorf und
Robert vom Scheid — Lohengrin).
Sonabend: **Bajazz!** Hierauf:
Cavalleria rusticana.
Residenz-Theater.
Schluß der Spielzeit am 31. Mai.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwarz! in 3 Akten v. M. Hennequin
und A. Heber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Theater am Nollendorfplatz
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Extrazug nach Nizza.
ROSE=THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Krone und Fessel.
Anfang 8 1/2 Uhr:
Sonabend:
Napoleon Bonaparte u. seine Frauen.
Auf der Gartendüne:
Achtung! Es geht los!
Trianon-Theater.
Täglich 8 Uhr: **Madame X.**
Sonntag, 25. Mai, nachm. 3 Uhr:
Der selige Teopimel.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Berlin-Wilmersdorf.
Sonabend, den 24. Mai 1913, im Viktoria-Garten,
Wilhelmsau 114/115:
Jubiläums-Feier
anlässlich des 50 jähr. Bestehens der Sozialdemokrat. Partei.
Chorgesänge Festrede Rezitationen
Wilmersdorfer Männergesangverein Genosse M. Grünwald
Genossin Kussal
Anfang 8 Uhr Eintritt für Parteimitglieder nebst Angehörigen frei. Anfang 8 Uhr
8 1/2 Uhr, im Viktoria-Garten statt. 201/18

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachm. 4 Uhr:
Gr. Militär-Doppelkonzert
Eintritt 1 Mark,
von 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren
die Hälfte.
Jahresabonnements an allen drei
Schalterkassen.
Boigt-Theater.
Badstraße 58.
Freitag, den 23. Mai 1913:
Auf nach Amerika.
Auftr. erstklassiger Spezialitäten.
3 Uhr ab: Raffetochon.
Raffetochon 2 Uhr, Anfang 4 1/2 Uhr.

Schiller-Theater O. Wallner
Freitag, abends 8 Uhr:
Geographie und Liebe.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Moral.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Klein Dorrit.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
König Lear.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Moral.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Ein idealer Gatte

Passage-Panoptikum
Der weltberühmte amerikanische
Negerboxer
Andrea Johnson bei sein.
Training zum Kampf um die
Weltmeisterschaft.
Jon Got.
der akrobatische Schlafwandler!
Der Mann mit der eisernen Hand.
Aga, die schwebende
Jungfrau!
Alles lebend!
Alles ohne Extra-Entree!

Metropol-Theater.
Die Kino-Königin.
Operette in 3 Akten von Jul. Freund
und G. Oltonowski.
Musik von **Jean Gilbert.**
In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.
Anfang 8 Uhr.
Folies Caprice.
Die Novitäten:
• Die Bank. •
• Sein letzter Wille. •
• Der Cowboy. •
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorber. 11-2 Uhr.
Germania - Lichtspiele
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 54.
:: Vorführung ohne Filmmern ::
— Großes Theaterorchester —
Jeden Dienstag u. Freitag
Programmwechsel.
Beginn: Wochentags 6 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Stucke's
Pflingsfahrt“
Berliner
Burleske
von Meysel.
Anfang 8 Uhr.
Neue Welt
Arnold Scholz, Hasenheide 106
Täglich
Gr. Konzert u. Vorstellung.
Anf. 5 Uhr. Entree 25 Pf.
Jeden
Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag u. Sonn-
tag: **Großer Ball.**
Abonnements, Saison-
und Vorzugskarten haben
Gültigkeit.

UT
Licht-Spiele
Heute:
Alexanderpl. U. d. Linden
Moritzplatz Hasenheide
Uraufführung:
Leo Tolstols
Auferstehung
= Alleiniges =
Aufführungsrecht
für Groß-Berlin.

Richard Volz
„Eva“
im Film.
Heute Premiere!
im
Admirals-Theater
(Admiralspalast).
In den Hauptrollen:
Henny Porten
Hans Marr (Lessing-Th.)
Harry Liedtke (Dtsch. Th.)
Herm. Seidenock (Res.-Th.)
Frida Richard (Berl. Th.)
Maria Wendt (Berl. Th.)
Einzug d. fremden Fürst-
lichkeiten in Berlin.
Vorstellungen um 5. 7 u.
9 Uhr. — Vorverkauf an
sämtlich. Theaterkassen
von A. Wortheim.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Nur noch 3 Tage!
Großes Extra-Konzert!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen bei freiem
Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** Eintritt.
Brauerei Friedrichshain
Am Königsberg. Cel.: Ernst Liebing.
Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
der Norddeutschen und Apollo-Sänger
bei freiem Entree. Freitags: Frei-Konzert.

LUNA PARK
„Oceana“
Das Meisterwerk und
! 20 Sensationen 20!
Entree frei bis 5 Uhr!
Saison-Karten 3 M.

Admiralspalast.
Eis-Arena. — Allabendlich
das gr. erfolgreiche Eishockey
Flirt in St. Moritz.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
halbe Kassenspreise.
Restaurant I. Ranges.
Wein- und Bier-Abteilung.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Unserem Parteigenossen
August Uebel nebst
Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit!
Die 33. Abtheilung
des 4. Kreises.

Todes-Anzeigen

**Verband d. Brauerel- u. Mühlen-
arbeiter u. verw. Berufsgenossen.**
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Brauer
Johann Dorsch
(Berliner Stadtbrauerei)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 24. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, auf dem städtischen
Friedhof in Friedrichshagen statt.
Rege Theilnahme erwartet.
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Straßen-
bahner
Emil Schmidt
am 19. Mai im Alter von
64 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung der Leiche
findet am Freitag, den 23. Mai,
nachmittags 3 Uhr, im Kremato-
rium, Gerichtstraße, statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Chauffeur
Anton Blasse
am 20. Mai im Alter von
31 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 23. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Fried-
hofes, Weißenseer, Jänschberger
Straße, aus statt.
Um rege Theilnahme ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, die Metall-
arbeiterin
Frl. Emma Dantert
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
118/11 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Wilmsdorf.**
Am 20. Mai verstarb unser
Partei-genosse, der Bauer
August Schröter
Erdener Str. 3, Galensee.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 23. Mai, nachmittags
3 1/2 Uhr, auf dem Grunewald-
Friedhof, Bornstedter Straße, statt.
201/19 Der Vorstand.

**Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.**
Am 20. Mai starb unser Mit-
glied, der Rabitzpuder
August Schröter
(Seelig Charlottenburg).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 23. Mai, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Grunewald-Friedhofes, Born-
stedter Straße, an der Galenseer
Brücke, aus statt.
142/19 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. C 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Amt Norden 1987. Kassierer: Amt Norden 185. Arbeitsnachweid: Amt Norden 1289, 9714.
Sonntag, den 25. Mai, vormittags 10 Uhr, im Lokal
von Kobanek, „Wildauer Hof“:
Mitglieder-Versammlung
für
Wildau, Königs-Wusterhausen, Zenthen, Eichwalde,
Hohen- und Niederlehme, Schenkendorf und Umgegend.
Tagesordnung:
1. Neueinstellung der Hauskassierungsbezirke. 2. Wahl von neuen Haus-
kassierern. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen erwarten wir das Erscheinen
aller Mitglieder.
118/12 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Asphaltteure.
Ortsverwaltung Berlin.
Sonntag, den 25. Mai, vormittags 10 Uhr, im Lokal
Englischer Garten, Alexanderstr. 27c:
Versammlung
sämtlicher
Asphalt- und Betonarbeiter Berlins und Umgegend.
Tagesordnung:
1. Arbeiterlöhne und Unternehmensgewinne. Referent: Arbeiterssekretär
Hnt. 2 Diskussion.
285/20 Der Einsender.

Am 21. Mai verstarb nach
langem Leiden meine liebe Frau,
unsere gute Mutter
Anna Franke
geb. Böhm.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet morgen
Sonntag, den 24. Mai, nach-
mittags 3 Uhr, im Krematorium,
Berlin N, Gerichtstr. 37, statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Theilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters,
Schwagers und Großvaters
Eduard Kutter
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, insbesondere den
Kollegen des Verbandes der deutschen
Bauarbeiter (Zweigverein Berlin),
sowie dem Sozialdemokratischen Wahl-
verein Neukölln unseren aufrichtigsten
Dank.
14/17
Frau Marie Kutter
und Kinder.

Für die vielen Beweise der Theil-
nahme bei der Beerdigung meines
untergehlichen Mannes
Wilhelm Neundorff
namentlich dem Metallarbeiter-Ver-
bande für die Krankspende innigen
Dank.
91/17
Witwe Neundorff und Kinder.

Öeffentliche politische Versammlungen.

1863 **23. Mai:** 1913
Zur 50 jährigen Wiederkehr

des Gründungstages des
Allgemeinen deutschen Arbeitervereins
am 23. Mai 1913

laden wir die Arbeiterschaft Berlins und der Umgebung zum Besuch folgender
Versammlungen ein:

- Berlin:**
Happoldts Brauerei, Hasenheide 32-38.
Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Konzert- und Festäle, Koppenstr. 29.
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23.
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.
Germania-Brachtsäle, Chausseest. 110.
Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Roabiter Gesellschaftshaus, Wicleffstr. 24.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Schöneberg: Neue Rathausäle, Weininger Str. 8.
Neukölln: Bartsch, Hermannstr. 49.
Lichtenberg: Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee.
Pankow-Nieder-Schönhausen:
Hoznecki, Gesellschaftshaus, Kreuzstr. 3/4.
Weißensee: Bergbrauerei, Berliner Allee 211.

Anfang 8 Uhr abends.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Chorgesang: Tord Iofeson.
Prolog: Zur Gedenkfeier der Gründung des Allgemeinen Deutschen
Arbeitervereins. Von Gustav Stengels.
Vortrag: **50 Jahre deutsche Sozialdemokratie.**
Chorgesang: Die Marseillaise.
Referenten sind die Genossen Eduard Bernstein, Däumig, Dupont, Grunwald,
Saase, Seine, Sirsch, Regien, Pfaukuch, Piesk, Ritter, Scheidemann, Wiffell, Warm.
Folgende Arbeiterschöre haben ihre Mitwirkung zugesagt: „Berliner Männerchor“,
„Kreuzberger Harmonie“, „Fichte Georginia“, „Philosophische Chöre“, „Sängerabteilung I“,
„Norden“, „Gesundbrunner Harmonie“, „Verdä“, „Neu erwacht“, „Männerchor Roabit“,
„Männerchor Neukölln“, „Liedertafel Charlottenburg“, „Lichtenberger Männerchor“, „Lieder-
freunde Pankow“, „Männerchor Weißensee“, „Vorwärts-Südost“, „Liberté“, „Schöneberger
Männerchor“, „Liedertafel West“.

Verband der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins u. Umg.
Der Einsender: Eugen Ernst, Pieskenstr. 16.

1863 **23. Mai** 1913
Zur fünfzigjährigen Wiederkehr
des Gründungstages des
Allgemeinen deutschen Arbeitervereins
empfehlen wir folgende
Schriften Ferdinand Lassalles:
Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines All-
gemeinen deutschen Arbeiter-Kongresses zu Leipzig. Neue Auflage.
M. 1,- (Vereinsausgabe M. 0,40)
Arbeiterprogramm. Ueber den Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode
mit der Idee des Arbeiterstandes. M. 0,75 (Vereinsausgabe M. 0,30)
An die Arbeiter Berlins. Eine Ansprache im Namen der Arbeiter des Allgemeinen
deutschen Arbeitervereins. M. —,20
Die Agitation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und das Ver-
sprechen des Königs von Preußen. Eine Rede gehalten zu Rondorf am
22. Mai 1864. M. 0,25
Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen. Eine Verteidi-
gungsrede vor dem Königlichen Kammergericht zu Berlin gegen die Anklage: die besitz-
losen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu
haben. M. 1,50 (Vereinsausgabe M. 0,60)
Ueber Verfassungswesen. Ein Vortrag, gehalten in einem Berliner Bezirksverein. —
Was nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen. — Macht und Recht. Ein
offenes Sendschreiben. Neue Auflage. M. 1,- (Vereinsausgabe M. 0,50)
Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner
Kriminalgericht gegen die Anklage: die besitzlosen Klassen zum Haß und zur Verachtung
gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. M. 1,- (Vereinsausgabe M. 0,40)
Meine Assisen-Rede, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen
die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königl. Gewalt aufgereizt zu haben. M. 0,40
Herr Bastiat Schulze v. Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital
und Arbeit. Mit einem kritischen Vorwort von Ed. Bernstein. Brosch. 1,50, geb. M. 2,-
u. a.
Ferner empfehlen wir
Lassalles Jugendbildnis
in farbigem Lichtdruck. Bildgröße 17 x 23 cm. M. 3,-
Auch gerahmt am Lager.
Berlin SW. 68 **Buchhandlung Vorwärts** Lindenstr. 69.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.
Filiale Groß-Berlin.
Sonntag, den 25. Mai 1913, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschafts-
hause, Engelufer 15 (großer Saal):
Allgemeine Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht der Lohnkommission und weitere Beschlußfassung über unsere
Tariffbewegung.
2. Verschiedenes.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß die Kollegen der gesamten Filiale
zur Stelle sein müssen. — Ohne Mitgliedsbuch keinen Eintritt.
192/10* Der Vorstand.

Arbeiter! Anarchisten! Sozialisten! Proletarier!
Heute, Freitag, den 23. Mai 1913, abends 8 1/2 Uhr,
bei Boeker, Weberstrasse 17
Große öffentliche
Protest-Versammlung
Tagesordnung:
Der Zarenbesuch in Deutschland.
Referent: Fritz Köster. 9096
Freie Aussprache!
Der Unterzeichnete richtet an die Berliner Arbeiterschaft das Ersuchen, in dieser Ver-
sammlung zu erscheinen.
F. A.: Rudolf Destréich.
Die Firma Nauck & Hartmann hat den Säulenanschlag verweigert.

JUNO

2 Pfg.

QUALITÄTS CIGARETTE



Josef

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann
 der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Berlin 49, Arbeitskleidung - Berufskleidung.
 Größtes Spezialgeschäft dieser Art.
 Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.
 Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

2. Preussisch-Süddeutsche (288. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 11.ziehungstag 22. Mai 1913 Donnerstag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Vore gleicher Nummer in den beiden Abteilungen A u. B.

Nur die Gewinne über 240 R. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr K. St. A. f. S.) (Nachdruck verboten)

250 883 (500) 774 803 969 (500) 1090 272 302 20 47 689
 849 902 31 96 2007 93 107 279 94 (500) 301 3 89 439 81 637 86
 701 48 (1000) 73 3103 10 257 337 748 4089 287 417 55 578
 608 45 (1000) 65 85 653 5090 41 (500) 474 (1000) 82 612 936
 6123 52 55 387 671 85 780 7153 359 409 (3000) 11 26 90 734
 67 894 8050 258 880 631 53 89 783 (8000) 915 44 57 9064 100
 82 325 59 303 33 45 434 47 608 965 (500)
 10785 (5000) 280 614 688 853 96 94 11004 102 238 (10 000)
 450 55 559 82 779 (1000) 940 940 (3000) 98 1262 222 45 307
 (3000) 470 75 600 684 967 13056 (1000) 291 315 63 564 196
 967 141 65 206 465 831 948 15109 45 203 72 84 490 895 727
 32 (1000) 45 18189 (1000) 394 445 705 24 42 (1000) 897 951
 1710 49 332 478 (500) 651 681 773 901 95 18089 150 72 213
 27 79 351 461 742 923 98 10229 150 528 88 727 62 60 627 335
 89 (1000)
 2034 88 120 (500) 746 868 81 934 21017 87 (1000) 205
 99 73 433 89 830 29 (500) 97 985 (3000) 22017 87 (1000) 171
 688 62 942 85 23042 371 434 98 707 14 965 24040 104 48
 70 415 (3000) 47 678 721 (500) 28243 891 98 202 15 19 846
 (1000) 969 26198 (3000) 367 773 827 913 29 63 (500) 27055
 (1000) 124 87 212 (5000) 385 425 606 748 972 28032 37 100
 213 62 342 97 422 82 88 800 27 (5000) 73 897 837 42 (500) 60
 79 84 92 21 57 98 26080 209 27 351 85 (1000) 401 20 21 87
 (3000) 725 87 859 98 988 (1000)
 30347 443 550 727 31196 240 (1000) 304 9 32070 (3000)
 77 91 23 118 535 437 97 627 52 (3000) 715 85 642 (1000) 33142
 201 355 408 20 750 (3000) 857 613 34694 267 400 28 87 839
 689 35011 85 93 191 328 405 54 60 559 633 1749 846 36054
 (1000) 115 817 48 440 43 628 (3000) 787 84 811 (500) 913 37697
 54 139 960 88 880 351 89 693 870 815 39010 37 53 64 177
 318 427 676 701 823 86 937
 48055 64 123 29 62 206 82 340 45 (500) 51 76 (3000) 552
 70 (1000) 882 977 41611 27 704 (3000) 6 541 42051 242 43
 368 527 718 44 61 842 430115 45 113 57 63 316 309 603 962
 44602 368 689 732 85 942 72 45007 253 59 354 481 812 82
 636 63 46286 330 (500) 485 92 (1000) 854 877 749 901 88
 47092 328 319 37 483 64 561 629 879 992 48181 63 274 328
 618 57 675 (3000) 733 (500) 49158 (500) 201 619 99 654 723
 890 975 78 95
 50150 82 232 302 20 624 50 64 (500) 873 89 51175 848
 73 78 (1000) 680 659 79 726 92 25 (1000) 52050 285 557 80
 639 53221 401 619 (500) 719 81 942 54026 77 208 (500)
 842 652 65 787 911 54 56086 259 96 322 487 671 56166
 446 619 59 719 41 (1000) 99 921 78 57039 109 49 485 802
 741 65 808 52156 (1000) 418 621 644 750 777 57 (500)
 59045 61 77 50 155 77 256 65 308 22 45 491 95 821 866 90 936
 59050 512 603 36 70 758 73 (500) 967 61230 62 92 477
 600 712 48 66 922 62049 349 (500) 89 (1000) 402 63263
 483 619 831 65 64029 100 54 204 474 528 41 (1000) 309
 (10000) 48 89 85005 30 68 133 63 77 90 204 726 849 92
 65 915 66 68108 99 433 676 650 730 941 67 71 67021 355
 (1000) 418 29 621 711 67 894 966 68040 183 311 (500) 789
 881 910 60700 149 70 364 623 688 867 (500)
 7015 64 545 579 720 (3000) 87 (500) 812 24 945 (500)
 75 (3000) 69 71775 879 89 943 (1000) 72015 21 50 110 (3000)
 242 49 53 294 (500) 495 503 63 84 730 77 814 73212 635 29
 611 74078 89 (500) 192 474 99 621 904 28 89 75184 254 (500)
 65 91 (500) 513 (500) 39 619 (500) 67 879 924 76007 24 174
 220 616 24 73 764 808 (5000) 95 867 85 85 77055 101 8 61 85
 403 38 655 78719 106 211 22 442 534 715 811 611 25 719 205
 (1000) 430 34 515 785 946
 80011 38 95 168 224 326 402 694 721 41 80 84 894 911 20
 81077 (1000) 258 322 (500) 81 607 8 78 (3000) 630 768 969 (3000)
 82208 306 43 478 607 684 707 812 910 83153 376 (1000) 96
 447 92 (500) 840 972 84048 123 (1000) 347 79 404 900 973
 85095 114 42 219 439 70 501 85 783 66 978 88031 73 93
 828 74 443 47 82 688 606 1867 87087 (3000) 238 441 62 897
 88014 189 205 304 826 (1000) 969 73 89085 281 359 (1000)
 765 891 924 61
 90011 117 36 47 (500) 483 (500) 602 40 755 803 01048
 158 223 68 607 92207 75 444 89 933 89304 414 (1000)
 680 79 648 804 84183 204 46 302 (3000) 662 889 95149 214
 444 550 819 743 875 96150 350 613 843 949 97084 564
 607 11 820 98050 89 449 74 571 664 836 89130 287
 360 (500) 81 478 835 72 649 (500) 78
 100121 26 671 643 771 85 101002 155 53 268 345 447
 65 67 543 (3000) 79 87 673 729 14 870 (10000) 71 102079
 257 428 626 72 69 810 980 103000 23 (500) 259 70 395 676
 62 890 905 94 104257 338 548 (5000) 89 901 60 105210 398
 435 98 (500) 606 70 512 35 95 106077 90 109 (1000) 11 20

2. Preussisch-Süddeutsche (288. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse 11.ziehungstag 22. Mai 1913 Donnerstag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Vore gleicher Nummer in den beiden Abteilungen A u. B.

Nur die Gewinne über 240 R. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr K. St. A. f. S.) (Nachdruck verboten)

83 (500) 222 500 53 705 (5000) 959 79 107044 58 444 (1000)
 71 (1000) 641 678 (1000) 726 504 (30000) 960 108387 104
 30 31 93 932 109004 350 438 62 618 617 54 765 68 (1000)
 620 992
 110023 89 238 66 523 59 645 47 87 728 96 907 35 11143
 (1000) 282 67 308 007 23 112995 86 484 888 411 (500) 83 727
 55 92 927 113112 (500) 305 642 90 676 (500) 748 87 114032
 132 46 685 602 (1000) 10 681 115 034 240 280 839 427 89 (500)
 763 (5000) 827 981 116000 821 29 117162 (500) 62 226 (500)
 335 444 63 658 810 (3000) 49 832 118389 38 44 504 629 569 73
 119219 318 72 442 734 855 932 42
 120149 95 371 482 880 (500) 840 789 82 121022 341 430
 629 (500) 75 300 844 936 122108 237 52 308 (500) 626 (500)
 83 739 897 123110 483 689 826 - 124117 242 315 659 891
 125010 240 47 329 449 626 38 64 825 850 (1000) 128329 549
 83 719 63 127003 212 617 49 708 11 128317 (1000) 71 424
 616 81 658 730 598 129108 46 534 637 985
 130005 302 410 93 515 85 735 868 130135 120 99 362
 460 (500) 529 751 497 132264 367 (1000) 400 56 536 47 685
 133475 621 671 638 56 996 134023 23 (500) 233 628 832
 (500) 90 135081 140 84 435 55 629 817 (3000) 136130 249
 (500) 328 447 91 644 801 983 137033 104 207 20 62 334 539
 72 98 621 795 849 138004 68 94 311 45 404 22 87 727 811
 902 35 139380 47 (500) 85 400 91 95 (1000) 733 40 926 64
 140198 391 423 (1000) 80 (3000) 698 (1000) 43 98 720 824
 141034 386 (500) 431 519 83 (3000) 602 28 59 802 940 142022
 55 101 23 277 519 604 70 97 818 931 97 143056 29 126 (500)
 325 35 (10000) 404 17 525 97 887 761 144044 108 63 237
 75 440 49 55 357 675 778 969 145000 (3000) 113 317 (500)
 433 97 568 146089 189 312 53 654 827 83 (500) 147076 333
 74 446 86 696 920 30 148226 74 347 (500) 629 96 348 (1000)
 963 149123 74 18 322 425 (500) 703 (1000) 890
 150131 250 598 749 151205 407 663 751 53 809 152348
 694 (500) 933 153015 136 470 671 646 863 154077 154 254
 341 403 25 829 629 155007 200 396 655 763 65 994 156138
 289 333 437 695 756 (500) 989 157103 277 (500) 313 39 57
 (3000) 491 606 895 900 43 158157 85 265 627 628 159046
 223 447 654 655 65 82 720 561 (1000) 936 64
 160403 161066 (500) 258 94 (500) 359 443 81 (3000) 814
 (500) 55 681 799 162045 335 40 14 (500) 93 407 23 89 881
 (500) 810 163111 62 374 806 74 164029 404 49 99 883 91
 682 742 (500) 83 876 830 165000 20 95 94 198 590 81 698
 753 804 166020 185 (1000) 69 300 490 663 (500) 773 884 89 91
 167001 174 238 45 66 394 489 (3000) 713 78 850 948 88 60
 168214 418 (1000) 509 707 14 79 93 898 904 (3000) 20 169027
 225 41 341 617 893 (500) 949
 170159 361 (3000) 687 86 76 825 960 (1000) 171211 35
 510 673 854 85 172020 82 179 341 893 (3000) 685 718 959 930
 60 173255 393 445 60 855 896 957 174026 197 324 481
 175169 328 (500) 667 (500) 610 84 744 872 963 (1000) 99
 176154 245 85 327 (1000) 431 89 620 748 70 939 93 (500)
 177382 (500) 64 392 403 571 839 769 818 178181 83 278 725
 37 811 179585 113 60 209 308 40 421 571 87 606 766 843 913
 180011 (500) 83 184 304 822 (500) 737 44 88 887 913
 181333 417 637 (3000) 45 724 43 95 958 182221 28 341 487
 648 (1000) 748 183245 315 522 23 65 714 833 906 184146
 264 456 82 667 623 913 74 185214 344 444 92 500 636 38
 724 802 600 62 982 186008 134 50 72 82 384 65 430 530
 44 710 20 904 187075 269 584 854 188088 186 337 48 69
 689 613 (1000) 880 159 158 289 421 (500) 805 765 803
 190019 (500) 88 326 422 71 683 (1000) 690 (500) 818 (1000)
 20 298 190165 263 351 620 718 61 90 (500) 808 908 192038
 182318 230 876 95 641 49 90 193262 425 27 807 842 (1000)
 67 194387 93 404 25 663 808 14 919 195055 314 37 536 20
 732 658 61 922 196499 581 741 83 827 (500) 70 (3000) 79
 63 (500) 903 8 197125 (1000) 681 66 643 51 (500) 714 73 847
 198295 57 91 924 669 799 (3000) 839 199037 94 323 85
 820 945
 200200 44 65 638 657 20158 349 (1000) 69 725 (500)
 65 813 829 (500) 202053 66 195 407 77 (500) 90 238 (500)
 647 76 (3000) 203187 45 349 443 691 693 69 84 928 57
 204024 463 83 516 621 781 - 205003 65 97 142 200 402 832
 622 723 24 328 206093 98 1014 (500) 12 27 66 7 540 (500)
 607 70 207038 115 892 770 826 33 340 72 208190 (1000) 99
 209150 (500) 209146 291 (500) 342 60 634 902 77 (500)
 210009 63 464 594 20 39 71 638 47 (1000) 732 563 911
 (500) 21182 (1000) 322 485 88 508 (1000) 618 (3000) 32 735
 681 969 212174 325 80 435 517 (3000) 723 65 96 213296
 628 616 213063 83 516 621 781 - 214003 63 89 97 142 30 688 73 681
 (1000) 138 57 82 223 30 300 47 485 678 88 216086 (500) 134
 41 212 62 361 403 78 (5000) 633 89 798 826 976 217155
 304 300 (500) 610 91 718 76 627 83 908 22 325 218106 8 309
 78 441 88 606 824 33 76 884 210051 110 84 236 (500) 72 (500)
 322 60 780 873 76 81 903 40
 220102 248 81 83 406 36 64 613 88 (500) 723 000 69
 221069 (500) 107 32 33 37 225 341 633 45 222005 60 107 10
 (500) 212 41 70 50 360 54 90 400 80 616 95 838 84 78 989 223062
 89 212 (3000) 305 405 631 876 702 12 224040 61 296 387 92
 877 948 (1000) 80 225096 282 630 88 967 911 29 226009 87
 240 402 (1000) 794 937 22732 127 (1000) 37 229 309 823 625
 70 745 65 824 82 859 89 228011 62 354 438 644 759 805 15
 30 (1000) 93 956 67 229000 225 429 630 (500) 909 18 104099
 230103 269 67 426 (500) 521 426 683 67 713 27 559 231016
 33 192 19 227 318 484 706 87 890 232074 202 88 333 61
 635 64 62 817 827 926 233650 640 45 735 697 (500)

Arbeiter - Radfahrer - Bund Solidarität.
 Gau IX, Bez. 21.
 Der Sammelkart der Gruppen am Sonntag zum
Bezirksfest
 im Café Bellevue, Rummelsburg, Hauptstr. 2, findet um 2 Uhr nachmittags in Richtenberga, Frankfurter Chaussee 128, „Zum Kronprinzengarten“ statt.
 Zahlreiche Beteiligung wünsch!
 Die Bezirksleitung.
 11/3

Tischler - Verein.
 Sonntag, den 25. Mai:
Herrenpartie
 nach dem Blumental.
 Abfahrt früh 7 1/2 Uhr vom Schießplatz Bahnhof bis Strausberg.
 Zahlreiche Beteiligung wünsch!
 Der Vorstand.
 9136

Prov. Brandenburg.
 An freundl. Kleinstadt gel., seit 40 Jahren in derselben Familie befindl.
Gasthof
 inkl. kompl. Inventar, 2 Galtz, schöner Saal m. Bühne, 8 Fremdenzimmer, Stammlokal d. Gewerkschaft u. Vereins. Ferd. Bl. 90 000.-, Angebl. R. 20 000.-, Bier ca. 120 hl. Branntwein ca. 3000 l. Nebenmiete f. Wohnhaus R. 1500.- p. a. Schöner Restaurationsgart., Stadlg. 10. Rüdersd. durch 806/12
 Eckenberg & Co., Hannover.

Schmöckwitz, Wald-Idyll
 hält sich den besten Vereinen, Gewerkschaften und Schulen bei Ausflügen bestens empfohlen.
 Tel.: Zentr. 31. Inh.: Ernst Noack.
35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt in der **Möbelfabrik**
 H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
 kein Laden Tel.: A. III, 5157
 kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - eigene Tischlerei und Polstererei. - Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Troffläschen
 mit Brut verlichtet radikal Radomachers Goldgeist, ges. gesch. Nr. 75198. Geruch - farblos. Beinhält die Kopfhaut v. Schuppen, Geruch d. Haarwachs, verhilft, Zuzug von Parasiten. - Wichtig für Schulkinder, Tausende v. Anerkennungen. Fl. à 0.50 u. 1.00 M. In Apotheken und Drogerien. Man wende Nachahmungen zurück u. schie genau auf Namen:
Goldgeist!
Engelhardt
 Special Hell
 Flasche 10 Pf. Ueberall käuflich
 Ein Qualitätsbräu

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In Schloß Schönholz N.-B. findet vom 25. Mai bis Ende Juni ein Schützenfest statt. Da nun von dem Festler sowie von den Schautellern des Schützenplatzes viel Klammerei gemacht wird, machen wir darauf aufmerksam, daß das Lokal Schloß Schönholz nebst Festwiese der organisierten Arbeiterschaft beharrlich verweigert wird.

N.B. Die neue Adresse des Genossen Veiersdorf, Lokal-Kommissionsmitglied des IV. Kreises, ist jetzt Lütthauerstr. 14, Laden. Die Lokalkommission.

In Neu-Geversdorf N.-B. das Lokal „Feldschützen“, Inhaber P. Burchard, Buch-Bernauer Chauffeur.

In Rantow T.-B. das Lokal Seehäuser, Joh. Rud. Giegl, Kaiser-Wilhelmstr. 84 (früher Doms Festhalle).

N.B. Die neue Adresse des Genossen Veiersdorf, Lokal-Kommissionsmitglied des IV. Kreises, ist jetzt Lütthauerstr. 14, Laden. Die Lokalkommission.

2. Berliner Landtagswahlbezirk. Zu den Stichwahlen wollen sich die Genossen vom 1. Reichstagswahlkreis bei Weichardt, Grünstraße 21, 9-12 Uhr, einfinden. Von Berlin II, 3. Abteilung bei Lehmann, Mödenerstr. 138a, 5-8 Uhr. Von Berlin II, 4. Abteilung bei Rothmann, Wilhelmstr. 118, 5-8 Uhr.

Johannisthal. Sonnabend, den 24. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lindenhof eine Gedächtnisfeier an die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins statt. Das Programm besteht aus Gesang, Prolog, Rezitationen und einer Festrede des Genossen Tarnow.

Schmargendorf. Morgen Sonnabend, im Restaurant Waldlater, Barnmünder Straße 14/15: Laffalfeier. Eintritt inklusive Tanz 25 Pf.

Ober-Schöneweide. Heute Freitag, den 23. Mai, finden die Stichwahlen für die Wahlmännerwahlen statt. Viermal stehen wir in der 1. Abteilung und zweimal in der 2. Abteilung in Stichwahl. Für die 1. Klasse kommen die Bezirke 6, 9, 10 und 12 in Betracht, für die 2. Klasse die Wahlbezirke 8 und 14.

Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, muß es uns möglich sein, diese Bezirke noch zu erobern. Die Parteigenossen mögen sich zahlreich zu den Wahlarbeiten zur Verfügung stellen.

Rudow. Am Sonntag nachmittags 5 Uhr bei Palm: Wahlvereinsversammlung.

Bernau. Morgen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Salzmann, Waddorfer Straße: Mitgliederversammlung.

Berliner Nachrichten.

Die Wahlmännerstichwahlen

und einige Neuwahlen finden in Berlin am heutigen Freitag statt. Und zwar wählt die zweite Abteilung von vormittags 9 bis mittags 12 Uhr; die erste Abteilung von nachmittags 1 bis 2 Uhr und die dritte Abteilung von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr.

Die Parteigenossen werden ersucht, nicht nur für rege Beteiligung an den Stichwahlen Sorge zu tragen, sondern auch soweit irgend möglich, dem Ersuchen der Wahlkomitees auf Leistung von Wahlhilfe Folge zu leisten. Insbesondere ersucht das Komitee im 12. Bezirk die Genossen des Wedding und der Schönhauser Vorstadt um rege Beteiligung an den Wahlarbeiten. Gerade im 12. Bezirk kommt es auf jede Wahlmanns-Stimme an!

1863 - 1913.

Am 23. Mai feiert die deutsche Arbeiterschaft die fünfzigjährige Wiederkehr des Tages der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Am 23. Mai 1863 legte die Arbeiterklasse Deutschlands das Samenorn zu seiner politischen Organisation. An diesem Tage betrat sie den Weg, den sie bisher rüstig vorwärts geschritten ist, und der die politische Organisation und den politischen Einfluß des deutschen Proletariats auf ihre gegenwärtige Höhe gebracht hat.

Der Erinnerung an diesen Tag muß der 23. Mai 1913 geweiht sein. Wir gedenken der großen historischen Tat Ferdinand Lassalle's, die die Politik des deutschen Proletariats von jedem bürgerlichen Einfluß befreite, gedenken der ersten Schritte einer selbständigen proletarisch-sozialistischen Politik.

Die Groß-Berliner Parteiorganisationen begehen den Tag durch Abhaltung von 14 Versammlungen. Eindrucksvolle Gedächtnisreden und Chorgesänge sowie der Vortrag eines Prologes werden den Abend ausfüllen. Wir hoffen, daß die Genossen durch Massenbesuch der Feier auch äußerlich die Wucht verleihen, die ihr gebührt.

Näheres über die Versammlungen erfahren die Genossen aus dem Inserat in dieser Ausgabe des „Vorwärts“.

Die Stadtverordnetenversammlung

begrüßte gestern den neugewählten Stadtmedizinalrat Dr. Weber. Lange genug hat es gedauert, bis endlich der Posten eines Stadtmedizinalrats geschaffen wurde. Unter denen, die den heftigsten Widerstand geleistet hatten, ist Stadtrat Dr. Straßmann, der bisherige sogenannte „Chef“ des Gesundheitswesens der Stadt. Ihm wurden gestern in den Reden, mit denen der Oberbürgermeister Wermuth und der Stadtverordnetenvorsteher Stellvertreter Caspel den Stadtmedizinalrat bewillkommneten, allerlei Komplimente gesagt. Wird ihm das die bittere Pille versüßen?

Das Projekt der Umgestaltung des Paviersviertels hinter der Universität lag zur ersten Beratung vor. Es fand grundsätzliche Zustimmung bei allen Gruppen der Versammlung, wurde aber zur näheren Prüfung einem Ausschuss übergeben. Auch die sozialdemokratische Fraktion erkannte die Notwendigkeit der geplanten Umgestaltung aus sachlichen Gründen an, die unser Genosse Heimann darlegte. Die höfische Verbrämung des Projektes, durch die es in der Vorlage den Schein einer Jubiläumsgabe für den Kaiser erhielt, wurde von unserem Redner scharf abgelehnt. Genosse Heimann forderte, daß die Zustimmung der Gemeindebehörden geknüpft werde an klar formulierte Bedingungen, durch die das Zustandekommen des Straßenbahntunnels an der Universität gesichert und der Entschädigungsanspruch der Universitätsbehörde beseitigt wird. Im Ausschuss wird sich zeigen, ob der Stadtfreisinn dafür zu haben ist, daß die „Jubiläumsgabe“ diese allerdings ganz und gar nicht höfischen Zutaten erhält.

Die Sitzung fand ein vorzeitiges Ende, weil auf 8 Uhr die im Rathaus zu veranstaltende Gedächtnisfeier für Richard Wagner angefangen war. Die Vorlage,

die die Stadtverordneten um ihre Zustimmung zu dieser Feier ersuchte, war erst im letzten Augenblicke als Nachtrag eingegangen. Verhandelt wurde darüber zu einem Zeitpunkt, an dem die auf fünf öffentlichen Plätzen veranstalteten Konzerte, die einen Teil der Feier bildeten, bereits vorüber waren. Genosse Zubeil bemängelte, daß zu diesen Konzerten nicht die schwer um ihre Existenz kämpfenden Zivilmusiker, sondern wieder mal die üblichen Militärmusikanten herangezogen worden sind. Bürgermeister Reicke antwortete mit einer Erklärung, die keineswegs befriedigen konnte.

Der städtische Fleischbezug.

Die Fleischsteuerungsdeputation nahm am Donnerstag den Bericht des Ausschusses über die Einfuhr und den Vertrieb des russischen Fleisches entgegen. Die ungewöhnlich warme Bitterung im April hatte manche Schwierigkeit beim Bezug des Fleisches zur Folge, da die neuen russischen Kühlwagen, die jetzt in Betrieb sind, noch nicht zur Verfügung standen. Gleichzeitig machte sich auf dem russischen Markt eine Preissteigerung des Schweinefleisches geltend, die durch außergewöhnliche Käufe von Schweinen durch England verursacht wurden, aber voransichtlich nicht von Dauer sein werden. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Deputation beantragten, daß der Magistrat sofort an die Regierung mit dem Gesuch herantreten soll, bis zum 31. August d. J. d. h. während der voraussichtlichen Hitzeperiode, anstelle des russischen Schweinefleisches die Einfuhr lebender Schweine unter den nötigen Vorsichtsmaßnahmen nach der Seuchenabteilung des Berliner städtischen Vieh- und Schlachthofes zu gestatten. Dieser Antrag wurde angenommen. Die Beschaffung über den Weiterbezug von Fleisch soll in einer am 5. Juni abzuhaltenden Deputations Sitzung erfolgen.

Anstellungsnot.

Wie Pilze schießen die Ausstellungen aus dem Boden. Das vorige Jahr brachte in den Hallen am Zoo die Ausstellung „Die Frau“ und erst dieser Tage hatten sie an demselben Orte die Ausstellung „Das Kind“. Beide Veranstaltungen sind über den Dilettantismus mit einem starken Stich ins Unsoziale nicht hinausgelangt. Und schon rührt es sich, um im kommenden Herbst wieder in den Zoohallen eine Ausstellung „Im Reiche der Hausfrau und Mutter“ zu veranstalten. Wird es ein Abklatsch der ersteren beiden Ausstellungen oder etwas Neues und wirklich Soziales werden? Man braucht sich nur die Veranstalter anzusehen, um auch für dieses Schaulust nichts Besonderes zu erwarten. Die Idee geht aus von dem „Deutschen Mütterbund“, der früher unter dem Titel „Mütterkonferenzen“ auftrat, in Verbindung mit dem Vina Morgensternschen Berliner Hausfrauenverein. Vereine wie der „Bund für Muttererziehung“ und ähnliche scheinen sich wohl in Erkenntnis der Ueberfüllung fernzuhalten. Die Mütterkonferenzen haben bei Arbeiterfrauen keinen Beifall gefunden, und sie wollen das auch gar nicht, da an der Spitze des Deutschen Mütterbundes Personen stehen, die trotz aller idealen Mägen für das Volk und seine Bedürfnisse, sein Leben und sein Glend, wenig oder gar kein Verständnis haben. So ist ein Programm mit allerhand Wohlthatigkeitsgerinnen in Samt und Seide von vornherein gegeben.

Die öffentlichen Wagnerkonzerte.

die gestern auf Veranlassung des Berliner Magistrats in verschiedenen Gegenden der Stadt auf Plätzen veranstaltet wurden, wiesen einen derartigen Andrang auf, daß der gewollte Zweck leider nicht so erreicht wurde, wie das wienschenswert gewesen wäre. Die auf 66 Mann verstärkten Militärmusikanten, die ausschließlich Wagner-Kompositionen spielten, waren überall von Tausenden von Menschen umlagert. Auf dem Kreuzberg herrschte ein fast lebensgefährliches Gedränge. Schon lange vor Beginn des Konzerts war der Platz vor dem Denkmal sowie die Treppen und das Plateau desselben von einer vieltausendköpfigen Menschenmenge besetzt, die andachtsvoll den Klängen der Wagnerischen Musik lauschte. Gegen 5 1/2 Uhr wurde der Andrang so stark, daß der diensthabende Polizeioffizier die höher gelegenen Zugänge sperren ließ. Im Friedrichs- und im Humboldthain waren Zehntausende anwesend. Es herrschte ein derartiger Andrang, daß viele Frauen und Kinder infolge des Gedränges ohnmächtig wurden und nach der Unfallstation gebracht werden mußten. Eine Anzahl Zuhörer hatten die Bäume bestiegen, um von hier aus besser hören zu können. An eine Ordnung war kaum zu denken, so daß das Konzert außerordentlich beeinträchtigt wurde.

Berlin im Zeichen der Absperrungen.

Seit Mittwoch sieht Berlin im Zeichen der Absperrungen und noch ist das Ende nicht abzusehen. Tief in das Verkehrsleben Berlins schneidet diese Maßregel ein, die getroffen ist, um die Hochzeitsgäste des Kaisers von den Bahnhöfen nach dem Schloße einholen zu können. Wer von dieser polizeilichen Anordnung nicht rechtzeitig informiert war, mußte bald gewahr werden, daß Berlin am Mittwoch in zwei Hälften gerissen war. Vom Schloße bis zum Lehrter Bahnhof, wo das englische Königspaar erwartet wurde, waren dichte Polizeiketten gezogen, die den Uebergang des Publikums verhinderten. Der Fahrverkehr war unterbunden. Passfahrwerke war es verwehrt, die gesperrten Straßen zu befahren und Waren abzuladen. Der Personenverkehr wurde umgeleitet. Große Verzögerungen in der Ankunft an den Arbeitsstätten waren die Folgen dieser Polizeimaßnahme. Am Donnerstag wurden die Absperrungen bereits vom frühen Morgen ab noch strenger und auf noch längere Zeit als am Mittwoch durchgeführt. Es war die Ankunft der Cumberlander, der Großherzogin von Baden sowie anderer Fürstlichkeiten, und schließlich die des russischen Kaisers angekündigt worden. Diesmal nahmen die Absperrungen ihren Anfang vom Anhalter Bahnhof, die königgräber Straße entlang, durch das Brandenburger Tor und endete am Lustgarten. Die Gassen, die sich am Anhalter Bahnhof zum Gurotskreuz eingedreht hatten, wurden bald fortgesetzt. Die russische Geheimpolizei trat in Funktion. Kur Passierkarten, die vom russischen Generalkonsulat gegengezeichnet waren, wurden von der Polizei beachtet. Bald war der Platz vor dem Anhalter Bahnhof menschenleer. Am Brandenburger Tor, Porzellanplatz und am Lustgarten wurde gleichfalls eingeräumt, und selbst die vom Polizeipräsidium ausgestellten Karten wurden nicht überall mehr respektiert. Das „Publikum“ unter den Linden bestand bald nur noch aus Soldaten, deutschen und russischen Polizeibeamten in Uniform und in Zivil. Selbst die Häuser der Häuser wurden von der Polizei scharf beobachtet. Unter diesen Vorsichtsmaßnahmen erfolgte der Einzug des russischen Kaisers in Berlin und wie das offizielle Telegrammbureau zu berichten weiß, unter Hochrufen des „Publikums“, das doch im wesentlichen nur aus Polizeibeamten bestand. Am Abend aus Anlaß der Salovorstellung im Opernhaus legte die Absperrung erneut in scharfer Weise ein. Die russische Polizei hatte gestern in Berlin eine Art Vortritt und übte es gemeinsam mit der preussischen Polizei prompt aus. Auch ein Zeichen der Zeit, daß russische Polizisten auf deutschem Boden ihrem „Handwerk“ nachgehen. Das

Wisträuben der russischen Polizei in Herrn v. Jagow scheint uns vollkommen unbegründet.

In weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung herrscht über diese rigorosen Absperrungsmaßnahmen eine außerordentliche Erbitterung und Empörung, weil diese Anordnungen eine schwere Schädigung des Berliner Erwerbslebens bedeuten. Bezeichnend für den Tiefstand der Berliner Presse ist die Tatsache, daß kein Blatt es wagt, gegen die Polizeimaßregeln energisch aufzutreten. Vielmehr überbieten sich die Berliner Blätter, die offiziellen Empfangsberichte mit allem Drum und Dran in der breitesten Weise wiederzugeben und die Leser in patriotische Entzückung ob des zahlreichen kaiserlichen Hochzeitsbesuches zu versetzen. Bedauerlich ist nur, daß es noch viele Tausende von Arbeitern gibt, die Leser dieser würdelosen Presse sind.

Abholzungen in der Wuhlsheide.

Der Magistrat von Berlin veröffentlicht folgende Erklärung: Die Stadt Berlin hat im Jahre 1911 vom Fiskus die Wuhlsheide in einem Umfange von 527,30 Hektar zum Preise von rund 20 Millionen Mark erworben, um dort ein weiteres Grundwasserwerk anlegen zu können. Dabei hat die Stadt die Verpflichtung übernommen, einen Teil von 125 Hektar als Volkspark zu erhalten, während der übrige Teil, soweit er nicht für das Wasserwerk gebraucht und von der Staatsbahn in Anspruch genommen wird, zu Bewohnungszwecken verwertet werden kann. Die Arbeiten für die Anlage des Wasserwerks sind inzwischen in Angriff genommen worden. Die damit verbundenen Abholzungen haben in der Bevölkerung einiger Vororte an der Obersee nach Zeitungsnachrichten eine gewisse Unruhe hervorgerufen. Die Vorwürfe, die aus diesem Anlaß gegen die Stadt erhoben worden, sind nicht gerechtfertigt. Es sind für die Brunnen- und Hochleitungen des Wasserwerks nur drei parallel laufende etwa 2 Meter breite Streifen von Osten nach Westen durch die Wuhlsheide freigelegt worden, eine Fläche, die im Verhältnis zur Größe der Wuhlsheide als ganz unbedeutend bezeichnet werden muß. Der diese Streifen überquert, wird kaum diese schneifenartigen Durchbrüche bemerken. Nach Beendigung der Arbeiten werden die freien Flächen wieder bepflanzt. Außerdem muß allerdings von dem Fiskusbestand des Waldes ein Teil der Art zum Opfer fallen, da er durch die Rauchbelästigungen der umliegenden Industrieanlagen unsehbar dem Untergang geweiht ist. Daß die Eichenbäume und das Unterholz, welche nicht gefährdet sind, erhalten bleiben, ist selbstverständlich. Im übrigen erfolgt eine Abholung nur, soweit sie nach forstwirtschaftlichen Grundsätzen geboten ist. Es sei schließlich noch bemerkt, daß die Stadt Berlin nicht beabsichtigt, auch den Teil der Wuhlsheide, welchen sie der Bewohnung erschließen könnte, für die Bewohnung freizugeben. Die städtische Forstverwaltung läßt es sich natürlich angelegen sein, durch Anpflanzungen und Anlagen die Wuhlsheide zu verbessern und zu verschönern. Die Bewohner der Vororte werden sich also noch lange des Waldes erfreuen können, den die Stadt Berlin hier nicht in letzter Linie für sie unterhält.

Die Leiche des Bildhauers Jenni gelandet.

Zu dem Schredrama in Steglitz, wo, wie wir vor einigen Tagen berichteten, der Bildhauer Jenni, Wismarstraße 2, gemeinsam mit seiner Ehefrau den Tod gesucht hat, erfahren wir, daß Mittwoch nachmittag die Leiche des J. aus dem Wannsee gelandet worden ist. Bekanntlich wurde die Leiche der Ehefrau in der Wohnung in der Radewanne aufgefunden, während man von J. die Kleidungsstücke in einem herrenlosen Ruderboot auf dem Wannsee entdeckte. Die Vermutung, daß J. den Tod in den Fluten des Wannsees gesucht habe, hat sich nun bestätigt. Die Leiche der Frau, an der Spuren äußerer Gewalt bei der Obduktion nicht entdeckt werden konnten, ist vor wenigen Tagen beigelegt worden.

Ein Opfer des Festtrubels.

Als der Herzog von Cumberland gestern nachmittag auf dem Rückwege von einer Spazierfahrt mit seinem Auto die Kreuzung der Friedrichstraße und der Linden in langsamem Tempo passierte, drängte sich das Publikum an den Kraftwagen heran, um den Herzog zu begrüßen. Hinter der Friedrichstraße trat auch der 12jährige Schüler Arnold Rüdenke, der Sohn des Lehrers P. Rüdenke aus Lichtenberg, Siegfriedstraße 7, an das Automobil heran. In seinem Eifer kam der Knabe dem Wagen jedoch zu nahe und wurde von den Schmutzfingern erfasst und so heftig zu Boden geworfen, daß er eine Gehirnerschütterung und eine Kopfverletzung davontrug. Ein nachfolgendes Hofautomobil schaffte das verunglückte Kind nach der Unfallstation am Spittelmarkt, wo der Arzt die oben erwähnten Verletzungen feststellte und die Ueberführung des Schülers nach der Charité veranlaßte.

In der Familie Cumberland scheint das Automobil überhaupt eine verhängnisvolle Rolle zu spielen. Gestern erst war der Todestag des Prinzen Georg Wilhelm von Braunschweig, der bei Friesack mit seinem Kammerdiener Grabe tödlich verunglückte. Und bei den Verlobungsfeierlichkeiten in Homburg wurde durch das Automobil des Prinzen Ernst August ein Knabe tödlich verletzt.

Was zur Unkenntlichkeit zerlegt war der Kopf einer Leiche, die gestern am Korbuser, in der Nähe der Försterebrücke, aus dem Spandauer Schiffahrtskanal gelandet wurde. Vorübergehende sahen die Leiche auf dem Wasser treiben und benachrichtigten die Polizei, die sie ans Ufer brachte. Hier ergab sich, daß der Kopf in eine Dampfsehraube geraten zu sein scheint, denn die Schädeldecke war bis zur Rinde abgerissen und der Unterkiefer ganz zerlegt. Es handelt sich um die Leiche eines ungefähr 25 bis 30 Jahre alten und 1,85 Meter großen Mannes, der einen Anschlag von Schurehart hatte und nur noch mit einem weichen Hemd mit buntem Einsatz, grauen Strümpfen und braunen Segeltuchhalbschuhen bekleidet war. Er trug einen Ring mit Totenkopf.

Sturm auf die Weissenfer Genossenschaftsbank. Seit einigen Tagen schwärzen Gerüchte in der Luft, daß die Genossenschaftsbank in Weissenfer in Zahlungsschwierigkeiten geraten sei. Der Aufsichtsrat sah sich schließlich veranlaßt, durch Ausschließen von Plakaten diese Gerüchte als nicht den Tatsachen entsprechend darzustellen. Trotzdem haben, wie man uns mitteilt, jetzt Hunderte Arbeiter und Handwerksmeister ihre Spargroschen abgehoben. Die Veranlassung des jetzigen Zustandes soll sein, daß durch die Kriegsunruhen der letzten Zeit verschiedene größere Geldgeber die plötzliche Zurückzahlung ihrer Guthaben verlangten und außerdem ein Direktor durch seinen plötzlichen Austritt aus der Bank die Situation noch verschärfte. Von irgendwelchen Veruntreuungen ist keine Rede, auch können bei Klärung der Reserven alle Ansprüche gegen die Bank erfüllt werden.

Verhaftung des ehemaligen Rechtsanwalts Brederick? Der ehemalige Rechtsanwalt Paul Brederick, der Anfang August v. J. nach umfangreichen Unterschlagungen und Betrugsereien plötzlich aus Berlin verschwand, soll nach Privatmeldungen, die einem hiesigen Blatte zugegangen sind, in Südamerika verhaftet worden sein. Eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht ist den zuständigen Behörden noch nicht zugegangen. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß die Meldung den Tatsachen entspricht, da Brederick in verschiedenen Städten des Auslandes gefahren worden ist und seine Spuren verfolgt werden konnten. Brederick ist nicht nur durch seine Schwindelmanöver und seine Flucht weiteren Kreisen bekannt

